

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Konservativ-agrarische Terroristen.

Vor der Strafkammer des Greifswalder Landgerichts hat am Dienstag ein Verteidigungsprozess sein Ende erreicht. Der ein blendendes Schlaglicht wirft auf die Art, wie die konservativ-agrarischen Erbpächter des „Patriotismus“ und der „Königstreue“ ihr Regiment gegen den Ansturm der linksstehenden Parteien zu befestigen streben, der ein Bild jener naturbrutalen Vergewaltigungspraktiken entrollte, die von dem Junkertum und seinen Organen an der ihnen so verhassten Opposition verübt werden. Ein gesinnungstüchtiger Landrat und die nicht minder gesinnungstüchtigen Mitglieder eines Kreis-ausschusses wollten sich von dem Vorwurf reinigen, sich als Organe der „konservativ-agrarischen Demagogie“ betätigt zu haben. Und das Ergebnis dieses Reinigungsversuches war, daß eine wahre agrar-demagogische Musterwirtschaft entlarvt wurde!

In dieser Tatsache wird auch nicht das geringste dadurch geändert, daß die Greifswalder Strafkammer den Angeklagten, den freisinnigen Rittergutsbesitzer Beder, wegen Verleumdung des Landrats v. Maljahn und des Kreis-ausschusses zu der horrenden Strafe von einem Jahre Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilte. Dem Angeklagten selbst und seinen Verteidigern muß Böses geschworen haben, als sie bei Beginn der Verhandlung den Vor-sitzenden und einen Beisitzer der Strafkammer wegen politischer Befangenheit ablehnten. Die Beschlußkammer für die Ablehnungsanträge erklärte diese zwar für unbegründet — allein das ungeheuerliche Urteil beweist nur zu schlagend, wie wenig sich das Gericht trotz des eigenen unerschütterlichen Glaubens an seine Unvoreingenommenheit von dem ihm in Fleisch und Blut übergegangenem konservativ-reaktionären Anschauungskreis loszulösen vermochte. Es mag zugegeben werden: die Vorwürfe des Angeklagten Beder waren sehr schwer, manche Ausdrücke in der Form sehr scharf — allein dafür lieferte auch die Zeugenvernehmung einen so erdrückenden Beweis für den Mißbrauch der Amts-gewalt der angegriffenen Personen, daß dem Angeklagten der gute Glaube an alles von ihm Behauptete unbedingt hätte zugestanden werden müssen. Anerkannte aber das Gericht diesen guten Glauben und die Gültigkeit der — trotz des immer wiederkehrenden Abschneidens der gravierendsten Fragen durch den Vorsitzenden — tatsächlich erwiesenen Mißstände, so hätte unmöglich auf ein so fürchtbares Urteil erkannt werden können. Aber der Gerichtshof gab in der Begründung seines Urteils zwar zu, daß wohl manches vorgekommen sei, was den An-klagten erregen und reizen konnte, es billigte ihm aber nichtsdestoweniger den Schutz des § 193, die Wahrnehmung be-rechtigter Interessen, nicht nur nicht zu, sondern unterstellte ihm ungläubigerweise auch die Einsicht, daß er sich in allen Fällen völlig bewußt gewesen sei, daß seine Vorwürfe der tatsächlichen Wahrheit ent-behrten. Das heißt doch schließlich nichts anderes, als daß Beder, dieser gebildete, politisch wie juristisch wohl-geschulte Mann, entweder ein kompletter Narr oder aber geradezu lüsternd danach gewesen sei, längere Verbannt-schaft mit preussischen Gefängnissen zu machen!

Wie aber stellten sich Beder's Behauptungen, daß sich der Landrat des Kreises Grimmen, Herr v. Maljahn, und die Kreis-ausschussmitglieder aus politischen Beweggründen zu schweren Mißgriffen gegenüber politischen Gegnern hätten treiben lassen, im Lichte der Weisungsaufnahme dar? Wir wollen hier eine kleine Kollektion der durch die Zeugenaussagen er-wiesenen Vorkommnisse zusammenstellen, eine Kollektion, die aber auf Vollständigkeit natürlich nicht den geringsten An-spruch machen kann.

Da ist zunächst der Landrat von Maljahn selbst, der prächtigste Typ eines schneidigen „Ordnungs“vertreter's. Daß der Herr Landrat das Vereinsgesetz zunächst ignorierte, wie so viele andere Landräte auch, ist noch die kleinste seiner ordnungsfanatischen Eigentümlichkeiten. Als die Sicherung des Wahlgesetzes durch das von den Junkern appetitlicherweise so genannte Kofettgesetz eingeführt wurde, hatte Herr v. Maljahn nichts Eiligeres zu tun, als die Wahlbezirke um 20 Prozent zu verkleinern. Natürlich glaubte jedermann, das geschehe, um die Geheim-haltung der Abstimmung zu erschweren und das konservative Epionier-system zu erleichtern. Herr v. Maljahn selbst erklärte indes als Zeuge, daß er nur den einzelnen Wählern den Gang zum Wahllokal habe erleichtern wollen. Vom Vorsitzenden jedoch gefragt, ob er denn nicht wenigstens das Bewußt-sein gehabt habe, daß seine Maßnahme die Absicht des Gesetzes zur Sicherung des Wahlgeheimnisses durchkreuzen könne, erklärte er, daß er sich daran nicht mehr zu erinnern vermöge! Als Kämpfer für Thron und Altar fand es der Landrat des Kreises Grimmen auch in der Ordnung, von Amts wegen für die Verbreitung „nationaler“ Kalender zu sorgen, die namentlich in sozialistischer Diktatur machten. Die Postkosten, die diese landräulichen kolportierten Kalender verursachten, wurden auf die Kreis-kasse übernommen, wo sie unter dem Titel „Verbreitung von Volksaufklärung“ gebucht wurden. Beder verhinderte das Gericht, daß dem Verlangen der Ver-

teidigung gemäß der gesamte Kreisrat vorgelegt wurde, sonst wäre man am Ende noch auf ähnliche wunderbare Ausgabe-posten gestoßen!

Der Herr Landrat v. Maljahn haßt die liberale Presse wie die Sünde. Als er in einer Wirt'schaft ein Exemplar der „Greifswalder Ztg.“ ausliegen sah, fuhr er den Wirt wegen dieses „Schweineblattes“ entrüstet an, zerfällte das so salonmäßig titulierte Blatt und warf es auf die Erde. Kein Wunder, daß der Wirt glaubte, daß an der Ver-legung der Holzauktionen aus seinem Lokal, die daraufhin erfolgte, der Landrat schuld sei. Herr v. Maljahn bestritt das, mußte aber zugeben, daß er die Geschichte dem für die Holzauktionen zuständigen Forstmeister erzählt habe! Und dieser Forstmeister war konservativer Ver-trauensmann!

Sehr übel war der Herr Landrat auf die Wirte zu sprechen, die ihre Lokale dem Freisinn oder gar den Gewerkschaftsorganisationen zur Verfügung stellten. Als ein Wirt sein Lokal einer Gewerkschaft hergab, war der Herr Landrat einer von denen, die seinen Ausschluß aus einer Schützengesellschaft, also den gesellschaftlichen und natürlich auch wirtschaftlichen Boykott, durchsetzten. Die Gewerkschaften sind dem Herrn überhaupt ein wahrer Greuel, sind sie nach seiner Ansicht doch auch nur für sozial-demokratische Organisationen. Weil ein anderer Wirt sein Lokal gleichfalls den Gewerkschaften nicht verweigerte, demun-zierte er es als Lokal, in dem „minderwertiges Publikum“, nämlich Maurer, Zimmerer und Schiffer, verkehrte! Er veranlaßte die Militärbehörde, einer Regimentsmusik zu verbieten, künftig in diesem Lokale zu konzertieren, was wiederum eine schwere wirtschaftliche Schädigung des gebohteten Lokalbesizers bedeutete.

Wie der Herr Landrat und seine gleichgesinnten Ver-bündeten vom Kreis-ausschuss die durch Verfassung und Gesetz gewährleistete Gleichheit vor dem Gesetz aufstießen, beweist am besten folgende Episode: Ein dritter Wirt erklärte als Zeuge, daß er den Eindruck gehabt habe, daß man ihm die KonzeSSION verweigere, weil er aus seiner liberalen Gesinnung keinen Gehl gemacht habe. Der Landrat bestritt das, auch zwei Mitglieder des Kreis-ausschusses wider-sprachen lebhaft der Annahme, daß sie die politische Ge-sinnung eines um KonzeSSION nachsuchenden jemals bei ihrem Entscheid beeinflusst habe oder überhaupt beeinflussen könne. Die Verteidiger bohrten mit ihren Fragen aber weiter und entlockten dadurch dem Herrn Landrat die indignierte Be-merkung, es scheine ja, als ob die Verteidigung das Zu-geständnis erwarte, daß der Kreis-ausschuss jemals aus anderen Gründen eine KonzeSSION verweigere, als den in der Gewerbeordnung genau festgelegten, nämlich von Böllerei, Unzucht und Falschspiel handelnden! Aber da erklärten gleich zwei Mitglieder des Kreis-ausschusses, daß sie zwar alle politischen Parteien gleichmäßig gesetzlich behandeln würden, mit Ausnahme natür-lich von Sozialdemokraten! Diese biederen Agrarier bekannnten sich also mit köstlichster Unbefangenheit zu dem famosen Standpunkt, daß für Sozialdemokraten das Gesetz einfach nicht gelte! Und da nun von diesen treu-herzigen Erariern Sr. Majestät die Mär eifrig verbreitet wurde, ein liberaler Lehrer selbst habe erklärt, zwischen Frei-sinnigen und Sozialdemokraten sei eigentlich gar kein Unter-schied, kann man sich ungefähr vorstellen, was Leute mit so stockkonservativem Gewissen gelegentlich auch dem zahmen Liberalismus gegenüber für erlaubt halten mochten.

Al das und noch viel, viel mehr wurde erwiesen. Und gar mancherlei wäre sicher noch zu erweisen gewesen, wenn nicht das Gericht gerade bei den interessantesten Nachforschungen die tiefere Begründung der agrar-demagogischen Psyche als nicht zur Sache gehörig abgelehnt hätte. Aber das, was an konservativ-agrarischem Terror erwiesen wurde, war ja auch mehr als genug. Und trotzdem soll Herr Beder auf ein Jahr — selbst der Staatsanwalt hatte nur 9 Monate beantragt! — ins Gefängnis wandern, weil er aus dem System auf ge-wisse Urheber geschlossen und deren Vorgehen mit rück-sichtslosen Worten gebrandmarkt hatte!

Gewiß: Herr Beder hat nicht alles bewiesen, er hat sich in der freilich nur zu begreiflichen Empörung über dies System des agrarischen Terrors wohl auch in der Form vergreifen. Deshalb bleibt es oder dennoch ganz unbegreiflich, wie man ihm den guten Glauben absprechen und vor allen Dingen auch die Wahr-nehmung berechtigter Interessen aberkennen konnte! Ist doch Beder selbst unter dem wirtschaftlichen Boykott! Ruhte doch ein Zeuge bestätigen, daß Landrat v. Maljahn ihn, als er von Beder, der eine renommierte Pferdezüchterei besaß, Pferde kaufen wollte, in einer Weise von diesem Ge-schäft abzuhalten versucht habe, daß er davon voller Ent-rüstung einem Dritten erzählt hatte! Und trotz allem dem ein Jahr Gefängnis!

Das Junkertum aber steht am Pranger!

## Die „vereinzelten Fälle“.

Die „vereinzelten Fälle“ des Herrn v. Bethmann Hollweg nehmen kein Ende. Die Dienstagssitzung des Roabiter Prozesses brachte wieder ein vollgestelltes Maß von Zeugnissen über grau-gehaltene Rohheitsakte, freche Gewalttaten und grobe Verschimpfungen, die sich Glieder der Polizei gegen Bürger erlaubt haben. Die „ver-einzelten Fälle“ strömen zusammen zu einem System, das sich kenn-

zeichnen läßt mit den am Dienstag bezugten Worten eines Schutzmanns: „Sprech doch nicht erst mit ihm, hau ihn doch in die Fresse!“

Es war ein Arbeiter, auf den diese Worte zielten und Arbeiter und kleine Leute waren überwiegend die Opfer des Systems. Die Herren Schutzleute und Polizeileutnants können auch höflich sein, sehr höflich sogar. Eine Anzahl Jagow'scher Freiwilliger hat's auch in dieser Sitzung wieder bekundet, daß sie von den Vertretern der Hermandad durchaus zuvorkommend behandelt wurden. Wie glauben's. In Preußen tut der Kos viel. Aber auch Arbeiter und Handwerker sind stellen- und zeitweise nicht unhöflich behandelt worden. Aber nur stellen- und zeitweise. Das Gegenteil ist weit häufiger. Es scheint, daß im allgemeinen mit der Dauer des Dienstes, mit dem Einbruch des Abends die Nervosität der Polizeibeamten wuchs, und diese Nervosität machte sich Luft in rohen Verschimpfungen und Ver-prügelungen des Publikums. Als ob die Schutzleute und Polizei-leutnants ihre Aufregung und Vorkommenheit durch „forisches“ Auf-treten bemänteln wollten. Der Abend brachte gewöhnlich Zusammen-stöße mit Menschenmengen, Kitzeln, Reizungen und Bedrohungen aller Art. Die Erregung, die aus diesen Vorfällen resultierte, hat natürlich noch einige Zeit nachgewirkt. Das ist verständlich, und wenn die Schutzleute in der nächsten Viertelstunde nicht gerade liebenswürdig gewesen wären und den einzelnen friedlichen Bürger, der zu solcher Zeit ihren Weg kreuzte oder ein Anliegen vortrug, nicht mit der Höflichkeit behandelt hätten, zu der das Amt sie verpflichtet, so wäre es pharisäerhaft, darob Befürworte zu erheben. Wenn aber die Ungemütlichkeit soweit geht, daß kein ruhiger Mensch die Straße passieren kann, ohne in Gefahr zu ge-raten, von Schutzleuten niedergehauen, ja totgeschlagen zu werden, und wenn er sich noch so sorgfältig von jeder Menschenansammlung fernhält, wenn diese Erregung der „Schutzleute“ nicht viertelstündig, sondern viestündig anhält, so hat der Bürger allerdings allen Anlaß, nach Abhilfe zu rufen. Dabei hat sich diese Erregung aber nicht nur nach Zusammenstößen oder Kitzeln eingestellt — viele Beamten ermangeten auch dieses geringen mildehenden Marktbes-tandes von Schutzleuten, die in ruhigen, menschenleeren Straßen standen, in denen es nicht zu Zusammenstößen kam, ist viel-fach nicht weniger gefährlich worden, als in anderen unruhigeren Gegenden. Manche Beamte haben in jenen Tagen an-scheinend in den Zivilisten, vor allen Dingen im Proletariat einfach den Feind gesehen, gegen den alles erlaubt war. Und welche abstoßende Rohheit zeigt sich uns, sobald die äußerliche Politur von oberflächlich angelernter Höflichkeit in der Temperatur der Erregung abklingt. Da wird selbst auf Leute eingeschlagen, die einen Schwer-verwundeten tragen, der traurige Transport wird mit höhnischem Lachen begrüßt.

Alles Wasser der Welt, alle Freiwilligen Jagow's können die Polizei von den schweren Anklagen, die die Befindungen der Ver-teidigungszeugen bedeuten, nicht reinwaschen. Herr Major Klein hat die Ausbildung der Schutzleute gerühmt. Die Auszubildenden sind die Herren Offiziere. Und wie so manche von diesen über die Haltung denken, die die Polizei gegenüber dem Publikum einzunehmen hat, das haben verschiedene gravierende Befindungen in diesem Prozesse gezeigt. Die Erziehungsarbeit dieser Herren an den Schutzleuten mußte ganz selbstverständlich solche Resultate zeitigen, wie sie die Bevölkerung von Roabit in den Schreienstagen des September zur Genüge erlebt hat.

Immer höher schwillt die Schuld der Polizei an. Dagegen sinken immer mehr Ausstattungsmängel der Anklage in sich zu-sammen. Was ist aus dem gewaltigen, von räuberromantischem Glanze umstrahlten „Scheiterhaufen“ geworden, der die Spalten der Ordnungsbücher zierte. Ein kleines Feuerchen, aus den Resten eines Kuschelgestankens und Papiersegen genährt, dessen Flammen kaum einen Meter hochschlugen. Es war eine Polizeizeugung, die das konstatierte! Die Staatsanwaltschaft hat des Bitteren Pech mit den Zeugen, die ihr die Polizei beschert.

## Bischöfe und Volksschullehrer in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Es tobt zurzeit ein großer Aufruhr in der bayerischen Lehrerschaft und der ihr nahestehenden liberalen Presse. Die bayerischen Bischöfe, gottesfürchtig und dreist, haben ganz unerwartet einen heftigen Vorstoß gegen den bayerischen Lehrerverein unternommen. Der Endzweck ist der alte: Zertrümmerung der von der katholischen Geistlichkeit und dem Zentrum auf den Tod geschafften Lehrergewerkschaft.

Die Methode dagegen ist neu: Auf Veranlassung der bayerischen Bischöfe wurde nämlich sämtlichen katholischen Volksschullehrern von ihren Pfarrern ein Schreiben zugestellt des In-halts, daß in der „Bayerischen Lehrzeitung“ „seit mehreren Jahren in einer Reihe von Artikeln Anfeindungen der katholischen Glaubenslehre und der Betätigung kirchlicher Gesinnung vor-kommen.“ Die bischöfliche Enghänsel gegen die Lehrzeitung schließt mit folgenden Sätzen:

„Nachdem hinsichtlich der „Bayerischen Lehrzeitung“ für die katholischen Mitglieder des Bayerischen Lehrervereins Ab-nennungs-zwang besteht, sehen wir uns veranlaßt, im Namen und Auftrag unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs das ebenso dringende wie ernste Ersuchen an die katholischen Lehrer unserer Diözese zu stellen, auf die Vorstandschafft des Bayerischen Lehrervereins einzuwirken zu wollen, daß der Ab-nennungs-zwang beseitigt, oder wenigstens die Redaktion der „Bayerischen Lehrzeitung“

**Die Interaktions-Gebühr**  
Belästigt für die sechsgehaltene Rollen-gelle aber deren Raum 60 Hg. für politische und gewerkschaftliche Berzins- und Beschlusungs-Anzeigen 80 Hg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 11 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

aufgefordert werde, sich aller Angriffe auf Religion und kirchliche Autorität zu enthalten.

Wir sehen in die katholischen Lehrer das Vertrauen, daß sie auch in ihrer Fachpresse nichts dulden, was katholische Lehrer verletzen könnte.

Was das führende Zentrumsorgan, die „Münchener Postzeitung“, dazu schreibt, ist der reine Hohn: „Die Oberhirten hätten schärfer reden können; allein die Sprache der Kirche ist mild und nicht verlegend.“ Wir meinen, die Oberhirten hätten schweigen können, denn es geht sie gar nichts an, was die Lehrer und andere Staatsbürger lesen und wie sie sich organisieren. Fürwahr ein starkes, aber vorzüglich in unsere Zeit hineinpassendes Stück kirchlicher Arroganz und geistlichen Terrorismus! In Bayern ist der Kirche und den Heiligen einfach alles erlaubt und wenn liberale Zeitungen an den Kultusminister v. Rehner appellieren, so verhöhnen sie den Teufel bei seiner Großmutter.

Die volle Bedeutung des Vorstoßes ergibt sich erst im Zusammenhang mit den Tatsachen, daß in Bayern ganz allgemein die lokale wie distriktuelle Schulaufsicht in den Händen der Geistlichkeit liegt, daß das bayerische Parlament zu drei Fünfteln aus Zentrumsabgeordneten besteht und der Kultusminister sich mit Haut und Haaren den Schwarzen verschrieben hat.

„Nichtbrauch der Amtsgewalt.“ ruft die liberale Presse. „Gemeine Lüge.“ schreiben die Zentrumsblätter, denn nicht der Schulinспектор, sondern der Pfarrer, der Seelsorger habe dem Lehrer die Weihnachtsgelbesung ins Haus geschickt. Ein richtiger Jesuitenkniff“, knurrt die liberale Presse, denn Schulaufsichtsbeamter und Seelsorger stecken in denselben Stiefeln.

Die Bischöfe haben sich von dem Hasse des Zentrums sehr schlecht beraten lassen. Mit solchen Mitteln vernichtet man eine starke Berufsorganisation nicht, sondern schwächt ihre Einzelkämpfer fester zusammen. Die Bischöfe werden eine glänzende Niederlage erleiden, nicht weniger glänzend wie das Zentrum in dem Kampfe gegen die Eisenbahnerorganisation.

Die Parallele mit dieser drängt sich auf; um so mehr als der Regisseur der beiden Spektakelstücke sehr wahrscheinlich ein und dieselbe Person ist: Dr. Fischer, der einflussreichste, aber auch reaktionärste, verbissenste und im politischen Kampfe skrupelloste bayerische Zentrumsführer.

Wir haben in Bayern nur zwei Organisationen von Staatsbediensteten, die in scharfer Opposition zur Regierung und in noch viel schärferer zur Zentrumsmehrheit stehen: den Süddeutschen Eisenbahnerverband und den Bayerischen Lehrerverein. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat das vor kurzem mit beispielloser Festigkeit durchgeführte Haberfeldtreiben sehr gut überstanden und dem ersten Wutausbruch des Zentrums ist bereit der Rahmenjammer gefolgt. Als Dr. Fischer und Konsorten das Holz zu dem Scheiterhaufen schichteten, auf dem der Süddeutsche Eisenbahnerverband verbrannt werden sollte, trug der bayerische Liberalismus nicht etwa Wasser zum Löschen, sondern Holzscherte zum Schüren herbei. Es handelte sich ja um eine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder sehr stark des Sozialismus verdächtig sind.

Jetzt, da Kirche und Zentrum die liberale Lehrerorganisation in Flammen aufgehen lassen will, jetzt schreibt er nach Feuerspritzen und Wasserreimer und läßt sich die freiwillige Hilfe der Sozialdemokraten recht gern gefallen. Man rettet das eigene Haus, wenn man das des Nachbarn schützt. Der ebenso kurzfristige wie unzuverlässige Liberalismus erkennt das nicht, erkennt nicht, daß mit dem Organisationsrecht und der Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter zugleich der letzte kümmerliche Rest des Beamtenkoalitionsrechtes untergehen muß.

Lehrerorgane und Lehrervereine gehen achlos an den Kämpfen der Arbeiter vorüber. Sie haben mit keinem Worte den Kampf der Eisenbahner erwähnt, geschweige denn ihn in seiner allgemeinen Bedeutung gewürdigt. Der Liberalismus schützt den bayerischen Lehrerstand nicht vor der Vernichtung seiner Organisation; aber die Arbeiterschaft hat in der starken freien Eisenbahnergewerkschaft ein Bollwerk errichtet, das dem Zentrumsansturm stand hält und so indirekt dem Bayerischen Lehrerverein eine wertvolle Hilfe bietet.

Die bischöfliche Zuschrift ist noch nicht der Kampf selber, sondern nur das Signal zum Kampfe, der in der nächsten Landtagsession bei Beratung des angeklagten Lehrergesetzes seinen Höhepunkt erreichen wird. Dieses Lehrergesetz gibt ein Anzeichen, an dessen ersten Paragraphen die Redakteure der beiden Lehrerzeitungen aufgehängt werden.

Der Übergriff des bayerischen Episkopats beweist aufs neue, daß es für Schule und Lehrer keinen Weg zur Freiheit gibt als die Durchführung des sozialdemokratischen Programmpunktes:

Trennung von Staat und Kirche.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Dezember 1910.

### Aus den Geschäftspraktiken der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Herr Geh. Hofrat Professor Dr. v. Soxhlet, der bisher Mitglied des bayerischen Landwirtschaftsrates war, ist mit dessen Vorstände in Konflikt geraten, und die Folge ist, daß Herr Professor Soxhlet allerlei Beschuldigungen gegen die Geschäftsführung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft erhebt, die diese erst kürzlich vom Kaiser gerühmte Vereinigung arg bloßstellen. Im „Bayer. Kurier“ erzählt Prof. Soxhlet über die Ursachen seines Streites:

„Mein Vorwurf gegen die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft bezog sich hauptsächlich darauf, daß sie in ihrem Vertrage mit dem Kaiserlichen Hof eine Bestimmung angenommen hatte, wonach sie verpflichtet war, gegen ausgiebige Bezahlung (1908 waren es 100 000 M.) für die Steigerung des Absatzes der Rattisale in der deutschen Landwirtschaft durch verlässliche statistische und Vortragstätigkeit unblätlig Sorge zu tragen“ und daß sie sich die demütigende Vertragsbestimmung gefallen ließ, dem Kaiserlichen Hof einen „Nachweis der Verwendung“ der Propagandamittel vorzulegen.

Er habe, sagt Soxhlet, diese Vertragsbestimmung als der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft unwürdig bezeichnet; zuerst habe er „schimpflich“ gesagt, diesen Ausdruck dann aber aus Drängen und Bitten eines preussischen Geheimen Oberregierungsrates in „unwürdig“ abgemildert. Nur wegen dieses Ausdrucks (formell) habe ihn die Dingerabteilung aus dem Düngeauschuß ausgeschlossen, in Wirklichkeit aber, weil er die bisher so ängstlich geheim gehaltenen Vertragsbestimmung sofort, als er von ihr Kenntnis erhalten hatte, rügte und dann auch öffentlich an den Pranger stellte, und weil er im „Landwirtsch. Wochenbl.“ nachgewiesen habe, daß der Vertrag nur Vorteile für die Düngeabteilung, für die Landwirte aber wesentliche Verleuerungen und Bezugserschlechte-

rungen gebracht hat. Aus dem Bayerischen Landwirtschaftsrat sei er ausgetreten, weil dessen Präsident Freiherr v. Soden, der auch Vizepräsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist, die peinliche Angelegenheit im stillen abtun wollte und der zweite Präsident Herr v. Cetto „ihm dabei, wie immer Gefolgschaft leistete.“

Da aus Anlaß dieses Streites sich Prof. Soxhlet durch ein Mitglied des Vorstandes, einem Herrn v. Freier, beleidigt glaubte, leitete er gegen diesen eine Beleidigungsklage ein, zog sie aber auf die Zusage des Freiherrn v. Soden, daß ein unparteiisches Ehrengericht eingesetzt werden solle, zurück. Als er jedoch hörte, daß in diesem Ehrengericht auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Köstler, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, einen Platz erhalten solle, verzichtete er kurzweg auf den ehrengerichtlichen Antrag des Streites. Die Geschichte kann noch recht interessant werden.

### Zur Erhaltung des Zollwuchers.

Daß die Agrarkonservativen besonders deshalb alle bürgerlichen Elemente zum gemeinsamen Kampf gegen den „Umsturz“ aufrufen, weil sie fürchten, ein Reichstag, in dem eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden sei, könne die hohen Zölle auf Lebensmittel herabsetzen und andere Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik einschlagen, kam in den Verhandlungen der am Dienstag in Königsberg abgehaltenen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte deutlich zum Ausdruck. Freiherr v. Wangenheim verteidigte in langen Ausführungen die letzte Reichsfinanzreform und die Schutzpolitik, die, wie er meinte, nicht nur erhalten bleiben, sondern noch weiter ausgebaut werden müsse; denn Deutschland befände sich in einer Periode sinkender Getreidepreise. Wahrscheinlich werde deshalb bald der Zoll für Brotgetreide auf 7,50 Mark pro Doppelzentner erhöht werden müssen. Und in diesem Kampf um die Erhaltung der jetzigen Schutzpolitik müßten Konservative und Zentrum treu zusammenhalten. Einen Kampf zwischen Konfessionen dürfe es nicht geben. Wer an die Religion der Liebe glaube, müsse verständig wirken. Auch sei der Kampf gegen die katholische Kirche überaus tödlich. Gegen die Sozialdemokratie aber müsse bis aufs Messer und bis auf den letzten Blutstropfen gekämpft werden. Der Landwirt, der Sozialdemokratie sei, gehöre in die Kaltwasserheilanstalt. Moabit habe gezeigt, daß gegen die formalistische Rechtsprechung vorzugehen sei. Solche Fälle müßten binnen 24 Stunden abgeurteilt sein.

### Material für die neue Zuchthausvorlage.

Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin sucht eifrig dem Herrn v. Weismann Hollweg das nötige Material zur Begründung der von ihm angeklügten Rechtsbestimmungen zum Schutze der „Siebenmonatskinder“ herbeizuschaffen. So ist an die Mitglieder des sachsenpreussischen Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das Baugewerbe folgendes Rundschreiben ergangen:

Sehr geehrter Herr Kollege!  
Die Streiktrawalle in Berlin-Moabit haben den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin, veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob es nicht angebracht erscheine, gegen die von den Streikposten oft verübten Mißbräuche und Ausschreitungen, speziell gegenüber den arbeitswilligen Arbeitern, vorzugehen.

Die Behörden sehen sich nach der jetzigen Auslegung der Gesetze meist außerstande, gegen diese Mißbräuche einzuschreiten. Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe will dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände ein möglichst reichhaltiges und einwandfreies Material zur Verfügung stellen, damit auf Grund desselben die geeigneten Maßnahmen gegen die bestehenden Mißbräuche getroffen werden.

Wir richten deshalb an alle Mitglieder unseres Verbandes die dringende Bitte, und möglichst innerhalb einer Woche die in den letzten Jahren vorgekommenen Fälle von Ausschreitungen der Streikposten ausführlich zu berichten.

Mit kollegialem Gruß  
Sachsenpreussischer Arbeitgeber-Bezirksverband.  
Für das Baugewerbe Rechtsanwalt Franz Ryfer, Moabit.  
Paul Lauffer, Vorsitzender.

Auf diese Weise soll das Material zu der neuen Zuchthausvorlage zusammengetragen werden. Wie das Material beschaffen sein wird, kann man aus den verlogenen Terrorismusgeschichten ermaßen, die in regelmäßigen Abständen durch die Scharfmacherpresse laufen.

### Abgefertigt!

Auf dem letzten sächsisch-konservativen Parteitage in Dresden wurde die sächsische Lehrerschaft von verschiedenen Rednern scharf angegriffen und sozialdemokratischer Reigungen beschuldigt. Die Leipziger Lehrerschaft hat darauf den konservativen Parteiführern eine gewissermaßen Antwort erteilt. In einer zahlreich besuchten Versammlung des Leipziger Lehrervereins wurde einstimmig folgender Beschluß angenommen:

„Es ist nicht nur Recht, sondern eine Pflicht der Lehrer, in die öffentlichen Versammlungen aller Parteien zu gehen, auf deren Tagesordnung die Reform der Volksschule steht. Die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei sind schon aus dem Grunde nicht auszuscheiden, weil sie namentlich von den Schichten des Volkes besucht werden, denen die Kinder unserer Volksschulen größtenteils entstammen. Lehrern, die im Kampfe um die Volksschulreform hervorgetreten sind, ohne weiteres die Königs- und Batersondtreue abzuspüren, ist eine unerhörte Anmaßung. In Wirklichkeit ist ja von jeher nichts mehr geeignet gewesen, das Bedenken eines Landes zu hemmen und die breiten Massen der Bevölkerung staatsfeindlich zu verblöden, als gerade die Vorherrschaft einer ultrakonservativen Partei.“

### Gegen die Fleischnot.

Das Gesamtkollegium der Zentralstelle für Landwirtschaft in Stuttgart, das gestern in Gegenwart des württembergischen Ministers des Innern verhandelte, hat, wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, einstimmig beschlossen, zur allmählichen Ausschaltung des Zwischenhandels eine Scherverwertungszentrale für ganz Württemberg zu schaffen. Ferner hat das Kollegium einstimmig eine Erklärung angenommen, die von dem Standpunkte aus, daß die Zulassung fremden Schlachtviehs für die einheimische Fleischproduktion nachteilig sei, die Regierung auffordert, die Zulassung bei Rindvieh allmählich und bei Schweinen tunlichst bald zurückzuführen.

### Agrarischer Terrorismus.

Die in Labiau-Wehlau unterlegenen Konservativen suchen sich für ihre Niederlage zu rächen. Die Königsberger „Hartung'sche Zeitung“ teilt ein Rundschreiben aus dem Kreise Labiau-Wehlau mit, das dort verbreitet wird; in dem Rundschreiben fordern die Mitglieder des Bundes der Landwirte unter Berufung auf Thron, Altar und Familie ihre Gefinnungsgenossen zu einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott gegen die liberalen Wähler auf. In dem Rundschreiben heißt es:

„Verleht und arbeitet nur mit Gleichgesinnten, besonders mit den Konfessuren der Stadt, die den Rat besagen, unseren Ausruf zu unterzeichnen. Haltet keine andere denken, unser Land leben und damit unsere Familie beschmutzenden Blätter. Beweist jetzt Eure konservative Gesinnung dem lieben Nächsten gegenüber.“

Unterschieden ist das Rundschreiben: „Viele treue deutsche Landleute der Kreise Labiau-Wehlau.“

Die agrarische Presse lamentiert in höchster fittlicher Entrüstung über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie; die konservativen Mäcker scheuen sich aber selbst durchaus nicht, dort, wo es ihnen nützlich scheint, die Anhänger der sozialdemokratischen und liberalen Partei durch Drohen mit dem Boykott zu terrorisieren.

### Strafen für Erzeugung von Mischlingskindern

fordert mit grimmiger Miene die „Deutsche Tages-Zeitung“. Die Gefahr, daß die Mischlinge allzu zahlreich würden, sei riesengroß. Schon gebe es deren in Südwestafrika 1910 nicht weniger als 4282. In einzelnen Orten sei das Wachstum geradezu rapid. So habe es in Karibib Ende 1908 erst 12, 1910 aber bereits 107 schwarz-weiße Mischlinge gegeben.

Die Entrüstung des Dertel-Organs gilt weniger der Gefährdung der arischen Rassenethik, als der Schaffung eines kolonialen Bevölkerungselements, das sich weniger leicht verschlaven läßt und vielleicht auch noch einige Sympathie für die schwarzen Blutverwandten empfindet! Soll aber die weiße Rasse die „Herrenrasse“ bleiben, so darf die Erzeugung von Mischlingen nicht geduldet werden! Deshalb empfindet das Runderblatt in allem Ernste Strafen, nicht für den Geschlechtsverkehr selbst, wohl aber für die Zeugung! Vielleicht entscheidet sich Kruten-Dertel noch für die Prügelstrafe, ausgeführt von dem ehemaligen Leiter von Mietschin!

### Landtagswahlwahl in Elbing-Marienburg.

Herr Eard von Oldenburg hat es bekanntlich für gut befunden, sein Landtagsmandat für Elbing-Marienburg niederzulassen. Es muß deshalb in diesem Wahlkreise eine Ersatzwahl stattfinden, die, wie gemeldet wird, jetzt auf den 10. Februar 1911 angesetzt worden ist.

### Der Liegnitzer Kommunalstreik.

In Liegnitz, das zu dem vom Herrn Fischbeck im Reichstage vertretenen Wahlkreise gehört und „freisinnig“ regiert wird, hat die Stadtverordnetenversammlung die Mandate der am 8. November dieses Jahres gewählten sieben sozialdemokratischen Abgeordneten für ungültig erklärt. Als Grund wurde angegeben, es wären verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen, so hätten zum Beispiel 17 Personen, die nicht wahlberechtigt gewesen seien, an Stelle anderer gewählt; zweitens wären zwei Wahllokale so klein gewesen, daß viele längerliche Wähler infolge des Andranges nicht hätten hineinkommen können, und drittens sei ein Teil der Wähler dritter Abteilung durch die Sozialdemokratie terrorisiert worden.

Hoffentlich gelingt es unseren Liegnitzer Genossen bei der Neuwahl alle sieben Mandate wiederzuerobern.

### Duellgezei.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird aus Straßburg i. E. gemeldet:

In einer dortigen Kinderklinik sind zwei Assistenzärzte beschäftigt, ein Norddeutscher und ein Süddeutscher. Ersterer erkrankte die bestehende Spannung dadurch, daß er beim Kommen und Gehen keinen Gruß bot. Der Süddeutsche (Eisler) ließ sich deshalb, als er sich infolge einer gelungenen Operation in gehobener Stimmung befand, dazu verleiten, dem unhöflichen Kollegen eine kleine Lektion zu erteilen und rief, als jener wieder ohne Gruß den Saal verließ, ihm Adieu zu. Der Norddeutsche erblickte in dem bedeutungsvollen Adieu eine Beleidigung und forderte den Eisler auf Säbel, wozu dieser keine Neigung verspürte. Auf die Weigerung einer Duellannahme denunzierte der Forbernde den Eisler bei der Militärbehörde, und auf dem ehrengerichtlichen Instanzenweg wurde dieser Tage der Eisler aus der Reihe der Referenzoffiziere gestrichen.

Wenn der eine der beiden Assistenzärzte gern eine Pistole abkaufte, soll er sich eine der kleinen Kinderpistolen zu 50 Pf. anschaffen, die jetzt zur Weihnachtszeit in den Schaufenstern der Spielwarenäden ausgestellt sind. Die Dinger knallen ganz prächtig.

### Militärjustiz.

Vom Kriegsgericht der 18. Division (Hamburg) wurde vor einigen Wochen der Puffeliet J. von dem in Altona garnisonierenden Infanterieregiment Nr. 81 wegen Ungehorsams — er wollte sich nicht die Krüge waschen — zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe vom Obergericht bestätigt wurde.

Bei der Erörterung dieses Falles behauptete J., der Leutnant v. A. habe andere Soldaten aufgefordert, ihn zu verhaften, weil er beim Turnen ungeschickt gewesen sei. Die gegen den beschuldigten Leutnant eingeleitete Untersuchung endete mit einer Anklage gegen J. wegen verlesener deutscher Beleidigung des Offiziers. J. sieht also abgemald vor dem Kriegsgericht. Er behauptet nach wie vor, v. A. habe eine solche Aufforderung ergehen lassen. Der Offizier bestritt dies und erklärt, er habe gesagt, die Soldaten sollten auf der Straße glücklich auf J. einwirken, was von Zeugen bestätigt wird.

Der Ankläger beantragt sechs Monate Gefängnis zusammengezogen mit der anderen Strafe in neun Monate Gefängnis.

Das Gericht erkennt auf nicht weniger als fünfzehn Monate Gefängnis, indem es dem Angeklagten für die anscheinend auf einen Irrtum beruhende „Verleumdung“ ein Jahr Gefängnis ankreidet.

### Frankreich.

#### Die Wiedereinstellung der Eisenbahner.

Paris, 10. Dezember. Bei der morgen in der Kammer stattfindenden Beratung des Antrages auf Wiedereinstellung der infolge des letzten Ausstandes entlassenen Eisenbahner wird Ministerpräsident Briand sich jeder Amnestie oder allgemeinen Wiedereinstellung widersetzen, dagegen sich von neuem bereit erklären, alles aufzubieten, um bei der Unternehmung der einzelnen Fälle Billigkeit und Gerechtigkeit walten zu lassen. Die gegenwärtig stattfindende Untersuchung hat bereits zu mehreren Wiedereinstellungen geführt. Briand wird heute abend mit den Ministern Klotz und Puech und Vertretern der vier großen Eisenbahngesellschaften über die Wiedereinstellung entlassener Eisenbahner verhandeln.

### Italien.

#### Die Kampfsaufgabe.

Rom, 20. Dezember. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) In der heutigen Kammer Sitzung erklärte Turati namens der Fraktion den Uebergang der Sozialisten zur Opposition, weil die verheißene Erweiterung des Wahlrechts in Luzzattischer Form mit obligatorischem Votum für die Sozialisten unannehmbar sei. Luzzatti begnügte sich damit, von der Erklärung Kenntnis zu nehmen.

### Die Wahlreform.

Rom, 20. Dezember. Wie die Blätter melden, hat der Ministerrat in der vergangenen Nacht über den Geset-

Entwurf zur Wahlreform Beschluß gefaßt. Der Entwurf enthält u. a. eine Erweiterung des Stimmrechts, obligatorische Stimmabgabe und Abänderung der Bestimmungen über die parlamentarischen Inkompatibilitäten. Der Entwurf wird der Kammer morgen, in der voraussichtlich letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien, vorgelegt werden.

### England.

#### Das Endergebnis der englischen Wahlen.

London, 20. Dezember. (W. L. A.) Heute abend um 6 Uhr sind die Wahlen beendet worden, nachdem heute noch ein Liberaler, ein Anhänger Redmonds und einer O'Briens gewählt worden waren.

Die endgültigen Zahlen für die Gewählten sind: 271 Liberale, 272 Unionisten, 43 Vertreter der Arbeiterpartei, 74 Anhänger Redmonds und 10 Anhänger O'Briens. Die Unionisten gewannen 28 und verloren 29 Sitze, die Liberalen gewannen 23 und verloren 26, die Arbeiterpartei gewann vier Sitze von den Unionisten und einen von den Liberalen, verlor aber drei Sitze. Die Anhänger Redmonds gewannen zwei Sitze von den Unionisten und drei von den Anhängern O'Briens, sie verloren zwei Sitze an die Anhänger O'Briens.

Das Parlament wird am 31. Januar zusammengetreten, die Eröffnung durch den König findet am 6. Februar statt.

#### Der Zwiespalt im konservativen Lager.

London, 18. Dezember. Der Journalist Garvin, der der Urheber des Balfour'schen Referendumvorschlags sein soll, und den Lloyd George in einer in der letzten Woche gehaltenen Rede als den Mann bezeichnete, der die konservative Partei mit Ideen versorge, dringt heute in „Observer“ in die Unionisten, sie sollten jetzt noch versuchen, zu einem Vergleich in der Verfassungsfrage zu gelangen. Wenn die Regierung sich jedoch ablehnend verhalte, müßten die Unionisten bis zum Ende kämpfen. Alles hänge von der Standhaftigkeit des Oberhauses ab, das, wie Garvin sagt, mit einem Reformplan vorangehen müsse, als ob nichts sich ereignen hätte, und den Ministern gestatten solle, die fünf hundert neuen Peers zu schaffen, wenn sie es wagen. Garvin gibt zu, daß nach der Verfassung die Ernennung der Peers zwar dem König obliege, aber die Verantwortung für die Ernennung lasse einzig auf den Ministern. Die Schaffung von neuen Peers würde so unpopulär sein und die Minister würden in dem sich daraus ergebenden Kampf soviel Schaden davontragen, daß die unionistische Partei in absehbarer Zeit siegreich sein müsse.

### Schweden.

#### Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Stockholm, 17. Dezember. (Sig. Ber.) Bei der Ergänzungswahl zur Zweiten Kammer des Reichstags im 8. Wahlkreis Stockholm siegte der Kandidat der Sozialdemokratie Redakteur Winberg mit 2489 Stimmen über Josef Nilsson, den Kandidaten der Konservativen, der 998, und den liberalen Kandidaten Ceder, der 959 Stimmen erhielt. Der Kreis war schon bisher sozialdemokratisch vertreten. Der diesmalige Wahlsieg ist aber um so mehr von Bedeutung, als sich beide bürgerlichen Parteien einen „Arbeiterführer“ zum Kandidaten auserkoren hatten. Jener Nilsson ist der bekannte „gelbe Josef“ und Ceder ist Vorsitzender des „liberalen“ Arbeiterverbandes, der sich wohl im Jahre 1909 dazu aufschwang, den Generalstreik anfänglich mitzumachen, aber bald darauf fahnenflüchtig wurde. Die bürgerlichen Parteien hatten stark auf eine Niederlage der Sozialdemokratie gehofft, weil infolge der Nachwirkungen der wirtschaftlichen Kämpfe und der Krise große Massen von Arbeitern mit ihren Steuern im Rückstand waren, was zum Verlust des Wahlrechts führte.

### Rußland.

#### Die Gefängnisgrenel.

Die „Ketsch“ veröffentlicht ein Schreiben voller schrecklicher Einzelheiten aus dem Zuchthaus in Drel. Alle Inassen werden ohne Rücksicht auf ihr Verhalten, gleichviel, ob sie sich irgend eines Verstoßes schuldig gemacht haben oder nicht, systematisch geschlagen. Einige Beamte sind mit der speziellen Aufgabe betraut, die Gefangenen zu prügeln. Das einzige Mittel, den Mißhandlungen zu entgehen, ist die Erklärung, daß man wegen Vererbung von Juden verurteilt ist.

Der Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, wie barbarisch das russische Strafsystem ist, mit welcher Brutalität sich die administrative Exekutive in den Dienst der Reaktion stellt und welcher Wert auf die jüngsten offiziellen Ablehnungsversuche zu legen ist, aus denen auch schon zur Genüge hervorging, daß die Mittelungen über die Schrecklichkeiten des Strafvollzuges auf Wahrheit beruhen.

## Aus der Partei.

#### Gemeindewahlerfolge.

In Minden standen bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl drei Genossen und ein bürgerlicher Kandidat zur Wahl. Zwei unserer Genossen wurden mit 681 und 678 Stimmen gewählt; auf die bürgerlichen Kandidaten fielen 443 Stimmen. Damit ziehen zum ersten Male Sozialdemokraten in das Mindener Stadtparlament ein.

#### Abonnentenversicherung.

Im Archiv für „Versicherungswirtschaft“ (17. Dezember 1910) wird behauptet:

„Jetzt laufen sich die Zentrumsblätter und die sozialdemokratischen Organe mit der Einführung der Abonnentenversicherung den Rang ab. Die Parteileitungen predigen sie als probates Mittel, um sich nicht die Abonnenten von anderen Parteien abspenstig machen zu lassen.“

Diese Behauptungen sind, soweit die sozialdemokratische Partei in Frage kommt, unrichtig. Kein sozialdemokratisches Blatt hat die Abonnentenversicherung und der Parteivorstand hat sie niemals empfohlen.

#### Unsere Toten.

Genosse Fritz Steinfatt, der im vorigen Jahre sein 25 jähriges Berichtsjubiläum am „Hamburger Echo“ gefeiert hat, ist in der Nacht zum Dienstag einem Schlaganfall erlegen. Er hat ein Alter von 63 Jahren erreicht und war von Beruf Gärtner. In ihm verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte des vormaligen nördlichen Verlegungsgebietes. Als „Landvogt“ hatte er während des Sozialistengesetzes den Generalvertrieb des „Sozialdemokrat“ für den Norden und im Jahre 1887 wurde er in dem Geheimbundsprozess „Steinfatt und Genossen“ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe aus dem „Belagerungsgebiet“ ausgewiesen, ging er mit seiner Familie nach Pienburg, wo er einen Zigarrenladen eröffnete und für diesen Reichstagswahlkreis kandidierte. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes kam er nach Hamburg zurück und wurde wieder Mitarbeiter des „Echo“. Er hat alle Zeit seine beste Kraft in den Dienst der Partei gestellt.

### Ein neues Parteiblatt in Baden.

In einer Konferenz der sechs oberbadischen Wahlkreise, die am Sonntag in Freiburg tagte, wurde nach eingehender Debatte einstimmig die Errichtung eines Blattes mit eigener Druckerei für das badische Oberland beschlossen; die Mittel hierzu sollen durch eine Genossenschaft aufgebracht werden. Als Erscheinungsort des Blattes wurde Freiburg bestimmt. Das neue Blatt soll erstmalig am 1. Juli 1911 erscheinen.

Die Gründung des neuen Parteiblattes ist ein erfreulicher Beweis für die Fortschritte der badischen Arbeiterbewegung. Wir wünschen dem Unternehmen schon jetzt bestes Gelingen.

#### Rückblick „Die Bürgerauswahl in Groß-Stuttgart“.

In unserer Nummer 294 brachten wir einen Auszug der Angriffe des Heilbronner „Redar-Echo“ gegen die Leitung der Stuttgarter Parteioffiziale und die diesen Angriff zurückweisende Erklärung des württembergischen Landesvorstandes. Es erscheint notwendig, gegenüber den irreführenden Angaben des „Redar-Echo“ eine sachliche Darstellung des Tatbestandes zu geben, damit die mit den eigenartigen politischen Verhältnissen nicht vertrauten Leser sich selbst ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen machen können.

Das „Redar-Echo“ behauptet: in den letzten drei Jahren, seitdem die Leitung der Stuttgarter Organisation in den Händen des „radikalen“ Genossen Westmeier liegt, hat die sozialdemokratische Wählerzahl Groß-Stuttgart nur um 1889 zugenommen, in den drei vorhergehenden Jahren jedoch, als die Leitung in sogenannten „revisionistischen Händen“ lag, um 3314. Dieses Rechenresultat des Verfassers des „Redar-Echo“-Artikels ist unbedeutend irreführend, weil die dreijährige Periode 1908/1910 zu zwei Bürgerauswahlgewahlen und eine Gemeinderatswahl umfaßt, die vorhergehende dreijährige Periode hingegen zwei Gemeinderatswahlen und eine Bürgerauswahlwahl. Den Bürgerauswahlgewahlen wird — allerdings zu Unrecht — weniger Bedeutung beigelegt als den Gemeinderatswahlen, und demgemäß ist die Abstimmung und damit unser Wählerzuwachs geringer. Bei Gemeinderatswahlen pflegt unsere Stimmenzunahme doppelt bis dreimal so stark zu sein. Folgende Zahlen ergeben das klar genug. Es betrug die Zunahme unserer Wähler bei den Bürgerauswahlgewahlen 1904: 688, 1906: 395, 1908: 298, 1910: 443; bei den Gemeinderatswahlen hingegen 1905: 1667, 1907: 1252, 1909: 1129. Es geht also nicht an, zwei Gemeinderatswahlen und eine Bürgerauswahlwahl unter „revisionistischer“ Leitung in Vergleich zu stellen mit einer Gemeinderatswahl und zwei Bürgerauswahlgewahlen unter „radikaler“ Leitung, wie das im „Redar-Echo“ geschehen ist.

So ganz nebenbei spricht der Verfasser des „Redar-Echo“-Artikels von „Eingemeindungen“. So ganz unwesentlich sind diese aber auch nicht, denn unter den 3314 Wählern, die unter der „revisionistischen“ Leitung des Genossen E. Heymann gewonnen wurden, stehen 1108 der 1905 eingemeindeten Vororte Cannstatt, Unterarkheim und Wangen, während in den letzten drei Jahren (1909) nur ein Vorort (Degelesch) mit 258 sozialdemokratischen Wählern eingemeindet wurde. Das war übrigens dem Verfasser des „Redar-Echo“-Artikels genau bekannt. Diese Tatsachen genügen wohl zur Charakterisierung des vom „Redar-Echo“ publizierten Rechenexempels, das die Unfähigkeit der „radikalen“ Leitung der Stuttgarter Organisation in den letzten drei Jahren darthut.

Die Tatsache, daß Genosse Westmeier, der von der Parteiverammlung an die Spitze des Wahlvorschlags gestellt wurde, nicht gewählt wurde, beweist auch etwas ganz anderes als das „Redar-Echo“ behauptet. Die Proporzwahl gibt nämlich der Partei und auch dem einzelnen Wähler die Möglichkeit, einem Kandidaten bis zu drei Stimmen zu geben, es müssen dann jedoch zwei andere Kandidaten vom Stimmzettel gestrichen werden, deren zwei Stimmen dem von der Partei oder vom Wähler bezeichneten dritten Kandidaten zufallen. Die Parteiverammlung hatte beschlossen, von einer derartigen Stimmentauschung zugunsten eines oder mehrerer Kandidaten abzugehen und sämtlichen Kandidaten, 14 an der Zahl, nur eine Stimme auf dem Stimmzettel einzuräumen. Es geschah das aus wahlstatistischen Gründen. Als gewählt gelten dann die auf dem Stimmzettel oben stehenden Kandidaten. Der Stimmzettel sollte laut Parteibeschluß unabhändert abgegeben werden. Dieser Beschluß ist auch von der großen Masse der sozialdemokratischen Wähler befolgt worden. Ein im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wähler kleiner Teil hat jedoch entgegen dem Willen der Masse den Stimmzettel geändert; wie das Wahlergebnis zeigt, sind es zum Teil Gegner des Genossen Westmeier gewesen, die sich an den Parteibeschluß nicht gehalten haben. Das möge genügen zur Kennzeichnung der Darstellung der Bürgerauswahlwahl in Stuttgart und der Angriffe gegen die Stuttgarter Parteileitung im Heilbronner „Redar-Echo“.

Die Fronte der Weltgeschichte hat es auch noch zuwege gebracht, daß, während in Stuttgart die Zahl der sozialdemokratischen Wähler um 443 zunahm, die bürgerlichen Stimmen aber zurückgingen, in Heilbronn, wo die Leitung der Parteioffiziale in sogenannten „revisionistischen Händen“ liegt, die bürgerlichen Stimmen ziemlich stark zunahm, während die Sozialdemokratie einen einzigen Wähler hinzugewann.

Das „Redar-Echo“ schrieb: Es zeigt sich also hierbei wieder, daß nicht der reifemalste Tamtam den Fortschritt der Bewegung verbürgt, sondern daß zähes, solides und sachliches Arbeiten dazu unbedingt erforderlich ist. . .

#### Der Fortschritt des Sozialismus in Indien.

Von all den westlichen Ideen, die jetzt in Indien eindringen — schreibt E. Rose im „Chicago Daily Socialist“ — hat keine tiefere Fortschritte gemacht als die des Sozialismus. Das erwachte Indien hat in seinem Kampfe für Freiheit von England die sozialistischen Grundsätze als seine Lebensphilosophie willkommen geheißen. Tatsächlich ist die bürokratische Regierung von Indien so erschreckt durch die Tätigkeit der Sozialisten, daß sie einen Preis auf den Kopf ihres Führers Pandit Shamji Krishna Varma ausgesetzt hat. Dieser lebt jetzt in Paris und leitet von dort aus die Bewegung in Indien. Er gibt die Monatschrift „Indian Socialist“ heraus. Die Zeitschrift ist in Indien von der Postbehörde ausgefloschen, aber sie hat eine weite Verbreitung unter den indischen Studenten, die jetzt in England, Amerika und Japan studieren. Genosse Krishna Varma hat das „Indian-Haus“ in England gegründet zur Verbreitung sozialistischer Ideen unter den dort lebenden Indiern. Wenn diese, erfüllt von sozialistischen Ideen, nach Hause zurückkehren, machen sie den englischen Herren das Leben schwer. Die Anhänger des Sozialismus führen in Indien den Namen „Nationalpartei“. Sie verlangen gleiches Recht für alle, ob sie weiß seien oder braun. Sie fordern, daß das englische Volk auf die Ausbeutung Indiens verzichte und das dem indischen Volk überlasse. Sie haben ein bestimmtes, klargestelltes Programm. Sie schaffen Organisationen in jedem Gewerbe. Sie errichten freie Abendschulen für die Arbeiter und bemühen sich auf jede Weise, die Lebenshaltung der Armen zu heben.

Vor kurzem traten die Arbeiter der Regierungsdrukerei in Kalkutta in Streik. Sie legten den ganzen Betrieb still, bis sie Lohnerhöhung und verkürzte Arbeitszeit erreicht hatten.

## Aus Industrie und Handel.

#### Steigerung der Grundrente.

Teilweise durch die inflationistische Verteuerung der Terrains für Baugründe, andererseits als Folge der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel durch die agrarische Schutzzoll- und Grenzsteuerpolitik, ist das in Grund und Boden investierte Kapital in den letzten Jahren stark gewachsen. Besonders auffällig ist die Zunahme der Hypothekensumme auf dem Lande, sie ist ein Beweis dafür, daß die durch die letzten Jollerhöhungen gemilderte „Not der Landwirtschaft“ schon wieder kapitalisiert ist, so daß die eigentlichen Produzenten keinen Vorteil davon haben, sie müssen die Mehreinnahmen in Form von

höheren Zinsen und Posten an den Grundrentner abführen. So bleibt die „Not“ unter dem herrschenden System ein unauflösbares Uebel, das erst durch den Sozialismus ausgemergelt werden wird. In der Zeit vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 ist im Königreich Preußen in den städtischen Bezirken, wozu auch Baden und Habsburg sowie Vorortgemeinden mit städtischem Wesen gerechnet werden, nach den vorläufigen Ergebnissen der Jahresübersicht der Hypothekeneintragen über die „Lösungen“ gegen die beiden Vorjahre recht beträchtlich gestiegen (gegen 1908 um 19,8 Proz.; gegen die hohen Beträge der Jahre 1904 bis 1906 bleibt er jedoch noch zurück). In den ländlichen Bezirken hingegen haben die hochmöglichen Mehreintragen seit 1904 ununterbrochen zugenommen (gegen das Vorjahr um 12,7, gegen 1904 sogar um 68,1 Prozent.)

Für die letzten sechs Jahre ergeben sich folgende Zahlen. Es betragen:

Jahr	in den städtischen Bezirken		in den ländlichen Bezirken	
	die Eintragungen	die Lösunggen	die Eintragungen	die Lösunggen
1904	3005	1473	1088	631
1905	3400	1689	1140	671
1906	3194	1593	1209	694
1907	2796	1490	1210	753
1908	2861	1587	1276	691
1909	3196	1877	1420	755

Die nach Stadt und Land verschiedenartige Bewegung der hypothetischen Mehrbelastung als der wichtigsten Ziffer für die Beurteilung der Grundbuchverschuldung weist schon darauf hin, daß im Verlaufe der letzten Jahre die Hypothekeneinnahme in den städtischen Bezirken von anderen Bedingungen als in den ländlichen abhängig war. Während auf dem platten Lande die Grundstücke „infolge der gestiegenen Rentabilität der Landwirtschaft und des dadurch wachsenden Bodenwertes in immer stärkerem Maße belastet wurden“, so sagt die amtliche „Statistische Korrespondenz“, machte sich bei den städtischen Bezirken in den letzten Vorjahren die mit Geldknappheit und Jurisdiktion des Kapitals bei Verleihung städtischer Grundstücke verbundene ungünstige Wirtschaftskonjunktur bemerkbar, welche stellenweise ein vollständiges Ausbleiben der Bautätigkeit zur Folge hatte. Für den gesamten Staat betragen die Mehreintragen der Städte 1908 nur das 2,15-, 1909 bereits das 2,29fache derjenigen des platten Landes. Das Kapital hat sich mithin kurzzeitig wieder etwas mehr dem städtischen Grund und Boden zugewandt, was in erhöhter Bautätigkeit, Anlage oder Ausbau industrieller Werke und dergleichen zum Ausdruck gekommen ist.

Nach der Schlussübersicht weisen unter den Stadtbezirken wie in den Vorjahren die größte Mehrverschuldung auf der Regierungsbauzettel Potsdam mit den großen Berliner Vororten, der Stadtkreis Berlin und der Regierungsbauzettel Düsseldorf; in den übrigen Bezirken blieben die städtischen Mehreintragen unter 100 Millionen Mark. Auf dem Lande findet man den größten Jahresüberschuss in den Regierungsbauzettel Schleswig und Potsdam.

#### Biehaltung in Deutschland und Amerika.

Angesichts der in Deutschland betriebenen Fleischerei ist es von Interesse, auf den großen Unterschied in der Biehaltung Deutschlands und Amerikas hinzuweisen. Bei der früher oder später doch unvermeidlichen Oeffnung der deutschen Grenzen kommt nämlich als leistungsfähiger Lieferant ausländischen Fleisches vorwiegend Nordamerika in Frage.

Der agrarische Einwurf, daß die deutsche Landwirtschaft genug Vieh für den deutschen Markt produzieren könne, ist hinfällig, ebenso der Einwurf, daß das ausländische Fleisch, speziell das amerikanische, schlecht, krank oder verfault sei. Wir brauchen nur Tatsachen festzustellen, nur die Art der Biehaltung in beiden Ländern zu betrachten, um zu erkennen, warum das deutsche Rindvieh ungewöhnlich stark tuberkulös ist, warum unter dem deutschen Vieh die Maul- und Klauenseuche grassiert, während Krankheiten unter dem amerikanischen Vieh nur in geringem Umfange vorkommen.

Das deutsche Rindvieh wird vielfach in Ställen aufgezogen. Selbst in Gegenden mit Weidewirtschaft, wie Pommern und anderen Küstenprovinzen, steht das Vieh 4-5 Monate jährlich im Stalle. Meist sind die Ställe niedrige, dumpfe Räume mit ungenügender, oft gar keiner Ventilation. So schlecht wie die Luft ist auch die Lichtzufuhr. Durch kleine, nahe an der Decke angebrachte Fenster können nur spärliche Licht- und Sonnenstrahlen ihren Weg finden. In warmen Sommertagen herrscht in den Ställen eine unerträgliche Hitze, und im Winter, wenn Fenster und Türen dicht verschlossen gehalten werden, sind die Wände und Türen und Fensterflügel feucht von den Haut- und Lungenauscheidungen der Tiere. Das Vieh hat keine Bewegung und keine sauerstoffreiche Luft. Je geringer aber die Bewegung, je geringer die Sauerstoffzufuhr zum Körper, desto geringer der Stoffwechsel und um so stärker die Reizung zu Krankheiten. Die Reinigung der Ställe und des Viehes läßt viel zu wünschen übrig. Der Dünger wird vielfach tags- oder gar nachts nicht aus dem Stalle geschafft. Die Tiere streifen vor Dreck, Rauch und Hitze und Exzess mit einer fingerdicken Mistkruste überzogen. Bei den Kühen, die als Milchgeber besonders peinlich sauber gehalten werden müßten, sind Euter und Strichel wahre Bazillenherde. Daß diese Ställe die verhänglichsten Brutstätten für Tuberkulose sein müssen, kann jeder Denkende einsehen. Noch schlechter, noch ungesünder sind die Schweineställe. Daß die Schweine daher ebenso wie das Rindvieh mit Krankheiten behaftet sein müssen, ist ohne weiteres einzusehen. Sehr zutreffend nannte einmal Dr. Hall, Professor am landwirtschaftlichen Institut der Universität Velpzig, ein energischer Vorkämpfer für Weidewirtschaft, die deutschen Viehhäuser Viehsterker!

Aber nicht nur Männer der Wissenschaft, sondern auch einflussreiche Gutbesitzer haben auf das gekennzeichnete Uebel hingewiesen. Wir wollen ferner konstatieren, daß auch da und dort grobe und lustige Ställe gebaut worden sind, das Vieh reinlich gehalten und soviel als möglich auf die Weide gebracht wird. Aber das sind nur Ausnahmen, die an dem Uebel der deutschen Viehhaltung nichts ändern.

Viel natürlicher liegen die Aufzuchtverhältnisse in Amerika. Die erste Viehwirtschaft, welche sich früher oder später zum Flusse des amerikanischen Ackerbaues ausbreiten kann, ist ein Segen für die Viehzucht. Schweine sowohl wie Rinder werden im Freien geboren und im Freien gehalten bis zur Schlachtreife. Das Vieh liegt draußen bei jedem Wind und Wetter, Sommer und Winter, Wind und Regen halten es sauber. Bewegung und der ständige Aufenthalt in reiner Luft schaffen einen regen Stoffwechsel. Und da das Klima in Nordamerika ein ausgeprochenes kontinentales Klima ist, tropische Hitze im Sommer, Schneefälle und bittere Kälte im Winter teilweise bis in die Südstaaten hinunter, so ist und muß die Folge sein, daß das amerikanische Vieh ein außerordentlich kräftiges, abgehärtetes und gesundes ist. Befindet sich unter der Herde ein krankes Stück Vieh, so erliegt es sehr bald den Unbilden der Witterung.

Wenn nun, ganz unabhängig hiervon, Schweinereien in den großen Schlachthäusern vorkommen, welche das Fleisch für den Mehltransport vorbereiten, so ändert das nichts an den geschilderten Verhältnissen. Es ist Pflicht der deutschen Regierung, vor Oeffnung der Häfen für amerikanisches Fleisch bei ihrer Kollegin in Washington auf eine strenge Kontrolle der Packhäuser zu bringen. Zweifelslos haben sich seit der Veröffentlichung von Sinclair's Buch „Der Sumpf“ auch hier die Verhältnisse gebessert. Aber der Fleischtransport ist ein kapitalistisches Unternehmen, brutal und gewissenlos wie der Kapitalismus. Man muß also dem Fleischtransport unauferlegte auf die Finger setzen. Eine strenge Kontrolle in den Einfuhrhäfen kann die Einfuhr milder wertig gewordenen Fleisches fast unmöglich machen.

# Gewerkschaftliches. Gelbe Hirsche.

Von Streikbruch zu Streikbruch schreiten die den Hirschen angeschlossenen Bundesbrauergesellen. Bei dem jetzigen Kampf der Brauereiarbeiter mit der Brauerei **S a m m e r** in **Pl a u e n** um das Koalitionsrecht hat der Bund deutscher Brauergesellen wieder Streikbrecher geliefert. Und zwar ist dies geschehen durch den Vorsitzenden des Bundes **S i e g e r t - L e i p z i g**. Er kann sich nicht damit ausreden, daß er von dem Kampfe nicht gewußt habe, denn er war nach Ausbruch des Kampfes selbst in Plauen gewesen. Aber er hat schon lange Sehnsucht nach einem Bundesverein in Plauen gehabt; da er auf lokalem Wege keinen ins Leben rufen konnte, bemühte er den jetzigen Kampf, um mit Hilfe der Streikbrecher zu einem Verein zu kommen.

So wirkt die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit der Hirsche auf den gelben, vaterländischen Brauergesellenbund, der sie sich unterziehen wollten; der Gesellenbund bleibt, wie er ist. Die Hirsche aber sind damit zufrieden, denn nur durch Streikbruch können sie ihre Reihen, wenn auch nur vorübergehend, stärken. Und das ist die Hauptsache für die mitgliederarmen Gewerkschaften, sonst hätten sie den gelben Brauergesellenbund nicht so umworben, um dort unterzuschliffen zu können.

## Berlin und Umgegend.

### Die Vereinbarungen der Einrichter an Schrauben-automaten und Handbänken.

Am 1. Juni dieses Jahres zustande gekommen sind, werden in mehreren Betrieben nicht innegehalten. Die Einrichter hielten am Sonntag in den Arminkassen eine Versammlung ab, in der diese Angelegenheit eingehend besprochen, und über Maßnahmen beraten wurde, den Vereinbarungen allgemein Geltung zu verschaffen. Nach dem, was teils vom Branchenvertreter **D e w i t z**, teils in der sehr regen Diskussion ausgeführt wurde, versuchten die betreffenden Unternehmer in verschiedener Weise den Vertrag zu durchbrechen und die Löhne herabzudrücken. Unter anderem ist man auch bemüht, immer neue Arbeitskräfte anzulernen, und zwar zu Bedingungen, die den Vereinbarungen zuwiderlaufen, die in dieser Hinsicht besagen, daß in den ersten acht Wochen zur Ausbildung als Automateinrichter nach freier Vereinbarung gezahlt werden kann, daß jedoch dann mindestens 60 Pf., nach zwölf Wochen mindestens 65 Pf. Stundenlohn gezahlt werden müssen und darauf der eigentliche Stundenlohn von 70 Pf. maßgebend ist. In der Versammlung wurde nun ein Ausbildungsvertrag der Firma **W. A. S i e l z n e r** verlesen, in dem die Ausbildungszeit auf 1 1/2 Jahre, also 18 Monate, festgesetzt ist und der zu zahlende Lohn für den ersten Monat auf 40 Pf. bemessen ist, für die folgenden 6 Monate auf 42 1/2 Pf. und für die letzten 6 Monate auf 45 Pf., abzüglich der Kostenbeiträge, woran sich noch zu größerer Sicherheit des Unternehmers der **R a f f u s** schließt, daß die Firma in Krankheitsfällen auch dann nicht für die Verpflegung und Heizung zu sorgen hat, wenn die Krankenkasse dies nicht mehr tut. Dieser Vertrag, der ja mit den Vereinbarungen in starkem Widerspruch steht, würde wohl kaum, wenn es zu einer Klage käme, vom Gewerbegericht anerkannt werden, er ist aber charakteristisch für die Art, wie die Unternehmer neue Arbeitskräfte heranzubilden suchen. Ein anderes Mittel, das in mehreren Betrieben angewandt wird, um die Löhne im Verhältnis zur Arbeitsleistung herabzudrücken, ist, daß man dem Einrichter zumutet, immer mehr Maschinen auf einmal zu bedienen, und das geschieht in solchem Maße, daß es die normale Arbeitsfähigkeit übersteigt und die Arbeiter weit über Gebühr angestrengt werden. Wenn dabei auch vorerst ein höherer Lohn verdient wird, so sind die Arbeiter doch ohne Zweifel schließlich die Geschädigten. Es wurden auch verschiedene Firmen genannt, die durchaus geübten Einrichtern einen geringeren Lohn bieten als den vereinbarten oder sonstige den Tarif zu umgehen suchen. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß auf Grund der vorangegangenen Bewegung sich die Verhältnisse statt sich zu verbessern, verschlechtert haben infolge der Maßnahmen der Unternehmer. Die Versammelten geloben namentlich 1. nicht unter 70 resp. 65 Pf. Mindestverdienst zu arbeiten; 2. die Zahl der zu bedienenden Maschinen nicht zu erhöhen; 3. unter keinen Umständen Verträge mit den Unternehmern einzugehen; 4. vom 1. Januar ab, wenn die Vereinbarungen aller in der Branche beschäftigten Schraubendreher und Schraubendreherinnen in Kraft treten, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß das, was festgelegt ist, auch innegehalten wird und 5. da die vergangene Schraubendreherbewegung gezeigt hat, daß noch eine Anzahl unorganisierten und mit ihren sonstigen Organisationsverhältnissen im Rückstand befindlicher Kollegen vorhanden ist, nicht eher zu ruhen, als auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin vollberechtigtes Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist.“

## Deutsches Reich.

### Deutscher Heimarbeiterstag.

Der Aktionsauschuss versendet folgende Einladung:  
Das Hausarbeitsgesetz steht vor der Entscheidung. Der Bericht der Reichstagskommission liegt vor. Die zweite Sitzung im Reichstag wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen stattfinden. Was in ihr beschloffen wird, wird voraussichtlich in der dritten Beratung bestätigt werden. Dann hat der Bundesrat das letzte Wort. Ist das Gesetz aber zustande gekommen, so ist sicher damit die Regelung der Hausindustrie auf lange Zeit hinaus abgeschlossen.

Es gilt daher, in letzter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Heimarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Der Heimarbeiterkongress von 1904 und die deutsche Heimarbeiter-Ausstellung von 1906 haben den Anstoß zu dem Hausarbeitsgesetz gegeben, das Ende 1907 dem Reichstag vorgelegt worden ist und somit volle drei Jahre bis zur Entscheidung gebraucht hat. Die Regelung der Hausarbeit nach den Beschlüssen der Reichstagskommission erscheint in wichtigen Punkten unzulänglich; daher sind wir der Überzeugung, daß in Rahmen dieses Gesetzes noch manche Verbesserungen Platz greifen müssen, soll wirklich den schwereren Notständen der Heimarbeiter gesteuert werden. Um solche Verbesserungen vorzuschlagen und an Reichstag und Bundesrat zu bringen, laden wir Vertreter der Heimarbeiter aller Berufsgruppen und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen, die bisher schon zu gemeinsamer Arbeit wiederholt vereint waren, zu einer Kundgebung ein. Mit Vermeidung aller politischen Tendenzen, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen, ist der Zweck dieser Kundgebung einzig und allein, die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter noch einmal zusammenzufassen und öffentlich auszusprechen.

Der Heimarbeiterstag wird stattfinden am 12. Januar 1911, von 9 Uhr vormittags an, in den Räumen von **K e l l e r s** Neue Philharmonie, Berlin, Köpenicker Straße 96/97.

Das Hauptreferat hat Professor Dr. **W i l b r a n d t** -Lüdingen übernommen. Anmeldungen zu diesem Kongress nimmt entgegen das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Kollndorffstr. 29/30.

Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Heimarbeiter wird der Sache dienen. Ergeht von dem Kongress eine einmütige und starke Forderung der Heimarbeiter in Stadt und Land an den Reichstag und den Bundesrat, so werden ihre Wünsche, das hoffen wir bestimmt, ihren Eindruck nicht verfehlen und das Hausarbeitsgesetz so

gestalten helfen, wie es den Bedürfnissen und Räten der Heim-arbeiter entspricht.

## Der Aktionsauschuss. Professor Dr. C. Franke.

**M a r g a r e t e** **B e h m**, Ingenieur G. **V e r n a e r d**, Joh. **G l e s - b e r t s**, M. d. R., C. **G o l d s c h m i d t**, Kräger, Joh. **S a s s e n - b a c h**, Robert **S c h m i d t**, M. d. R., Dr. phil. **G e r t r u d** **B ä u m e r**, Frau **W i m m a** **C a u e r**, **G e r t r u d** **D h r e n f u r t h**, **M a r g a r e t e** **F r i e d r i c h s**, **G u l t a v** **H a r t m a n n**, Professor Dr. **G e n r i c h** **H e r k n e r**, Frau **S e h e i m r a t** **D r. H o p m a n n**, Karl **H ä b i c h**, **P a u l a** **M u e l l e r**, Frau **L u i s e** **R o s e n g a r t**, **G u s t a v** **S a b a t h**, M. d. R. **S c h i f f e r**, M. d. R., **A n n a** **S c h m i d t**, Professor Dr. **B e r n e r** **S o m b a r t**, Professor Dr. **R o b e r t** **W i l b r a n d t**, **L e o p o l d** **W i n t e r**, Privatdozent Dr. **W a l d e m a r** **Z i m m e r m a n n**.

## Zum Streik in der Edelmetallindustrie zu Pforzheim.

Am 16. Dezember gingen dem Metallarbeiterverband und wohl auch den andern in dem Schreiben der Regierung genannten Organisationen folgende Zuschriften zu:

### Großherzogliches Bezirksamt Pforzheim.

Wir überleben anliegende Abschrift des Erlasses Sr. Ministeriums des Innern vom 15. d. Mis. Nr. 57178 nebst 2 Anlagen mit dem Ersuchen, uns Ihre Entscheidung baldigst zu übermitteln.

Reim.  
Karlsruhe, den 15. Dezember 1910.

### Die Lohnbewegung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie betreffend.

Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgegend hat zwar mit dem an das dortige Bezirksamt gerichteten Schreiben vom 8. d. M. den Zeitpunkt und die Vorbereitungen für Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter noch nicht als gegeben erachtet. Da inzwischen wieder eine Woche abgelaufen ist, erachten wir es für unsere Pflicht, angeht die schweren wirtschaftlichen Schädigungen, welche immer weitere Kreise der dortigen erwerbstätigen Bevölkerung bei einem längeren Stillstand der Geschäfte bedrohen und im Hinblick auf die großen Verluste des Mittelstandes durch die Ausfälle beim Weihnachtsgeschäft, welche um so empfindlicher sein werden, als erfahrungsgemäß am Schluß des Jahres vielfach Verbindlichkeiten aus Wechseln usw. zu erfüllen sind, nochmals den Versuch zu machen, ob nicht eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, wenn möglich noch vor den Festtagen, herbeigeführt werden könnte. Als Grundlage für die Verhandlungen könnten vielleicht die in der Anlage bezeichneten Punkte in Frage kommen.

Wir sind bereit, durch einen Bevollmächtigten des Ministeriums mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierüber in eine unverbindliche Aussprache einzutreten, wobei in Aussicht genommen werden könnte, daß eine von den Beteiligten zu berufende Kommission von Unparteiischen die Punkte, über welche schließlich keine Verständigung zu erzielen ist, durch einen der Beteiligten bindenden Schiedspruch zu erledigen hätte.

Dierob ist dem Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgegend, ferner den dortigen Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Pforzheim-Dundelbacher Gewerkschaften (Verbandssekretär **H e r d e r** und Mitglied der Ortsverwaltung **K e t t e n m a c h e r** **B i e h l e r** in Pforzheim) und der christlichen Arbeiterorganisation, sowie den etwa inzwischen vom Arbeitgeberverband herhin benannten Vertretern der nichtorganisierten Arbeiter unter Mitteilung von je zwei Abdrucken der Anlage Kenntnis zu geben und ihre Erklärung baldigst hierher vorzulegen.

gez. **W o d m a n n**.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes hat darauf dem Regierungsrat Reim mitgeteilt, daß wenn die beteiligten Arbeiterkategorien zu den vorgeschlagenen Stellen genommen haben, sie dem Bezirksamt weitere Mitteilung werden zugehen lassen.

## Ausland.

### Sieg der englischen Werftarbeiter.

Aus London wird uns geschrieben:  
Die Aussperrung der Kesselschmiede in den nordenglischen und schottischen Werften ist, wie schon telegraphisch gemeldet, zu Ende. Durch eine Urabstimmung der Mitglieder der Gewerkschaft der Kesselschmiede ist das zwischen den Vertretern der Arbeiter und des Unternehmerverbandes vereinbarte neue Uebereinkommen mit 13715 gegen 1290 Stimmen angenommen worden, und die Arbeit hat bereits auch in allen betroffenen Schiffswerften begonnen.

Der Kampf war einer der hartnäckigsten und bedeutungsvollsten, die in England überhaupt ausgefochten worden sind, und er hat mit einem schmachvollen Rückzug der übermächtigen Unternehmer und einem erhebenden Siege der Arbeiter geendet. Den Anstoß zur Aussperrung, die nun volle 15 Wochen gedauert hat, gaben bekanntlich zwei geringfügige Streiks von Kesselschmieden, wobei diese gewisse Bestimmungen des im Jahre 1907 zwischen dem Unternehmerverbande und den verschiedenen Werftorganisationen abgeschlossenen Einigungsverfahrens unbeachtet ließen. Der Unternehmerverband wollte sich nicht mit der Unterwerfung der Streikenden zufrieden geben, sondern forderte von der Gewerkschaft Garantien dafür, daß solche regelwidrigen partiellen Streiks in Zukunft nicht wieder vorkommen werden und verhängte zur Erzwingung dieser Forderung die Generalaussperrung gegen alle Mitglieder der Gewerkschaft der Kesselschmiede. Nachdem die Aussperrung bereits sieben Wochen im Gange war, einigten sich die Führer der Arbeiter mit den Unternehmern in der Tat auf einen Vertrag, wonach regelwidrig streikende Gewerkschaftsmitglieder den Vorschriften des Vertrags gemäß gemahregelt, mit Geldstrafen belegt, in Wiederholungsfällen sogar aus der Organisation ausgeschlossen werden sollen. Eine Urabstimmung der Kesselschmiede verwarf jedoch diese Bedingungen und der Kampf nahm seinen Fortgang. Noch viel entschiedener wurden diese Bedingungen von den Arbeitern abgelehnt, als sie einige Wochen später einer erneuerten Urabstimmung unterbreitet wurden.

Die unbeugsame Entschlossenheit der Arbeiter, eher die schlimmsten Entbehrungen zu erdulden, als ihre Organisation zum Verleugern der Kapitalisten herabzuwürdigen, hat ihre Wirkung auf die Unternehmer nicht verfehlt. Als sie sahen, daß die Hungerpeinliche nicht den erhofften Eindruck machte, verstanden sie es gradlos vom hohen Noth herabzusteigen. Es wurde jetzt ein neues Uebereinkommen zwischen ihnen und den Vertretern der Arbeiter vereinbart, wonach sich beide Organisationen, sowohl Gewerkschaft wie der Unternehmerverband einfach verpflichten, gegen ihre regelwidrig streikende bzw. aussperrende Mitglieder den Regeln der eigenen Organisation gemäß vorzugehen; nur ein gemeinsamer Ausschuss wird eingesetzt, um über die Durchführung der betreffenden Regeln zu wachen. Ferner wird eine Maschinenrie für die schnelle Beilegung von Streitigkeiten lokaler Natur vorgelesen. Diese neue Vereinbarung ist nun durch eine Urabstimmung der Kesselschmiede mit der oben angegebenen überwältigenden Mehrheit angenommen worden.

Der Sieg der Arbeiter ist ein vollständiger. Die frohe Annahme des Scharfmacherverbandes, daß in die inneren Angelegenheiten der Arbeiterorganisation hineinmischen zu wollen, ist endgültig zurückgewiesen worden. Auch ihr Anspruch, als Hüter der Disziplin in der Gewerkschaft auftreten zu wollen, hat die verdiente Zurückweisung erfahren. Gewerkschaft und Unternehmerverband werden auf völlig gleichen Fuß gestellt, und der alten Klage der Arbeiter über die Verschleppung des Einigungsverfahrens in Streitfällen lokaler Natur — die Hauptursache der bisherigen partiellen Streiks — wird Rechnung getragen. Daß dennoch 1290 Kesselschmiede gegen dieses Uebereinkommen stimmten, zeigt nur, daß sie Bedenken tragen, überhaupt auf eine gegenseitige Disziplinverpflichtung mit den Unternehmern einzugehen.

Der Sieg der Arbeiter ist, abgesehen von ihrem bewundernswerten Kampfesmut, hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß sich im Schiffbau eine Hochkonjunktur vorbereitet und die

Unternehmer sich nicht länger den Profit entgehen lassen können. Es ist auch möglich, daß die englische Admiralität den Unternehmern angedeutet hat, daß sie nicht unbeschränkt Zeit auf die Fertigstellung der bestellten Kriegsschiffe warten könne. In der Clyde allein werden etwa 20 Schlachtschiffe, Kreuzer und Handelschiffe mit zusammen 200 000 Tonnengehalt auf Fertigstellung. Infolgedessen ist schon neuer Konfliktstoff vorhanden, denn die Unternehmer wollen das Veräumnis durch ausgedehnte Lieberarbeit nachholen lassen, während die Arbeiter entschlossen sind, sich nicht ungebührlich antreiben zu lassen. Der so zum Siegesende geführte Kampf hat den Arbeitern gewaltige Löhne aufgelegt. Unmittelbar am Kampfe beteiligten waren 15 000 Kesselschmiede, von denen jeder wöchentlich 10 Mark Streikunterstützung erhielt; hierunter bezahlte die Gewerkschaft der Kesselschmiede 5 Mark und der allgemeine Gewerkschaftsverband die übrigen 5. Die Gesamtausgabe der beiden Organisationen während der 15 Wochen des Kampfes betrug also 2 1/2 Millionen Mark. Außer den Kesselschmieden war aber eine noch größere Zahl von Hilfs- und sonstigen Werftarbeitern in Mitleidenschaft gezogen, die überhaupt keine regelmäßige Unterstützung erhielten.

## Letzte Nachrichten.

### Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen.

Wien, 20. Dezember. (W. T. N.) Das Herrenhaus hat das dreimonatige Budgetprovisorium angenommen. Die vom Abgeordnetenhaus bereits angenommene Vorlage betreffend das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in industriellen Betrieben wurde zur neuerlichen Beratung an den Ausschuss zurückerwiesen. Im Laufe der Debatte waren die Schwierigkeiten das Gesetz am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen, sowie materielle Bedenken hervorgehoben worden.

### Die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner.

Paris, 20. Dezember. (W. T. N.) In der heutigen Sitzung beschloß die Kammer mit einem Antrag des Deputierten **J o u r n i e** (unabhängiger Sozialist) betreffend die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner. Im Namen der Kommission für öffentliche Arbeiten erklärte **P é c h a d r e**, daß die Kommission, ungeachtet ihres Wunschens, den Eisenbahner ihre Sympathie zu bezeigen, mit 10 gegen 9 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, daß die Frage der Wiedereinstellung eine Frage der Regierungspolitik sei und sich den Kompetenzen der Kommission entziehe. Was aber meine persönliche Ansicht betrifft, bin ich erstaunt, daß die Regierung sich nicht für verpflichtet gehalten hat, Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen.

Brousselle begründete unter großer Anteilnahme des Hauses einen Antrag, die Diskussion auszusetzen, bis der Dienst auf den Eisenbahnen wieder normal geworden sei. Die sozialistische Linke protestierte hiergegen. **C o l l y** (Beeinträchtigter Sozialist) erklärte, der normale Zustand werde nicht wieder eintreten, so lange nicht die entlassenen Angestellten, die die besten Beamten seien, wiedereingestellt sein würden. Der Antrag **B r o u s s e l l e** wurde mit 454 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

**C e c c a l d i** forderte von der Regierung, daß alle Eisenbahner wieder eingestellt würden, die nicht an der Sabotage oder an Gewalttätigkeiten teilgenommen hätten. **M e r t e a u x** schloß die heutige Lage der entlassenen Eisenbahner. Er warf dem Ministerpräsidenten vor, sich nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, bei den Gesellschaften bedient zu haben, um Konzessionen zu erlangen, die den Ausstand verhindert hätten. **B r i a n d** habe auch das Schreiben der Vereinigung der Heizer und Lokomotivführer unbeantwortet gelassen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

**M e r t e a u x** forderte die Regierung auf, Ruhe zu schaffen, indem sie für Wiedereinstellung der Eisenbahner Sorge trage, die keine schwere Schuld auf sich geladen hätten. Ministerpräsident **B r i a n d** erklärte, auf den Staatsbahnen werde keine Entlassung aufrechterhalten werden, die nur wegen Teilnahme am Streik ausgesprochen worden sei. Die Eisenbahngesellschaften hätten versprochen, ebenso vorzugehen. Von einer allgemeinen Amnestie könne aber nicht die Rede sein, da man sonst Gefahr liefe, die Disziplin nachteilig zu beeinflussen. (1.) Die Gesellschaften könnten deswegen von der Regierung Rechenschaft fordern, wenn sie sie zur Wiedereinstellung aller Beamten nötigte. Die Transportverzögerungen lägen nicht am allgemeinen bösen Willen, sondern am Streik, an der Ernte und den Ueberschweemmungen. Die Regierung wolle einen ausgedehnten sozialen Fortschritt. Um ihn zu erreichen, müsse sie Ordnung haben. Die Republikaner mögen sagen, ob sie gleichfalls Ordnung wünschen. Nur unter dieser Bedingung werde er im Amte bleiben. (Beifall auf vielen Bänken.)

**J a u r e s** erklärte, der Wiedereinstellung der Eisenbahner an den Staatsbahnen stehe nichts im Wege. Wenn der Staat ein Beispiel gäbe, dann würden die anderen Gesellschaften folgen. Die Direktion der Nordbahngesellschaft sei in zwei Gruppen geteilt, eine katholische und eine jüdische, an der Spitze der jüdischen stehe **N o t h s c h i l d**. Die Katholiken sollten sich mit dem Geiste sozialer Liebe erfüllen, der im Evangelium gepredigt werde, und was die Juden anlangt, so könne man nicht verstehen, daß die großen Bankiers, die das Brot für 500 Eisenbahnerfamilien in ihren Händen hielten, sich nicht daran erinnerten, daß wenn das Proletariat sich nicht vor zwölf Jahren der wilden Niedrigkeit des Antisemitismus widerfehlt hätte, die großen Juden wie **S t r o f f** im Sturm weggerissen worden wären. (Lebh. Beif. auf der äußersten Linken und einem Teil der Rechten.) Nicht für sie, sondern für Gerechtigkeit und Recht haben wir und damals geschlagen, und die Eisenbahner fordern jetzt auch Gerechtigkeit. **J a u r e s** forderte Wiedereinstellung aller Eisenbahner ohne Einschränkung.

**B r i a n d** nahm sodann eine Tagesordnung **R a b i e r** an, die von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt und ihr das Vertrauen ausdrückt, daß sie beabsichtige, bei den Staatsbahnen eine Revision der Kündigungen mit Wohlwollen und Menschlichkeit vorzunehmen und in diesem Sinne auch bei den Eisenbahngesellschaften vorgehen wolle. Darauf stellte **B r i a n d** die Vertrauensfrage. Die Priorität der Tagesordnung **R a b i e r** wurde mit 383 gegen 143 Stimmen angenommen.

Der Teil der Tagesordnung **R a b i e r**, der von den Regierungserklärungen Akt nimmt, wurde schließlich mit 425 gegen 80 Stimmen, der Teil, der der Regierung das Vertrauen ausdrückt, mit 354 gegen 106 Stimmen, die gesamte Tagesordnung mit 405 gegen 90 Stimmen angenommen.

### Pistolen für die Arbeitswilligen.

München, 20. Dezember. Wie die „Mündener Post“ meldet, haben die streikenden Bergarbeiter in Gaussham heute früh die Leibwache des Bergwerksdirektors **J a n o t a** abgefangen. Einer der Leute war mit einem gelackten Säbel und einer Pistole bewaffnet; er hat seine Waffen an den Streikposten abgeliefert und ist nun zu den Streikenden übergetreten. Der Direktor hat für die Arbeitswilligen eine Anzahl Pistolen beschafft. Sonst herrscht in Gaussham und in Penzberg Ruhe.

Die Hölle von Mieltshin.

Achter Tag.

In der Jungenbernehmung zum Fall Mauthe wird gestern zunächst der ehemalige Jügling Mauthe selber gehört. Auch ihm hat es in Mieltshin „ganz gut gefallen“ — bis auf die Schläge. Er selber wurde zunächst nicht geprügelt, aber schon damals erlitt er es schwer, daß er den Auspeitschungen der Kameraden zusehen mußte. Schließlich wollte er austricksen, weil er diese Behandlung nicht mehr mit ansehen konnte. Jügling Härtel wußte darum, doch hatte Mauthe ihm nicht gesagt, daß er Meister Niemschneiders Geld und Revolver mitnehmen wolle. Das sei auch gar nicht seine Absicht gewesen, versichert er. Als der Fluchtplan bekannt wurde, verfügte Pastor Breithaupt gegen ihn jene Abstrafung, bei der Mauthe an einen Baum gebunden wurde. Der Herr Pastor befahl:

„Zweihundert! Die ersten fünfzig schlage ich!“

Als Mauthe erschrocken zurückwich, rief der Pastor: „Er weigert sich? In diesen Baum binden Sie ihn!“ Mit dem Rücken gegen den Baum wurde er angebunden, wobei ihm die Hände auf dem Rücken gefesselt waren, und nun fielen die Schläge von des Pastors Peitsche ihm auf Brust und Gesicht, so daß er an der Stirn blutete.

Schwester Olga stand dabei

und rief ihn umzubringen. Das geschah, und von neuem sausten Peitschenhiebe auf seinen Körper, jetzt auf Rücken und Gesicht. Ueber den weiteren Verlauf der Exekution macht M. unsichere Angaben. Er meint, er habe aus der sich lödenden Fessel sich losgemacht und sei davongelaufen. Da habe der Pastor gerufen: „Schlagen Sie so lange, wie Sie können!“ Mit Peitsche und Gummihäutchen sei M. von drei oder vier Mann bearbeitet worden. Schließlich habe Niemschneider, dem die Tränen in den Augen standen, ihn aufgedrückt mit den tröstenden Worten: „Na, nun sei still!“ Aufs neue angebunden sei er

unter den erneuten Schlägen zusammengesunken.

so daß ihm Wasser über den Kopf gegossen wurde. Den Schluß der Exekution bildete eine nochmalige Auspeitschung auf dem Schemel, wobei er auch Schläge auf die Fußsohlen bekommen habe, nachdem der Pastor

ausdrücklich „Auf die Fußsohlen!“ kommandiert

hatte. Zeuge Mauthe sagt: Am Körper fühlte ich jetzt nichts mehr, nur wenn Schläge auf den Kopf fielen, brummte es. Der Einzelheiten kann er sich nicht mehr sicher erinnern; er erklärt: Ich war nicht mehr richtig bei Verstand. — Vorj.: Nach dem Besuch der städtischen Untersuchungskommission schenken Sie ein Schriftstück auf, das viele übertriebene Darstellungen enthält. — Zeuge: Das habe ich schon vor dem Untersuchungsrichter abgegeben; ich fand damals unter dem Gefühl des Hasses. — Vorj.: Aber heute nicht mehr? — Zeuge: Nein. Zum Arrest im Keller sei er mit der großen Kette krumm geschlossen worden, erst später habe Niemschneider ihm heimlich die Kette länger gelassen, so daß M. nun stehen konnte. Mehrere Nächte habe er ohne Decke liegen müssen, als Nahrung habe er nur Wasser und Brot bekommen und auch nach seiner Ueberweisung in die Strafzelle sei er noch längere Zeit hiermit ernährt worden. Von den schmerzhaften Fußleiden habe er wund Stellen gehabt.

Breithaupt bestreitet die Schläge auf die Sohlen, die Entziehung der Decke und die Krummhalsbildung. Seine Erklärung: „Ich kann nur behaupten, daß M. ein ganz durcheinandergerätes Schauspieler ist,“ wird aus dem Justizvertrauen mit Heiterkeit beantwortet. Auch Engels erklärt Mauthe's Darstellung für unrichtig, im besonderen dessen Angabe, daß Engels ihm, als er auf der Erde lag

den Fuß auf die Brust gesetzt habe,

und daß Engels am andern Tage zu Brodel gesagt habe, bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse solle er

„den Hund niederschlagen“.

Brodel erklärt Mauthe's Angaben für „im wesentlichen wohl richtig“, im besonderen bestätigt er, daß Breithaupt dem weglaufernden Mauthe nachstürzte und ihm „verschiedene Hiebe über den Kopf“ gab.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Assessor Simon beantragt, Mauthe's Glaubwürdigkeit zu prüfen. Aus den Akten ergebe sich, daß M. während seines früheren Aufenthalts in einer anderen Anstalt einen schlechten Einfluß auf jüngere Jüglinge ausgeübt habe. In der Anstalt Nichtenberg, in die er von dort aus gelangte, hat er nach den Befundungen des hierzu vernommenen Inspektors Ruth sich intelligent und anständig gezeigt, aber das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht. Einem Aufseher habe er Revolver und Spardose entwendet, und mit einem geflüchteten Pastirer habe er den Anstaltspförtner getötet, so daß er ungehindert entfliehen

konnte. Nach seiner freiwilligen Rückkehr habe er einen Selbstmordversuch gemacht, wofür er, da es sich um ein bloßes Mauther geandelt habe, geprügelt worden sei. Daß er andere ungünstig beeinflusste, hat Ruth nicht bemerkt; eher habe er selber sich von den Zungenzählern beeinflussen lassen, zu denen er sich gehalten habe. Das bestätigt auch Lehrer Heintzel, der den Mauthe als einen eigentümlich nicht unempfindlichen, aber energielosen Menschen charakterisiert. Jenen Vertrauensbruch habe M. begangen, weil er damals in eine Lehrstelle wollte, was ihm bis dahin versagt worden sei. Als er dann mit dem geflüchteten Pastirer einfliehen war, habe man Liebesbriefe an einen anderen Jügling gefunden, so daß er in den Verdacht der Verberstung kam. Bei seiner schlechtliehen Ueberweisung nach Mieltshin sei ein Aktenstück mit Ueberweisung worden, in dem Ruth über ihn urteilte: „Er lügt, stiehlt, betrügt und bedarf einer sehr strengen Zucht.“

Der Arzt Dr. Steinbrunn, der Mauthe später in der Anstalt Barrow untersucht hat, äußert sich über das Ergebnis. Im September 1909 fand er, daß möglicherweise noch eine kleine nervöse Erregung infolge der Jüchtungen zurückgeblieben war. Spuren auf dem Körper fand er noch im November.

Die Angaben Mauthe's über die an ihm vollzogene Exekution werden ergänzt durch den Maurer Bierzinski, der sie beobachtet hat, weil er damals in der Anstalt bei den Bauarbeiten beschäftigt war. Er schildert wie M. auf der Erde lag und der Pastor auf ihn einhieb. Später sah er, von einer anderen Stelle aus, wie M. an den Baum gebunden war und von Breithaupt und Engels zahlreiche Peitschenhiebe über den ganzen Körper und anscheinend auch über den Kopf erhielt. Zeuge hat sich zeitweise abwenden müssen, weil er den Anblick nicht aushalten konnte und selber schamhaftig zu werden glaubte. Er schildert die entsetzliche Prozedur in den schon bekannten Einzelheiten, das Zusammenfallen des Jungen, die Begießung mit Wasser, die erneute Auspeitschung. Auch den Schluß hat er mitangesehen, die Exekution auf dem Schemel. Hierbei hat er noch 85 Hiebe gezählt, dann hörte er auf zu zählen und wandte sich weg, weil er es nicht weiter ertragen konnte.

Lehrer Wendler kennt den Fall Mauthe nicht aus eigener Beobachtung, sondern aus Mitteilungen von Augenzeugen. Brodel habe ihm von 200 Hieben erzählt und den Ohnmachtsanfall, die Begießung, die erneute Auspeitschung geschildert. Auch Guisbertwaller Barisch, der als Angehöriger der Anstaltungskommission bei der Aufstellung des ehemals polnischen Gutes Mieltshin tätig war, habe ähnliches berichtet. Breithaupt soll vor Beginn der Jüchtung diesen Barisch herbeigerufen haben mit den Worten, er möge ein Gewehr mitbringen,

es werde einen Spah geben,

ein Jügling werde austreten und wieder eingefangen werden.

Guisbertwaller Barisch selber belundet, er habe nur einzelne Jüchtungen mitangesehen, da seien 50—60 Hiebe ausgeleitet worden, und er habe das für „wohl etwas zu viel“, für „etwas roh“ gehalten. Im besonderen habe Mauthe's Jüchtung, die er in derselben Weise wie die anderen Zeugen darstellt, geradezu Abscheu bei ihm gewekt, so daß er nicht länger zusehen konnte und sich entfernte. Breithaupt habe, als schon mit Schlägen begonnen worden war, angeschnitten: 200. Es sei jedoch nicht gezählt, sondern drauflos geschlagen worden. Zeuge erklärt, ihn habe man dazugerufen, doch habe er die Klinte nur mitgenommen, weil er sie zufällig in der Hand hatte. Er weiß nichts davon, daß Grund vorhanden gewesen sei, vor Mauthe besondere Angst zu haben. M. habe doch sogar das besondere Vertrauen seines Aufsehers (Niemschneider) genossen.

Auch Jügling Fischen sah Mauthe's Mißhandlung. Er war vom Pastor beauftragt worden,

des Pastors Stod und die Schwester Olga

zu holen, und auch den Strick zum Anbinden mußte er herbeischaffen. Als er den Stod brachte, war Schwester Olga schon selber gekommen. Breithaupt gab dem Mauthe zuerst mehrere Fausthiebe ins Gesicht. — Vorj.: Sie sind der erste, der auch das belundet. — Zeuge: Ja, mit mir hat er es auch mal so gemacht. — Dann ordnete der Pastor an:

200 Hiebe!

Nach vollzogener Auspeitschung, die Fischen wie die anderen Zeugen schildert, wurde Mauthe zum Arrest abgeführt. Wegen der großen Kette, mit der er geschlossen war, „konnte er nicht gerade gehen“. Daß er im Arrest mehrere Nächte ohne Decke blieb, bestätigt Fischen.

Ein gegen Befehlungszeugen mißtrauischer Staatsanwalt.

Nach der Vernehmung dieses dritten Augenzeugen bemerkt Justizrat Dröcker: Ich glaube, wir Verteidiger haben kein Interesse an weiterer Beweisaufnahme zum Fall Mauthe. — Vorj.: Ich selber halte sie ja auch für überflüssig. Aber es könnte sich eine Ver-

schiedenheit der Auffassung zwischen den Verteidigern und der Staatsanwaltschaft ergeben. — Staatsanwalt Reiner: Auch ich verzichte. Die Angeklagten stellen ja alles so dar, daß es ihnen günstig ist, während die Verletzten übertrieben. Im allgemeinen steht die Staatsanwaltschaft gerade diesen Jungen ziemlich mißtrauisch gegenüber.

Das Gericht beschließt, von weiterer Beweiserhebung zum Fall Mauthe Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende betont, daß dafür nicht die von der Staatsanwaltschaft geltend gemachten Erwägungen maßgebend gewesen sind.

Als letzter der zur Anklage stehenden Fälle wird der

Fall Ruppert

verhandelt. Hier werden die als Nebenkläger beteiligten Eltern des Jüglings Ruppert durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld vertreten. Ruppert, der als Fünfzehnjähriger in Fürstorgezucht gekommen und sehr bald nach Mieltshin überwiesen worden war, ist dort innerhalb weniger Tage mehrere Male ausgepeitscht worden. Als man bei ihm eine zweite Hofe fand, wurden Fluchtabsichten vermutet, und aus Furcht vor Schlägen machte Ruppert dann wirklich einen Fluchtversuch. Er nahm den Bauarbeitern Brot, Butter, Kuchel weg, um Probiant zu haben, und versteckte sich dann einstmitteln auf dem Boden des Hauses, das den Arbeitern als Wachtquartier angewiesen war. Man entdeckte ihn, und nun soll Engels ihm noch in derselben Nacht 30—50 Peitschenhiebe gegeben haben. Am andern Morgen verarbeitete Breithaupt ihn, wie die Anklage behauptet, weitere 50 Peitschenhiebe. Dann forderte er von ihm ein Messer, das den Arbeitern abhanden gekommen war, und schlug auf ihn ein, weil er „strotzt“. Schließlich bearbeitete auch Engels den Jungen an demselben Tage nochmals mit der Peitsche.

Breithaupt will von geistigen Defekten, die dem Ruppert nachgesagt werden, „nichts gewußt“ haben. Wenn es in den Akten stand, so hat er es, sagt er, „jedenfalls nicht gelesen“. Aufgefallen ist ihm nur, daß Ruppert sich fürchtete, wenn andere geschlagen wurden. Ruppert habe sich im übrigen allerlei Unrelichkeiten zuschulden kommen lassen und die entwendeten Gegenstände meist im Bett versteckt. — Vorj.: Was waren denn das für Gegenstände? — Angekl.: Weiß ich Schwären. — Vorj.: Na ja. — Angekl.: Aber auch anderes Lieh er verschwinden und versteckte es. — Vorj.: Wie äußerte sich seine Furcht bei den Jüchtungen anderer? — Angekl.: Er weinte. — Vorj.: Früher haben Sie gesagt: Er stellte sich, wie wenn er in Krämpfe fiel. Ein andermal haben Sie angegeben: Er rang die Hände und weinte. Da konnten Sie also annehmen, daß es dem Jungen kerzlich nahe ging. — Angekl.: behauptet, daß er dem Ruppert am Morgen nach seinem Fluchtversuch nicht 50, sondern „nur 25“ Hiebe gegeben habe. Bei den Ermittlungen nach dem Messer habe er ihn noch mehrfach mit der Peitsche geschlagen; daß Ruppert schon am Abend vorher von Engels geschlagen worden war, habe er nicht gewußt. — Vorj.: Ist es richtig, daß Sie, als er jähre, ihm den Mund verstopften? — Angekl.: Nein. — Vorj.: Es soll ihm ein Stiefel in den Mund gesteckt worden sein. — Angekl.: Nein.

Engels gibt zu, am Abend 25—30 Hiebe verabreicht zu haben. Am andern Morgen sah er die nochmaligen Bestrafungen durch den Pastor mit an. Ueber das Verhör wegen des Messers sagt er: Wenn Ruppert dann lag, dann schlug der Pastor immer wieder ein paarmal zu. — Als das Messer nicht gefunden wurde, mußte Engels nochmals schlagen, er sagt: mit 20—25 Hieben. Daß er schon gestraft hatte, habe er dem Pastor gesagt.

Ein paar Tage nachher wurde bei Ruppert wieder eine zweite Hofe gefunden. Wieder galt er als fluchtverdächtig, und nun gab's 50 Hiebe, in die Engels und Brodel sich teilten. Mit gefesselten Händen sperrte man ihn am 2. Juni in den dunklen Keller, aber Ruppert entkam und

rettete sich nach Berlin,

wo er nach einigen Tagen eintraf und sich seinen entsetzten Eltern zeigte. Untersucht wurde er von Aerzten in der königlichen Poliklinik, von Dr. Bernstein und nach einigen Wochen auch von einem Arzt der Waisenverwaltung, der er inzwischen zugeführt worden war. Breithaupt hält für „ausgeschlossen“, daß die dabei festgestellten Wunden und Narben aus Mieltshin herrührten.

Ueber die Persönlichkeit Rupperts kommt es zu längeren Erörterungen.

Dem Angeklagten hält Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Vertreter des Nebenklägers vor, daß Frau Ruppert selber ihm nach Mieltshin geschrieben hat, ihr Sohn sei geistig schwach und bedürfe der Schonung. Breithaupt behauptet, da sei der Junge schon entflohen gewesen.

In Nichtenberg hat Ruppert auf Inspektor Ruth den Eindruck eines ruhigen klugen Jungen gemacht, gegen dessen Glaubwürdigkeit

— Ein Band unerschaffener Gedichte von Garibaldi. Ein interessantes literarisches Dokument ist soeben in Bologna erschienen: ein Band bisher unbekannter Gedichte von Garibaldi. Unter den Dichtungen, mit denen sich Garibaldi auf der Insel Caprera die Tage der Ruhe fügte und die zum größten Teil aus den sechziger Jahren stammen, beansprucht eine längere autobiographische Dichtung besonders das Interesse. Hier schildert Garibaldi in poetischer Form sein abenteuerreiches Leben und die Zeit der italienischen Kämpfe. Das Gedicht enthält leidenschaftliche Angriffe gegen die Männer, die Garibaldi damals noch als seine Feinde und als Feinde Italiens ansah, gegen Napoleon III. und den Papst, gegen Viktor Emanuel und Cavour.

— Angelo Neumann, der Direktor des Deutschen Landestheaters in Prag, ist dort im Alter von 72 Jahren gestorben. Noch vor einigen Monaten war sein Name in Berlin als Reklamischild für die inzwischen aufgegebene Spekulation einer „Großen Oper“ ausgehängt worden. Und Angelo Neumann hatte einen Namen als routinierter Opernunternehmer und Organisator, wenn es auch eine bloße Parade war, den über 70 Jährigen an die Spitze eines neuen Unternehmens stellen zu wollen. Ursprünglich als Sänger an einer Reihe von Bühnen tätig, besonders am Wiener Hofoperntheater, gab er mit 37 Jahren infolge eines Herzleidens diese Karriere auf und betätigte sich als Regisseur und Leiter der Oper (unter Jüngster) in Leipzig. Er verstand es, Wagner ins Publikum zu lancieren, was damals noch eine Tat war. 1880 brachte er die erste Gesamtauführung des „Nibelungenringes“ (außerhalb Voprents) heraus. Hiermit feierte er dann auch in dem musikalisch absolut rühmlichsten Berlin im Viktoriatheater Triumphe. Weitere Erfolge führten zur Gründung eines Wagner-Theaters, mit dem er Deutschland und die Nachbarländer bereiste. Nach einem Intermezzo in Bremen übernahm er 1885 das Prager Landestheater. Von Prag aus hat er dann noch öfter Gastspiele veranstaltet. Bei solchen Gelegenheiten konnte er den Verehrern (im Vesting-Theater) zuerst die „Cavalleria“ und Cornelius' musikalisch weit bedeutendere Oper „Der Barbier von Bagdad“ vorführen, was ja Berlin gerade nicht zum Ruhme gereicht. Ein geschäftlich glücklicher Unternehmer, der nicht leicht vor etwas zurückschreckte, hat Angelo Neumann um die Popularisierung des größten Musikgenies seiner Zeit, Wagners, zweifellos seine Verdienste.

— Eine Erfindung zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes wurde nach dem „Times“ in der Nähe von Sidney (Australien) erprobt. Der neue Apparat zeigt automatisch an, wenn sich ein Eisenbahnzug auf ein von einem anderen Zuge bedientes Gleis begibt. Eine Lokomotive war mit einem derartigen Apparat ausgestattet und als sie in die von einem anderen Zuge bediente Linie eintrat, mit dem sie wenige 100 Meter später zusammengefahren wäre, gab der Apparat automatisch dem Lokomotivführer ein Zeichen und ebenso wurden auch die Bremsen automatisch betätigt.

Kleines feuilleton.

Farbige Photographien aus der Marl. In der Urania führte Herr Goerke unter dem Titel „Märkische Landschafts- und Gartenpoesie“ eine Reihe von photographischen Aufnahmen vor, die „in natürlichen Farben“ nach dem Lumidreischen Autochromverfahren hergestellt waren. Seit den ersten Anfängen der Lichtbildkunst hat es allen Fachleuten als Endziel vorgezweigt, auf mechanischem Wege ein Bild der farbigen sichtbaren Welt wiederzugeben zu können. Auf der Milchglasplatte der Kamera sieht man unter dem Schutz des dunklen Luches jenes Idealbild einer verkleinerten, bewegten, Lichtdurchfluteten, farbigen Welt. Es ist entzückend und gleichzeit auf's Haar dem Bildchen, das sich im Hintergrunde unseres Auges auf der dunkelsteigerten Retzhaut spiegelt. Aber wie diese flüchtigsten aller Erscheinungen festhalten? Gelänge es, sie nicht nur zu fixieren, sondern auch, sie so massenhaft und billig zu vervielfältigen wie das Schwarzweißbild, so würde das eine der stärksten Umdahlungen in der Technik und im Kulturleben bedeuten. Man denke nur an die Illustration. Jeder Arbeiter könnte die Meisterwerke der Malerei in naturgetreuer Kopie an seiner Wand hängen haben. Nun, soweit sind wir indessen noch ganz und gar nicht. Das Lumidreische Verfahren liefert ein einziges Bild auf der Aufnahmeglasplatte, das höchst empfindlich und so dicht ist, daß es von einer besonders starken Lichtquelle auf den Wandschirm geworfen werden muß, wo man es für einige Augenblicke betrachten mag, wenn es nicht bei längerer Projektionsdauer von der enormen Hitze der Lichtquelle ruiniert werden soll. Die Aufnahmeplatte enthält eine Filterfolie, bestehend aus nebeneinander gebetteten rotorange, grün und blauviolett gefärbten Stärkelösungen. Danach gelangt das Licht erst in die für alle Farben empfindliche Aufnahmeglasplatte. Es lassen also z. B. nur die grünen Körner das grüne Licht durch, das von den grünen Stellen des aufzunehmenden Objekts ausgeht. Durch erneute Belichtung werden später die Filterkörner, die nicht wirken sollen, durch Umkehrung mit Silberlösern zugebedet. Es entsteht dann Rot durch Ueberdeckung von Grün und Blau, Grün durch Ueberdeckung von Rot und Blau usw. Dies klingt kompliziert, ist es aber nicht mehr als ganz landläufige Dinge wie Stereotypie oder Autotypie. Die Bilder, die in der Urania gezeigt wurden, waren zunächst gärtnerischer Natur. Besonders aus den Laubenkolonien sah man stimmungsvolle Farbenkompositionen, die bereitetste Schilderung dieses Bildes im Winkel, die sich denken läßt. Dann Aufnahmen aus dem näheren und entfernteren Berliner Ausflugsgebiet. Dazu Hüfen- und Innenarchitekturen. Interieur aus roten Vorkstein und mit bunten Glasfenstern machten sich ausnehmend schön. Für bildende Vorträge aller Art wird das Autochromverfahren bald unentbehrlich werden.

Ein Bild aus einem Eiseldorf. In den letzten Jahrzehnten weist das hohe Land eine größere Sterblichkeit auf als die Städte. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts starben in Deutsch-

land von 1000 Einwohnern in der Stadt 28, auf dem Lande 23,3, in den neunziger Jahren war die Sterblichkeit ungefähr gleich (22<sup>2</sup>/<sub>100</sub>). Heute ist die Sterblichkeit in den Städten geringer. In der Provinz Ostpreußen betrug 1907 die Sterblichkeit 21,2, für den Stadtkreis Berlin nur 16,4. Insbesondere ist die Sterblichkeit an Tuberkulose in der Stadt jetzt geringer als auf dem Lande.

In einem Vortrag, den Dr. Liebetrau, Kreisarzt in Reddinghausen, gehalten hat und den jetzt die Zeitschrift „Soziale Medizin und Hygiene“ veröffentlicht, werden die traurigen hygienischen Verhältnisse, insbesondere das ländliche Wohnungsgelände, für diese Erleuchtung verantwortlich gemacht. Die Wohnungen sind vielfach feucht. In einem Wohnraum wird zugleich gewaschen und gelocht. „Im überheizten Raum hoden die zahlreichen Kinder und kriechen auf dem schmutzigen, oft nur aus Lehm bestehenden Fußboden herum und atmen viele Stunden des Tages eine völlig verdorbene Luft ein, die bei jedem nicht daran Gewöhnten Uebelkeit erzeugt.“ Oft sind die Fenster zerbrochen, durch Pappdeckel oder Holz erlekt. „In engen Zimmern schlüft die ganze Familie, in einem Bett mehrere Personen zusammen, auf allem, faulendem Strohdorf. Vielfach findet man noch die dunklen, mit stagnierender stidiger Luft erfüllten Alkoven.“ In solchen Wohnungsverhältnissen schwindet natürlich auch der Sinn für Sauberkeit. Der Arzt behauptet, daß es in Preußen durch das Widerstreben einzelner agrarischer Interessentengruppen immer noch nicht zu einem Wohnungsgesetz gekommen sei. Und dann zeichnet er dieses Bild aus seiner Praxis:

Ich komme in einem Eiseldorf in ein kleines hausfälliges Haus, wo ein Typhusfall vorgekommen ist. Durch die niedrige Tür betrete ich das kleine, mangelhaft belichtete Wohnzimmer, zugleich als Küche dienend, erfüllt mit schlechter Luft. Acht Kinder befinden sich mit der Mutter darin. Diese schält Kartoffeln und hat dabei ihr schmutziges, jüngstes Kind auf dem Schoße; als ich komme, legt sie es auf den Boden, wäscht sich in dem die geschälten Kartoffeln enthaltenden Eimer die Hände, um sie dann an einem schwarzen länglichen Gebilde abzutrocknen, das selbst die käufste Phantastie nicht als ehemals weißes Handtuch anzusprechen vermag. Währenddessen bereitet ein dreizehnjähriges Mädchen das ledere Mahl, bestehend aus Mehl und Wasser. Mit demselben schwarzen Lappen, an dem sich die Mutter soeben die Hände getrocknet, wischt sie eine Pfanne aus, entnimmt mit schmutzigen Fingern einem Topfe Fett, das von früherer gleich sachgemäßer Behandlung sein Weiß auch in Schwarz verwandelt hat, und streicht damit den Ziegel aus, um nunmehr Eierkuchen (ohne Eier) zu backen, die dann auf dem schmierigen Tische, an dem die übrigen Kinder eben noch gespielt hatten, aufgetragen werden.

Notizen.

— Das Ausstellungs-Theater soll dem stellunglosen Personal zum Weiterbetrieb auf eigene Rechnung überlassen werden, wofür dieses eine Restkommission nachsuchen wird. Das Lustspielhaus überläßt dem Unternehmen einige seiner erfolgreichsten Stücke und die dazu erforderlichen Dekorationen, Möbel usw.

er nicht sagen könne. Lehrer Gentschel hebt hervor, daß A. in der Gemeindegasse nur die Nebenklassen besucht hat, und eine geringe Intelligenz hat, daß aber über seine Glaubwürdigkeit Nachteiliges nicht bekannt ist. Zweifelsfrei sei, ob er die Bedeutung des Eides voll zu erfassen vermöge.

Der Arbeiter Ruppert hat einst selber in die Fürsorgeerziehung seines Jüngens gewilligt, weil er glaubte, daß durch sie der von anderen Jüngern Verführte gebessert werden könne. Er sollte, sagt er, von der Straße weg und sollte was lernen. Als er wieder kam, war er abgerissen in der Kleidung und am ganzen Körper voller Wunden, in die man den Finger hineinlegen konnte. Er erklärte, zurück geht er nicht, lieber nehme er sich das Leben. Die Waisenverwaltung ließ ihn bei den Eltern und er hat sich seitdem ordentlich geführt. Es zeigte sich aber bei ihm Spuren von Verfolgungswahn: wenn er abends von der Arbeit heimkam, war er vollständig matt und abgespannt und erzählte entsetzt, auf der Straße habe er Pastor Breithaupt gesehen. Noch jetzt spricht er oft nachts im Schlaf und springt auf.

Frau Ruppert bestätigt diese Angaben ihres Gatten. Sie erklärt, noch vor der Flucht habe sie dem Pastor geschrieben, daß der Junge geistig schwach sei und in eine Anstalt für Schwachbegabte gehört. Sie schildert, wie ihr der Junge nach Berlin zurückkehrte, zerschunden und bedeckt mit Striemen und Schürfen und eiternden Wunden. Zunächst wurde er außerhalb Berlins untergebracht, dann führte er nach Berlin zurück, und nun führte die Mutter ihn zur Waisenverwaltung, um nicht — wie sie vor Gericht sagt — sich strafbar zu machen. Auch sie berichtet über die Angstzustände, an denen er noch leidet, über die Furcht vor dem Pastor, die ihn immer noch überkommt, und erzählt auch von einem Selbstmordversuch, den er einmal in seiner Angst gemacht habe.

Darauf wird Jüngling Ruppert selber vernommen, zunächst unter Aussetzung der Verteidigung. Der Vorsitzende fragt ihn: Wie ging's Ihnen denn in Mieltschin? — Zeuge: Schlecht. — Vorf.: Wie? — Zeuge: Wir kamen vom Bahnhof, da hat der Pastor schon gedroht. — Vorf.: Gedroht? — Zeuge (beginnt zu weinen): Er hat uns so häßliche Wörter gegeben. — Vorf.: Kriegten Sie da schon Angst? — Zeuge: Wir hatten ja schon davon erfahren. — Zeuge gibt dann an, wie die Angst ihn gepackt hat, wenn er sehen mußte, daß andere Hiebe bekamen. Einmal habe ihn, als er dabei weinte, der Pastor gefaßt, wenn er nicht still sei, bekomme er auch noch was. Später habe Ruppert sich umgedreht, um es nicht zu sehen. — Zu der Geschichte mit der zweiten Hufe sagt Ruppert, daß sei doch keine eigene Hufe gewesen, er habe nur verhindern wollen, daß sie wegkommt; weglaufen habe er nicht wollen. Der Vorsitzende stellt fest, daß Ruppert vor dem Untersuchungsrichter angegeben hat, es sei überhaupt keine Gewohnheit, zwei Paar Hufe zu tragen. Tatsächlich sei auch an jenem Tage vom Untersuchungsrichter eine zweite Hufe auf Rupperts Leib vorgefunden worden. Frau Ruppert bestätigt, daß er noch jetzt von dieser Gewohnheit nicht lassen mag. In Mieltschin aber hatte man daraus einen „Fluchtverdacht“ hergeleitet. Die Furcht vor Schlägen war's, die ihn wirklich zu einem Fluchtversuch trieb. Die sich immer wiederholenden Anpreisungen, die er danach zu erdulden hatte, schildert Ruppert in weinerlichem Ton. Ich sollte, sagt er, das Messer fuchen. Überall wo ich suchte, haben sie mich geschlagen. — Vorf.: Sie haben schließlich gesagt, daß Sie es genommen hätten. Warum sagten Sie das, wenn es nicht wahr war? — Zeuge: Bloß damit ich den Augenblick mal austragen konnte, damit ich nicht immerzu die Schläge kriegte. (Bewegung im Zuhörerraum). — Ruppert schildert auch die Abstrafung, die ihm einige Tage später widerfuhr, weil man wieder eine zweite Hufe bei ihm gefunden hatte. Aus dem Keller entkam er. Er verbergte sich dann zunächst in einem Kornfeld, streifte die Handfellein ab, wartete bis zur Dunkelheit und machte sich dann auf den Weg nach Berlin. Einmal stieß er vor einem Radfahrer, den er für einen Verfolger hielt. Dadurch machte er ihn erst auf sich aufmerksam, und es gab nun eine wilde Jagd mehrerer Arbeiter hinter ihm her, die ihn bald einholten. — Vorf.: Gab's dabei auch Hiebe? — Zeuge: Nein, die waren so gutmütig, die gaben mir zu essen. Dann gaben sie mir Geld. Dann wurde ich zu einem Gut gebracht, da bekam ich Kleidung und zu essen. — Vorf.: Haben Sie wirklich keine Schläge bekommen? — Zeuge: Nein, nicht ein bisschen. Ich hatte doch gesagt, ich bin von einem Bauern ausgerückt, damit sie — hier beginnt Ruppert wieder zu weinen — mich nicht wieder zurückschicken sollten. — In seiner weiteren Vernehmung wird Zeuge unter anderem gefragt, warum er nach geschehener Flucht da, wo seine Eltern ihn zunächst auf dem Lande in Arbeit brachten, nicht ausgehalten habe. Zeuge antwortet: Weil immer der Pastor hinterher war und auf mich schimpfte, da bin ich dann losgegangen.

Nachdem Ruppert nachträglich vereidigt worden ist, werden noch ein paar andere Jünglinge vernommen. Unter anderen behandelt Karnal, daß Pastor Jahn so lange geschlagen, bis Ruppert sagte, er habe das Messer.

Mauerpolier Wittig hat in jener Nacht den Ruppert zu Engels geführt. Er sah dann nur noch, wie Engels die Peitsche nahm; da wollte er nicht dabei sein und ging. Am andern Morgen war Wittig bei der Suche nach dem Messer zugegen. In der Angst sagte Ruppert, er wolle es zeigen, und als er das nicht konnte, gab der Pastor ihm etwa 50 Hiebe von oben herab, auch auf Brust, Arme und Hals. — Staatsanwalt Reiner: Womit schlug er? — Zeuge: Mit der Peitsche? — Staatsanwalt Reiner: Wie kam es, daß Breithaupt immer eine Peitsche bei sich trug? — Breithaupt: Auch der Hund wegen. — Zeuge hebt hervor, sogleich nachdem sei Ruppert noch einmal von Engels geprügelt worden. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Wieviel Zeit war da verstrichen? — Zeuge: Eine halbe Stunde.

Vernommen wird dann Dr. Dahn, der in der königlichen Poliklinik Ruppert zuerst am 7. Juni untersucht hat. Gefunden hat er damals alte Wunden in der Gefäßgegend, Striemen auf dem Rücken und Hautabschürfungen an den Armen, grüne Flecke an den Schenkeln usw. Beide Gefäßenden seien ganz hart geschwollen gewesen. Lebensgefährlich sei die Züchtigung nicht gewesen, aber außerordentlich schwer und roh.

Dr. Bernheim, der Ruppert noch an demselben Tage gleichfalls untersuchte, nach dem der Junge auch ihm zugeführt worden war, war entsetzt über seinen Zustand. Er schildert den Befund ähnlich und hebt hervor, daß er sofort am nächsten Tage der Waisenverwaltung Mitteilung machte.

Medizinalrat Dr. Hoffmann hält in den Fällen Ruppert und auch Wauhe die Schläge wegen ihrer großen Zahl für geeignet, das Leben zu gefährden. Besonders unter Peitschenhieben finde leicht die Haut, wie er es in Buchhäusern gesehen habe.

Es folgt dann noch ein Gutachten des Barons von Lepel, der als Sachverständiger für Pädagogik zugezogen worden ist, weil er in Fürsorgeerziehung der Wobesley'schen Anstalt Weibel tätig ist. Er bekundet, daß es dort nicht erlaubt sei, über 10 Hiebe zu geben, und auch das tue man nur im äußersten Notfall. Dem Pastor Breithaupt habe jede Qualifikation für seinen Posten gefehlt, da er die Fürsorgeerziehung nie kennen gelernt habe. Aus einer gewissen Vorliebe heraus habe er sich dazu befähigt geglaubt, aber es gehöre dazu nicht nur Entschiedenheit, sondern auch Besonnenheit. Engels habe in Weibel sich als im allgemeinen tüchtig, aber manchmal leichtglaublich, darum habe man ihn nicht behalten, sondern nach Hoffnungstal gehen lassen. Auch die übrigen Aufseher in Mieltschin seien ganz ungeeignet gewesen. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld stellt durch Befragung des Sachverständigen noch fest, daß dieser nur in einem oder zweien der hier vor Gericht verhandelten Fälle eine körperliche Züchtigung für zulässig gehalten hätte, daß er dieses Draufloschlagen mit der Peitsche überhaupt verwerfe und es für besonders unrecht hält, die Jungen selber zählen zu lassen. — Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Und wie denken Sie darüber, daß, wenn sie sich vergäbten hatten, von vorn angefangen würde? — Sachverständiger von Lepel (den Kopf schüttelnd): Dafür habe ich keine Worte!

Darauf schließt die Beweisaufnahme. Heute um 10 Uhr beginnen die Plädoyers.

## Aus der Frauenbewegung.

### „Weihnachten im Zeichen der Lebensmittel- und Wohnungsunterversorgung“.

So lautete die Tagesordnung einer Frauenversammlung, die kürzlich in Wien stattgefunden hat. Sie erfüllte alle geübten Erwartungen. Sie war nach der „Volkshalle“ des Rathauses einberufen worden und lagte in den Räumen, in denen vor Jahren die christliche Frauenbewegung Wiens ihre Triumphe feierte und wo die Wiener Arbeiterin (schon so manche Schlacht geschlagen hat). Es war das erstmal, daß eine sozialdemokratische Frauenversammlung in diesen Räumen lagte, der Volksbürgermeister Luenger hatte sie unseren Genossinnen verweigert, als sie vor zwei Jahren über die Lebensmittelunterversorgung dort sprechen wollten. Und nun endlich sollten sie dort reden dürfen, wo sonst Prinz Lichtenstein, Prälaten und Präpöste zu den christlichen Frauen zu reden pflegten. Schon nach 8 Uhr begann aus den Bezirken die Wanderung der Frauen in das im ersten Wiener Bezirk gelegene Rathaus. Fabrikarbeiterinnen, Kontoristinnen, Heimarbeiterinnen und proletarische Hausfrauen im Kopftuch standen Kopf an Kopf, als die Versammlung eröffnet wurde, alle unter dem Eindruck einer bedeutungslosen Rangesetzung. Die Ausführungen der Referentin und der Abgeordneten Winarsky und Gidal wurden von Stürmen der Entrüstung und Empörung begleitet. Die Haltung der Christlichsozialen, die nur eine beschränkte Quantität argentinischen Fleisches und nur bis Ende 1911 zulassen wollten; weiter die Verschärfung der christlichsozialen Landtagsmajorität von Niederösterreich anlässlich der Einführung einer neuen Hochquellenleitung, einen Wasserbehälter einzuführen, das heißt auf jede strome Röhre eine Steuer von einem Heller einzuhängen, was von den Hauseigentümern besonders der Proletarierbezirke zu erhöhten Mietzinsen ausgenutzt wurde; weiter die Obdachlosigkeit, die in Wien jeden Winter vorhanden ist und auch in diesem Jahre schon von sich reden gemacht hat. Erwachsene, Männer und Frauen, aber auch Kinder übernachteten in den Wärmestuben, weil sie kein schlüssendes Dach haben. Die Gemeinde Wien aber feiert Feste. Zur selben Zeit, als sie eine so gemeinnützige Angelegenheit wie die Hochquellenleitung zur Verhängung einer neuen Steuer benutzte, gab die Stadtverwaltung zur Feier dieses Ereignisses ein Bankett zu 1200 Gedecken — auf Kosten der Allgemeinheit. Lebensmittelunterversorgung, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und die Pestilenz der Stadtviertel, das war das Thema, das in der Frauenversammlung besprochen wurde. Als die Versammlung geschlossen war, da machten die Frauen am Platz vor dem Rathaus halt und streuten drohend die Arme zu den beleuchteten Fenstern hinauf. Hielt doch der Gemeinderat eben Sitzung, um über das Budget für 1911 zu beraten.

Auch vor dem Parlament machte der Zug der Frauen halt und Entrüstungsrufe schallten hinauf zu den volksfeindlichen Abgeordneten. Die Polizei war in großer Zahl erschienen, um diesen Tempel der Weisheit zu schützen. Vor der Hofburg trat die Polizei den Frauen entgegen und drängte sie auf eine andere Seite.

Die Frauen sind noch in Oesterreich politisch rechtlos, aber kein Zweifel, die Not vermittelt ihnen politische Erkenntnis und sie beginnen einzusehen, daß Politik und Wirtschaftsleben eng verbunden sind und daß der Kampf um politische Rechte auch Kampf um mehr Nahrung bedeutet.

Das „Fest der Liebe“ wurde den Proletarierinnen gezeigt, wie es in der heutigen Gesellschaft in Wahrheit aussieht und der „Friede auf Erden“ wurde gezeigt, wie er sich, entkleidet aller heuchlerischen Maske, wirklich darstellt.

### Ausbeuterhandelei.

Die Arbeiterbewegung als treibender sozialpolitischer Faktor hat in zäher Arbeit der kapitalistischen Willkürherrschaft einen starken Stoß versetzt. Keine Bestimmung zum Schutze der Arbeiter existiert, zu der sie nicht den Anstoß gegeben hätte, was u. a. auch der Gewaltmenschen Wiens anerkennen mußte. Aber nur unter den wütenden Protesten der Scharmacher, die sich gegen die „übertriebene Humanitätsduselei“ und gegen die „underechtigten Eingriffe“ in die Herrschaftssphäre des Arbeitgeberes wendeten, kam die Arbeiterchaft Schritt für Schritt vorwärts. Besonders hatten den Gefühlsmenschen die Bestimmungen betreffs Einschränkung und Kontrolle der Frauen- und Kinderarbeit es angeht. Dieselben Herren, die jedwergelt im Brustton tiefster sittlicher Entrüstung behaupten, die Sozialdemokratie wolle das Familienleben vergiften und zerstören, hatten gegen die grünenhafte Ausbeutung der Mütter und Kinder nichts einzuwenden; sie bekämpften jede Einschränkung der Ausbeutung im Interesse der — Sittlichkeit! So schrieb der Zentralverband der Industriellen, in den achtziger Jahren in einer Eingabe an den Reichstag: „Es erscheint doch vernünftiger, die Kinder (der Armen) angenehme Arbeiten verrichten und verdienen zu lassen, als sie dem Mühsigange und der Verwilderung preiszugeben. Ein Gesetz, welches die Arbeit der Kinder in schulpflichtigen Alter ganz verbietet, würde Sorge und Not vieler Arbeiterfamilien verlängern und die Lebenshaltung verschlechtern. Unter diesen Verhältnissen würden auch die geschäftigen Kinder leiden, in ihrer körperlichen Entwicklung mehr als durch die Fabrikarbeit.“ ... Also, weil die Arbeiter Hungerlöhne erhalten, die nicht ausreichen, um die Familie auch nur notdürftig erhalten zu können, müssen die Kleinsten im zartesten Alter dem geträglichen Moloch auch noch schulpflos ausgeliefert werden. Scharfmacherlogik! Bezüglich der Frauenarbeit hieß es in der Eingabe: „Die Bestimmungen, daß Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, ist unannehmbar. Hierin ist eine Förderung des unerlaubten Zusammenlebens, also der Unsittlichkeit zu erblicken.“ Viel mehr aber noch fürchtete bei verkürzter Arbeitszeit für die Sittlichkeit der Arbeiterinnen die Ländscheider Handelskammer, indem sie erklärte, schließe man Sonntagsruhe für die Frauen und Kinder die Fabriken um 8 Uhr, so werde man auch die Männer nicht länger halten können; Frauen und Kinder würden sich dann zum Schaden ihrer Moral auf den Straßen herumtreiben, für die Männer jedoch werde der Gang ins Wirtshaus das Gewöhnliche sein.“ Und der kürzlich gegangene Generalgewaltige Buek vom Scharfmacherverband gab seinen Anschauungen über die Sittlichkeit der Arbeiterinnen und -jungen wie folgt Ausdruck: „Die Arbeiterjugend wird durch die erweiterten Säug sittlich vergiftet. Die Pausen wirken für die jugendlichen Arbeiter demoralisierend.“ Und weiter: „Für die Arbeiterinnen trägt der frühere Schluß am Sonnabend nachmittag durchaus nicht zur Sittlichkeit bei.“

Diese Broden von Unternehmerfürsorge sprechen für sich. Wenn wirklich die Sittlichkeit von der Zahl der Arbeitsstunden reguliert würde, dann müßte es in den „oberen“ Klassen ja unheimlich ausschauen, dann wäre es angebracht, daß die Herren Sittenswächter, die so sehr um die sittliche Qualität der Arbeiterinnen bangen, diese Sorge auf ihre eigenen Frauen und Töchter übertragen, die ja in der Regel ihr ganzes Leben im süßen Nichtstun verbringen.

## Aus aller Welt.

### Die Explosionskatastrophe in New York.

Nach den heute vorliegenden Nachrichten über das schwere Unglück in der Kraftstation der New York Centralbahn entstand die Katastrophe dadurch, daß ein aus sechs Wagen bestehender Zug mit voller Kraft gegen einen Freiloch fuhr, wodurch die Aggregatmaschine des Zuges zerstört wurde. Die sich entwickelnde Gase wurden dann durch einen Kurzschluss zur Explosion gebracht. Die Zahl der bei der Explosion getöteten Personen beträgt 14, während die Zahl der Verletzten über 200 beträgt. In fast allen Straßen der Umgebung wurden große Verwüstungen angerichtet; so wurden gegen 5000 Fensterscheiben eingedrückt. Viele Postanten

wurden zu Boden geschleudert und zahlreiche Fuhrwerke umgeworfen. Der durch die Explosion angerichtete Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt.

### Der Mann mit der Maske.

Wie wir gestern meldeten, hatte in Dresden ein maskierter Räuber einen wertvollen Anschlag versucht, indem er die Scheibe eines Juweliergeschäfts zertrümmerte und für 30 000 M. Juwelen raubte. Auf der Flucht hatte sich dann der Eindringler erschossen. In der Person des Räubers wurde, wie uns ein Telegramm meldet, der Dresdener Referendar Dr. Friedrich Paul festgestellt, der seit einiger Zeit am Dresdener Amtsgericht beschäftigt ist. Paul ist der Sohn eines Dresdener Generalmajors.

### „Frischer Mohr“.

Die amtliche Untersuchung der Produkte der Altonaer Margarinewerke Mohr u. Co., G. m. b. H., hat ergeben, daß die drei Marken Bada, Luisa und Frischer Mohr Kardamom enthalten. Die Wirkung dieses Giftes ist um so schärfer, je älter das Produkt ist. Die angestellten Versuche an Tieren haben ergeben, daß die Tiere nach Verabreichung von Bada nur leicht erkrankten, während sie nach dem Genuß der beiden anderen Marken erkrankten. Von den Marken Luisa und Frischer Mohr wurden täglich etwa 6000 bis 8000 Pakete verschickt, die bereits vor längerer Zeit angefertigt waren und daher eine stark giftige Wirkung hatten.

Von der Firma Altonaer Margarine-Werke Mohr u. Co. in Altona-Dittensen geht uns über die Margarinebergstellungen unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes folgende „Berichtigung“ zu:

Am 18. Dezember ex. veröffentlichten Sie in Ihrem geschätzten Blatte eine Mitteilung, nach welcher infolge des Genusses unerer Margarine, Marke Bada, in Eiberfeld Erkrankungen erfolgt seien. Nach den von uns getroffenen Feststellungen ist diese Mitteilung unrichtig. Der Genuß unserer Margarine ist so wenig in Eiberfeld, wie in irgendeinem anderen Orte, bisher als Ursache für irgendwelche Erkrankungen amtlich oder sonst zuverlässig festgestellt worden. Soweit die Meldungen über Erkrankungen nicht direkt erfunden sind, beruht die Behauptung, daß sie in dem vorausgegangenen Genuß unserer Margarine ihre Ursache haben, auf einer reinen Vermutung, die auch noch nicht in einem einzigen Falle zu einer amtlichen sicheren Feststellung geführt hat.

Hochachtungsvoll  
Altonaer Margarine-Werke  
Mohr u. Co., G. m. b. H.  
F. M. Mohr.

Das Urteil über die „Berichtigung“ überlassen wir unseren Lesern. Uebrigens haben das Oberlandesgericht Breslau, die Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt u. a. entschieden: „Berichtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen“.

### Ein frommer Kinderschänder.

Einer Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten Tuller im österreichischen Abgeordnetenhaus ist zu entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft Leoben die auf Anzeigen hin eröffnete Untersuchung gegen einen „tiefreligiösen“ Kinderschänder Engelhardt in Ordnung (Obersteiermark) alsbald eingestellt hat. Engelhardt verklagte eine Frau, die ihn öffentlich beschuldigt hatte, an ihren Kindern Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben; die Frau wurde in beiden Instanzen freigesprochen, weil sie den Wahrheitsbeweis erbracht hatte. Trotzdem schreibt die Staatsanwaltschaft nicht ein. Scheint auch eine objektive Behörde der Welt zu sein!

### Kleine Notizen.

Folgschwerer Bootsunfall. Auf der Isar bei Freising stieß ein mit neun Arbeitern besetztes Boot mit einem Bagger zusammen, wodurch das Boot zum Kentern gebracht wurde. Von den Insassen sind drei ertrunken.

In den Flammen umgekommen. Bei dem Brande eines Hauses in Ushmannsdorf in Schlesien ist der Besitzer mit zwei Kindern in den Flammen umgekommen. Seine Frau konnte gerettet werden. Das Feuer ist vermutlich durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstanden.

Angestrichener Telegraphenbeamter. Der Obertelegraphenassistent Huttanus aus Bonn hat nach Unterschlagung von etwa 10 000 Mark zum Schaden seiner Behörde die Flucht ergriffen.

Die Cholera in Konstantinopel. In den letzten 24 Stunden sind in Konstantinopel 17 Todesfälle und 39 Erkrankungen an Cholera zu verzeichnen.

Ueber das Erdbeben in San Salvador liegen mehrere sich wiederholende Meldungen vor. Während der Londoner Generalkonsul für San Salvador die geistige Erdbebenmeldung für vollkommen unrichtig erklärt, meldet die amerikanische Zeitung „Sun“, daß infolge des Erdbebens 500 Menschen umgekommen seien. Mehrere kleinere Inseln an der Küste von San Salvador sollen während des Erdbebens in das Meer versunken sein.

Eis Lokomotiven verbrannt. In Pusulul (Gouvernement Samara) ist das Eisenbahndepot mit elf Lokomotiven abgebrannt. Der Schaden beträgt eine halbe Million Rubel. Der Bahnverkehr ist eingestellt.

Gesunkener Dampfer. Nach einem Telegramm des Kapitäns des Dampfers „Gedric“ ist das mit einer Ladung Kohlen auf der Fahrt von Hull nach Besse in Schweden befindliche Schiff gesunken. Zwölf Mann der sechzehn Mann starken Besatzung sind ertrunken.

### Eingegangene Druckschriften.

Deutscher Buch- und Zeilendrucker (Weihnachtsbuch). Monatschrift Herausgeber: E. Koggenstem. 2 R. Selbstverlag, Berlin W. 57. Geb. oder Weineid. Von Dr. Th. Engel. 50 Pf. Remmings Verlag in Würzburg.

Was Natur und Geisteswelt. Bd. 17: Das Licht und die Farben. Von Dr. L. Graß. — Bd. 114: Pompeii. Von H. v. Duhn. — Bd. 170: Mathematische Spiele. Von M. Wrenn. — Bd. 330: Das Kunstwerk Richard Wagner. Von E. Hefel. — Einzeld. 1 R., geb. 1,25 R. V. G. Teubner, Leipzig.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Vordruck Nr. 69, Bonn, unter dem Titel „Sprechstunde“, wochentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist zur Sprechstunde und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. P. 1911. 1.—4. Erklären Sie sich bei dem Reisebureau der Hamburg-Amerika-Linie, Unter den Linden 8. — W. O. 25. Die Vereinerung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Vormundschaftsgerichts. — R. M. 15. 1. Schließen hat mehrere Regierungsbezüge; jedem dieser steht ein Regierungspräsident vor. Der Oberpräsident, den Sie wohl kennen, damitigelt in Preußen. 2. Ja. — H. R. Starow. 1. Staatsanwaltschaft. Geben Sie aber nur Tatsachen an, die sich beweisen lassen. 2. Magistrat. 3. Kein Betriebsunfall. 4. Nein. — W. 100. Der Vater die Hälfte und, wenn die Mutter verstorben ist, die Gemahlin die andere Hälfte. — Augusten. Diplomingenieur. 1. Ohne weiteres ist der Diplomingenieur dem Ingenieur nicht sozial und wirtschaftlich höher gestellt. Das kommt ganz auf die Stellung an, die er im Betriebe einnimmt. 2. Ingenieur kann man ohne höhere Schulbildung werden infolge des Besuchs technischer Schulen, Selbststudium usw. Der Titel Diplomingenieur wird nur auf der Technischen Hochschule erworben nach Ablegung von



# Bücher für den Weihnachtstisch.

## Schillers Werke.

Kauswahl und Einleitung von Franz Mehring. Preis 3,50 M.  
In 3 Leinenbänden.

- Chamisso's Werke.** 2 Leinenbände. Preis früher 4 M., jetzt 2,00 M.
- Freiligraths sämtliche Werke.** 3 Leinenbände. Preis früher 5 M., jetzt 3,00 M.
- Hauß's sämtliche Werke.** Mit dem Bild des Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände. Preis nur 4,00 M.
- Heines sämtliche Werke.** Mit einem Bildnis Heines. 4 Leinenbände, zusammen nur 4,50 M.
- Lenau.** Gedichte. Preis früher 3 M., jetzt 1,00 M.
- Schillers Werke.** Illustriert. In 4 Leinenbänden. Preis früher 6 M., jetzt 4,50 M.
- Shakespeares sämtliche dramatische Werke.** Uebersetzt von H. W. v. Schlegel und L. Tieck. In 4 starken Leinenbänden. Preis früher 6 M., jetzt 4,50 M.  
Daselbe, in 3 eleganten Leinenbänden gebunden (siehe 2500 Seiten umfassend). Preis nur 3,50 M.
- Hackländer's Werke.** 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Gerstäcker's Werke.** 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Grillparzer's sämtliche Werke.** 2 Bände illustriert . . . . . 3,00 M.
- Goethe's Werke.** 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.** 1 Band illustriert 3,00 M.

## Klassiker

Die nachstehenden Preise gelten für Leinenbände, Halbfranzbände um circa 40 Prozent teurer.

Chamisso . . . . .	1 Band	1,75 M.
Eichendorff . . . . .	2 Bände	3,50 "
Freiligrath . . . . .	2 "	4,00 "
Goethe . . . . .	Kauswahl 4 "	6,00 "
Goethe . . . . .	8 "	14,00 "
Grillparzer . . . . .	4 "	6,00 "
Hauß . . . . .	2 "	3,50 "
Hebel . . . . .	5 "	7,50 "
Heine . . . . .	4 "	6,00 "
Hervé . . . . .	1 Band	2,00 "
Lenau . . . . .	1 "	2,00 "
Leßing . . . . .	3 Bände	5,00 "
Meuser . . . . .	4 "	6,00 "
Schiller . . . . .	Kauswahl 4 "	6,00 "
Schiller . . . . .	8 "	14,00 "
Shakespeare . . . . .	4 "	6,00 "
Uhland . . . . .	2 "	3,50 "

Sämtliche übrigen Klassiker sind stets vorräthig.

- August Bebel, Die Frau und der Sozialismus.** 51. Auflage. Elegant gebunden 3 M.
- August Bebel, Aus meinem Leben.** I. Teil. Broschirt 1,50 M., gebunden 2 M.
- Wilhelm Blos, Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** 1 Band illustriert 4 M.
- Wilhelm Blos, Die französische Revolution von 1789** 1 Band illustriert 4 M.
- Louis Féretier, Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.** 1 Band illustriert 4 M.
- Dr. W. Zimmermanns Großer deutscher Bauernkrieg** Herausgegeben von Wilhelm Blos. 1 Band illustriert 4 M.
- Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg.** Herausgegeben von Franz Mehring. Gebunden 2 M.
- Georg Gradnauer, Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland.** 1 Band 3 M.
- Heinrich Cunow, Die revolutionäre Zeitungs-literatur Frankreichs während der Jahre 1789/94.** 1 Band illustriert 7,50 M.
- Karl Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft.** 1 Band gebunden 2 M.
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums.** 1 Band 5,75 M.

- Franz Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels u. Ferdinand Lassalle.** 4 Bände, geb. 20 M.
- Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.** 4 Bände, geb. 20 M.
- Wilhelm Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit.** Herausgegeben von Fr. Mehring. 1 Band, 3 M.
- Wilhelm Wolff, Gesammelte Schriften.** Herausgegeben von Franz Mehring. 1 Band, 2 M.
- F. A. Lange, Die Arbeiterfrage.** Mit Einleitung und Anmerkungen von Franz Mehring. Geb. 2 M.
- Stefan Großmann, Herzliche Grüße.** Gedichte. 1 Band, 2,80 M.
- Victor Hugo, 1793.** Roman. 1 Band 3 M.
- Joh. v. Wildenradt, Der Föllner von Klansen.** Geb. 1,50 M., bessere Ausgabe 3 M.
- Ed. Engel, Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart.** 2 Bände, 12 M.
- E. Sonnemann, Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln.** Reisebriefe und Tagebuchblätter. 1 Band, 2,50 M.
- Jürgen Brand (E. Sonnemann), Menbrook.** 1 Band, 1,50 M.
- Kurt Grotte, Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.** Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. 1 Band, 1 M.

- E. Prezang, Im Strom der Zeit.** Gedichte. 1 Band, 2 M.
- Robert Feidel, Lichtglaube und Zukunftsonnen.** Gedichte. 1 Band, 2,50 M.
- Karl Hendell, Aus meinen Gedichten.** Geb. 1 M.
- Ludwig Lessen, Lebensmittag.** Gedichte. Brosch. 50 Pf.
- Klara Müller-Jahnke, Gedichte.** 3,50 M., geb. 4,50 M.
- Klara Müller-Jahnke, Ich bekenne.** Die Geschichte einer Frau. Geb. 1 M.
- August Winnig, Preussischer Kommiß.** Soldatengeschichten. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

- Gustav Schalk, Deutsche Heldensage.** Illustriert. Statt 5 M. jetzt 4 M.
- Ferd. Schmidt, Sagenbuch.** Ill. Statt 5 M. jetzt 4 M.
- Gustav Schwab, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums.** Illustriert. 5,60 M.
- Henriette Davidis Kochbuch.** 2 M.

## Gelegenheitskäufe.

- Wilhelm Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur.** 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.
- H. Bommeli, Die Pflanzenwelt.** 1 Band III., statt 5 M. nur 3,50 M.
- Brehm-Rossmäxler, Die Tiere des Waldes.** Mit 30 Kupferstichen und 71 Holzschnitten statt 35 M. nur 10 M.
- Carus Sterne, Werden und Vergehen.** Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlich Darstellung. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Zwei starke Bände illustriert. Statt 25 M. nur 10 M.
- Dr. F. W. Paul Lehmann, Sünden- u. Völkerkunde.** 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.
- Holt, Kulturgeschichte der Menschheit.** Statt 19,50 M. nur 6,50 M.
- Prof. Dr. L. Büchner, Das Buch vom langen Leben.** 1 Band, statt 6 M. nur 2,40 M.

## Internationale Bibliothek:

- Avellag, Die Darwin'sche Theorie . . . . . Geb. 2,- M.
- K. Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren . . . . . 2,- "
- A. Bebel, Charles Fourier . . . . . 2,50 "
- A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 51. Auflage, Geb. 3,- "
- Fr. Engels, Ursprung der Familie . . . . . Geb. 1,50 "
- Karl Marx, Das Elend der Philosophie . . . . . Geb. 2,- "
- K. Kautsky, Das Erfurter Programm . . . . . Geb. 2,- "
- Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England Geb. 2,50 "
- F. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes . . . . . Geb. 2,50 "
- H. Lux, Etienne Cabet und der Pariser Kommunismus Geb. 2,- "
- G. Plechanow, N. G. Tschernischewsky. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,- "
- Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft . . . . . Geb. 3,- "
- Josef Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik . . . . . Geb. 2,- "
- C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung . . . . . Geb. 2,- "
- Karl Marx, Revolution und Konterrevolution in Deutschland . . . . . Geb. 3,- "
- A. Dodel, Das Leben und Wissenschaft, I. Serie, 3 Teile. a. Leben und Tod. Illustriert . . . . . Geb. 2,- "
- b. Kleinere Aufsätze und Vorträge . . . . . Geb. 2,- "
- c. Moses oder Darwin? . . . . . Geb. 1,50 "
- C. Hugo, Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus in England . . . . . Geb. 2,50 "
- G. Moch, Die Kräfte der Demokratie. Brosch. 1,- M.; geb. 1,50 "
- Karl Marx, Die Kritik der politischen Oekonomie . . . . . Geb. 4,- "
- Joseph Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kapsarbeit Geb. 2,- "
- Joseph Dietzgen, Kleine philosophische Schriften . . . . . Geb. 2,50 "
- Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien . . . . . Geb. 3,50 "
- Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. I. Band . . . . . Geb. 6,- "
- II. Band 1. Teil . . . . . Geb. 5,- "
2. Teil . . . . . Geb. 5,50 "
- III. Band (Schluß) . . . . . Geb. 8,- "
- Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung . . . . . Geb. 1,50 "
- M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Broschirt 2,50 M.; geb. 3,- "
- Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland. Geb. 3,- "
- Leo Deutsch, Stermal entsohen. Broschirt 1,50 M.; geb. 2,- "
- Peter Maslow, Die Agrarfrage in Russland. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,- "
- Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Broschirt 2,50 M.; geb. 3,- "
- Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution. Broschirt 3,50 M.; geb. 4,- "
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums. . . . . Geb. 5,75 "
- B. B. Boudin, Das theoretische System von Karl Marx. Geb. 3,- "
- Karl Kautsky, Vorläufer des neueren Sozialismus. 2 Bände . . . . . a. Band Geb. 3,- "
- Ph. Buonarroti, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit. . . . . Geb. 2,50 "
- Karl Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Broschirt 1,50 M.; geb. 2,- "

## Als Wandschmuck

empfehlen wir:

### Die Marxeillaise

Von Doré.  
In künstlerischem Lichtdruck. Bildgröße 47 1/2 x 67 cm, Kartongröße 79 x 105 cm.  
Preis pro Blatt 3 M.

### Der erste Mai

Kupferätzung. Bildgröße 47 x 68 cm, Kartongröße 73 x 95 cm.  
Preis 3 M.

### Die Freiheit führt das Volk!

Kupferätzung. Bildgröße 43 x 54 cm, Kartongröße 72 x 95 cm.  
Preis 6 M.

### Jugend-Bildnis Lassalles

in farbigem Lichtdruck.  
Preis 3 M., eingezahmt 4,50 bis 6 M.

### Farbige Künstler-Steinzeichnungen

Drei verschiedene Sujets in vorzüglicher Ausführung  
Schacht: Preis in geschmackvollem Jugendstil — Abendwolken — Dorfsidylk \*\* Rahmen . . . 3,50 M.  
Diese Bilder sind geeignet, das Heim des Proletariats zu schmücken und wohlthätiger zu gestalten.

## Jugendchriften.

Die im Verzeichnis des Bildungsausschusses aufgeführten Jugendchriften sind bei uns zu haben. Der diesjährige Nachtrag zum Verzeichnis wird gratis beibringt.

## Bilderbücher

sind in reicher Auswahl und zu allen Preislagen vorhanden.

# Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Dreißigster Tag.

In der gestrigen Sitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Schlosser Reich wohnt in der Kottbuser Straße. Er kam in der Nacht zum 27. nach Hause. Die Straße war dunkel. Als der Zeuge vor seiner Haustür stand, löste sich von einer größeren Gruppe von Schülern, die der Zeuge im Dunkeln nur an dem Getrappel erkannte, ein Mann los, kam auf den Zeugen zu und sagte: „Was machen Sie noch hier.“ Der Zeuge antwortete nicht. Sofort bekam er mit dem Säbel zwei Schläge über den Arm und einen Schlag über den Kopf, der so wuchtig war, daß der Hut durchgeschlagen wurde und der Zeuge vierzehn Tage Kopfschmerzen hatte. Nachdem der Zeuge seine Schlinge bekommen hatte, ging der Schutzmann zu den anderen zurück. Gleich darauf ertönte ein Puffsignal und die Schutzmansstruppe setzte sich in Bewegung. Am Mittwochabend kamen vier Schutzeule auf den Hof, hielten die Karabiner hoch und drohten nach den Fenstern zu schießen.

Fräulein Welzow, auch eine Bewohnerin der Kottbuser Straße, befindet in Uebereinstimmung mit früher vernommenen Zeugen, daß sich kein Schutzmann sehen ließ, als die Laternen von jungen Leuten ausgelöscht wurden. Als eine Stunde später Schutzeule kamen, wurden sie mit Hosen und Steinwürfen empfangen. Ueber den vielbesprochenen Scheiterhaufen in der Kottbuser Straße sagt die Zeugin: Die Leute hatten einen Photographen-Schaulasten zertrümmert und mit den Trümmern Feuer angemacht. Das Feuer wurde noch durch Papier vergrößert, es brannte aber nicht höher als ein Stübchen. Nur einmal schlug die Flamme so hoch wie ein Tisch. Um das Feuer herum tanzten männliche und weibliche Personen und sangen dazu: „Das ist Jagow's wilde verwegene Jagd“. Dies Treiben währte ungefähr etwa eine halbe Stunde, dann erst kam die Feuerwehr und die Polizei. — Rechtsanwalt Seine macht darauf aufmerksam, daß die an den Ausgängen der Kottbuser Straße stehenden Polizeikommandos das Feuer sehen mußten. — Polizeileutnant Böye bemerkt dazu: Die Schutzeule hatten den Auftrag, nicht eher in die Kottbuser Straße hineinzugehen, als bis die Feuerwehr käme. Es schien der Polizei, als ob sie durch das Feuer in die Straße hineingelockt und angegriffen werden sollte.

Kernmacher Westphal hat gesehen, daß Schutzeule aus einem Lokal die Wäsche hinstanden und jeden, den sie kriegen konnten, verprügeln und dabei schimpften. Bei einer anderen Gelegenheit wurden Menschen von Schutzeulen fortgetrieben und zwar in der Richtung auf eine andere Gruppe von Schutzeulen, die jeden, der an ihnen vorbei kam, schlugen. Eine Frau wurde von einem Schutzmännchen umgehoben und als sie am Boden lag, mit dem Säbel geschlagen. — Ein Arbeiter mit einer Kasse wurde von einem Schutzmännchen gefragt, wo er hin wolle. „Ich gehe zur Nachtschicht“ sagte der Arbeiter. Darauf entgegnete der Schutzmännchen: „Was, Nachtschicht?“ Ein anderer Schutzmännchen rief seinem Kollegen zu: „Sprechen Sie doch nicht erst mit ihm, haufen Sie ihm in die Presse!“ Dr. Kilper hat von seiner Wohnung in der Waldstraße aus nichts gesehen, was die Polizei belastet könnte. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, ob er nichts gesehen habe von Ausfährungen von Schutzeulen, wie sie doch von anderen Zeugen bekundet seien. — Als der Zeuge die Frage verneint, sagt der Vorsitzende: Dann wird in der Gegend, wo Sie wohnen, nichts los gewesen sein.

Handlungsgehilfe Koczmarek hörte, als er eben an einer Haltestelle aus der Straßenbahn gestiegen war, hinter sich das Geräusch knallender Schläge. Als er sich umdrehte, sah er, daß ein Mann von einem Kriminalbeamten mit einem Stoß oder Gummihäufel geschlagen wurde. Jetzt stürzte sich auch auf den Zeugen ein Kriminalbeamter, schlug ihm mehrmals über den Kopf rief ihm zu: „Was sind Sie so neugierig?“ Jetzt kam noch ein uniformierter Schutzmännchen mit blankem Säbel auf den Zeugen los. Dieser rettete sich dadurch, daß er in denselben Wagen, aus dem er eben ausgegangen war, stieg. Bei einer anderen Gelegenheit sah der Zeuge, daß ein junger Mann von Schutzeulen, die in einer Reihe standen, geschlagen wurde.

Hausdiener Haberland hat gesehen, daß Laternen ausgedreht und Steine geworfen wurden, ohne daß Schutzeule, die in der Nähe waren, dagegen einschritten. In einem Schanklokal in der Verlichingensstraße haben Gäste, die der Zeuge für Arbeiter hielt, ihn gefragt, ob er einer von den Streikenden sei. Die Leute schimpften auf den Zeugen und auf die Polizei. Sie sagten: „Die Hunde können gar nicht genug kriegen.“

Zigarettenhändler Wiske hat von seinem Laden an der Ecke der Veuffel- und Wicelstraße folgendes beobachtet: Kurz nachdem einige Scheiben an der Reformationskirche eingeworfen waren, gingen von der Kirche her durch die Wicelstraße 80-100 Menschen. Mann machten sie nicht. Es sollen dieselben Leute gewesen sein, welche die Kirchenscheiben einwarfen. Als die Menge vorüber war, blieb ein junger Mann zurück. Der warf eine Laterne entzwei, dann eine Fensterscheibe und die Schaulastenscheiben des Zeugen und seines Nachbarn. Polizei war bei dieser Gelegenheit nicht zu sehen. — Zu einer anderen Zeit sah der Zeuge auf der Straße einen jungen Mann, der einem anderen erzählte, daß er vorher bei der polizeilichen Ausräumung eines Lokals zugegen war. Als der junge Mann im Laufe seiner Erzählung sagte: „Da zog einer die Klempe“, ging eine Gruppe von sechs Kriminalbeamten vorbei. Einer von ihnen schlug den jungen Mann mit einem Stoß oder Gummihäufel über den Kopf. Dann fielen auch die anderen Beamten über den Mann her und schlugen auf ihn ein, daß er zu Boden fiel. Erst nach zehn Minuten konnte sich der junge Mann mühsam erheben. Bei einer anderen Gelegenheit trugen vier Männer, darunter ein Samariter mit der roten-Kreuz-Binde, einen Verwundeten, der ganz steif war. Als sie an einer Gruppe von Schutzeulen vorbeikamen, bei denen auch ein Polizeioffizier stand, gingen einige Schutzeule an den Verwundeten heran, haben ihn an und brachten in lautes Hohnschreien aus. Hieranf wurde aus den Fenstern „Psst“ und „Blutbunde“ gerufen. Nun stürzten sich die Schutzeule auf die Kranenträger, die einzigen Menschen, die auf der Straße waren. Die Träger liefen den Verwundeten fallen und fielen. — Ein andermal wurden Attaken geritten, in der Veuffelstraße, als nur der gewöhnliche Straßenverkehr herrschte. Die Leute schätzten in die Häuser, wo sie nicht hineingehörten und kamen also bald wieder heraus. Auf der Straße hatten sich Schutzeule längs der Verlichingensstraße aufgestellt. Sie schlugen jeden, der vorbeikam mit dem Säbel. Der Zeuge erzählt noch mehrere Einzelfälle, wo Leute ohne Veranlassung Säbelhiebe bekamen.

Frau Köhler, deren Mann Schutzmännchen ist, bekundet: die Zeuge welche sich auf der Straße ansammelte, sang Lieder, welche die Zeugen schon bei den Wahlrechtsdemonstrationen gehört haben will. Diese Leute zogen die Veuffelstraße entlang. Aus einer anderen Richtung kam eine andere Menge, die jubelnd und lärmend das Schaufenster von Preuß einwarf. Als dann später die Schutzeule kamen, wurde gerufen: „Verbrecher“, „Mörder“, „Haut die Hüften“. Ein Mann holte etwas aus der Tasche und warf nach den Schutzeulen. Aus einem Hause flog etwas Dunkles und fiel mit dumpfem Aufschlag zu Boden. Zu einer anderen Zeit wurde aus dem Hause Huttenstr. 3 eine Plakate geworfen. Da rief ein Schutzmännchen: „Ranter vom Balkon“ und schob hinaus. — Eine Frau hielt sich über die Schutzeule auf und sagte: „Für die verdammte Bande müssen wir Steuern bezahlen.“ — Ein Mann wurde von einem Polizeileutnant gestochen, daß er hinsiel. Der Mann verlor dabei den Hut und verlangte, daß ihm ein Schutzmännchen den Hut

aufheben sollte. Da das nicht geschah, ging der Mann und ließ den Hut liegen. — Erster Staatsanwalt: Also die Leute, die das Arbeiterlied sangen, haben die Schaufenster bei Preuß eingeschlagen? — Zeugin: Nein, das war eine ganz andere Menge. — Erster Staatsanwalt: So, also das waren andere Leute. Sagten die Leute nicht, warum sie die Schaufenster einschlugen? Wurde nicht gerufen: „Auf zu Preuß!“ und gingen die Leute daraufhin zu Preuß? — Zeugin: Nein, die Leute gingen deshalb hin, weil an der Ecke bei Preuß der größte Tumult war.

Hausdiener Hagen hat gesehen, daß „junge Bengels“, welche johlten und pfeiften, Laternen zertrümmerten. Dann gingen die Schutzeule vor gegen das Publikum, welches auf dem Bürgersteig ging und sich in keiner Weise an dem Unfug beteiligte. — Bei einer anderen Attake wurde ein einzelner Mann, der zurückgeblieben war, von Schutzeulen gräßlich verhöhnt. Als er schon am Boden lag, kam ein Schutzmännchen nach dem anderen heran und schlug den Mann mit dem Säbel. Der Verhändelter wurde in ein Haus getragen und später mit einem Krankenwagen fortgeschafft. — Als der Zeuge spät abends an einigen Schutzeulen vorbeiging, sagte einer von ihnen: „Der Ras könnte doch schon lange in die Seehe liegen.“ Ein Angegriffener kam darüber und lang vor sich hin. Da sagte ein Schutzmännchen: „Der Luder hat wohl lange keine Barkhäne gefressen.“

Schmiedemeister Wagner hat gesehen, daß junge Burschen Laternen auslöschten und die in der Nähe stehenden Schutzeule nicht dagegen einschritten. Ferner sah der Zeuge einen älteren Mann mit blutendem Gesicht und zertriffener Kleidung, der jedenfalls geschlagen war. Ein Mann, der sich seiner Abführung durch zwei Kriminalbeamte zu erwehren suchte, wurde von diesen geschlagen und von einem hinter ihm gehenden uniformierten Schutzmännchen von hinten gestoßen. — Ein großer Mann schimpfte laut „Schuste“, „Blutbunde“. Uniformierte Schutzeule, welche ganz in der Nähe standen, ließen den Mann unbeachtet.

Hierauf wurden mehrere Zeugen vernommen zu einem Vorfall, der sich am 20. September

nahe beim Spandauer Bod

zugespielt hat. Zwei Kohlenwagen der Firma Karstadt folgten mehreren Personen. In dem einen Wagen wurde die Schläge hochgezogen, so daß Kohlen herausfielen. Ob die Täter Streikende waren, können die Richter und Wirtsfahrer der beiden Wagen nicht sagen. Schutzmännchen New, der die Kohlenwagen begleitete, sagt: die Leute, welche die Schläge hochgezogen hatten, ergriffen die Flucht. In einem vorbeifahrenden Automobil, dessen Fahrer sich erbot, den Schutzmännchen aufzunehmen, nahm dieser die Verfolgung auf. Wie der Schutzmännchen sagt, gab einer der Verfolgten aus einer Entfernung von einigen zwanzig Metern einen scharfen Revolverknall auf ihn ab, der aber nicht traf. Die Verfolgten schlugen ein höhnisches Gelächter an. Sie entkamen dadurch, daß sie über das Feld liefen, wobei ihnen das Auto nicht folgen konnte. Ueber den Revolverknall näher befragt, sagt der Zeuge, die Waffe habe er nicht gesehen, aber er habe den Knall und das Pfeifen einer Kugel gehört.

Die folgenden Zeugen werden wieder über die Vorgänge in Moabit gehört.

Jendryki stand abends vor der Tür des Hauses, in dem er die Portierstelle hat. Da kam ein Kriminalbeamter und rief ihm zu: „Du Rohwüchsig, was steht Du da, mach daß Du hineinkommst, sonst kriegst Du Prügel.“ Der Zeuge wandte ein, er habe ja hier die Portierstelle und könne doch vor der Tür stehen. Darauf entgegnete der Kriminalbeamter: „Die werden wir gleich bei Portierstelle. Mach, daß Du reinkommst.“ Darauf ging der Zeuge ins Haus.

Schutzmännchen New glaubt in dem Zeugen Jendryki, den er vom Kohlenwagentreibe bei Altmann kennt, einen der Täter bei der Kohlenwagenaffäre zu erkennen. — Jendryki bemerkt dazu, daß er Gerüstbauer sei und den Streik bei Altmann im vergangenen Frühjahr mitmachte, bei den Kohlenwagen am Spandauer Bod aber nicht zugegen war. — Schutzmännchen New, der anfangs mit ziemlicher Sicherheit den Zeugen als Täter bei den Kohlenwagen bezeichnete, wird immer unsicherer und sagt schließlich: „Vehaupten kann ich nicht, daß er dabei war.“

Freitag, Beamter bei der städtischen Straßenverreinigung, gibt hauptsächlich an, daß er keine Belästigungen des Publikums durch die Polizei gesehen hat. Daß Jungens, ungehindert durch die Polizei, Laternen auszumachen, hat auch dieser Zeuge gesehen. Ferner hat er bemerkt, daß ein alleingehender Mann von einem Schutzmännchen einen Stoß bekam, und als er sich umdrehte, nochmal gestochen wurde.

Klemperer Schwand sah an der Ecke bei Preuß, daß ein junger Mann von Schutzeulen getroffen wurde. Der Mann ging zu einem Leutnant, um sich zu beschweren. Der Leutnant hörte gar nicht, darauf und wies den Mann energisch fort. Ueber einen anderen Vorfall sagt der Zeuge: Die Straße wurde geräumt, dabei bekam ein junger Mann von mehreren Schutzeulen Säbelhiebe. An einer Hauswand blieben zwei Männer stehen. Ein Polizeileutnant deutete auf sie und sagte zu den Schutzeulen: „Da stehen noch zwei, die müssen auch was abriegeln.“

Kaufmann Bold, ein Zeuge der Staatsanwaltschaft, beginnt mit den Worten: Ich möchte meiner Aussage etwas vorausschicken, was auch zur Sache gehört. Ich bin der Meinung, daß die Polizei nicht ganz frei von Schuld ist. — Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen mit der Bemerkung: Das wollen wir nicht von Ihnen hören, sondern nur, was Sie gesehen haben. — Der Zeuge erzählt nun: Die Veuffelstraße war schwarz von Menschen, Männern und Frauen. Sie johlten, als hätte man alle Teufel der Welt losgelassen. Schutzeule mit erhobenen Säbeln trieben die Menge in das sozialdemokratische Versammlungs- und Vergnügungsklokal an der Ecke der Wicelstraße. In dem Augenblick, als die Schutzeule den Hausflur betreten hatten, verflüchteten die elektrischen Bogenlampen vor der Tür des Lokals. Da sagte ich zu meiner Frau: Da steht man, wie diese Leute zusammenhalten und daß einer den andern deckt. — Die Polizei ging richtig vor und hat nicht die Leute belästigt, wie es hier geschillert worden ist.

Zeuge Senfleben hat gesehen, wie zwei Schutzeule auf einen Mann, der nichts Strafbares getan hatte, mit den Säbeln loszuschlugen. — Ein Mann, der neben einem Schutzmännchen stand, als wenn er mit ihm sprach, wurde, als er sich umdrehte, von dem Schutzmännchen hinterücks geschlagen, daß er hinstürzte. Der Schutzmännchen ging zu seinen in der Nähe stehenden Kameraden, ohne sich um den Niedergeschlagenen zu kümmern.

Geschäftsführer Blume sagt, die Polizei habe sich ruhig und geduldig verhalten, selbst einer Menschenmenge gegenüber, aus der Steine nach den Schutzeulen geworfen wurden. Damit schließt die Sitzung. Heute wird keine Sitzung abgehalten. Die Verhandlung wird am Donnerstag 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

Soziales.

Zur Pensioveränderungsfrage der Privatangehörigen. Eine Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenfürsorge hat der Verband der Bureauangestellten Deutschlands (Sitz Berlin) für die Bureauangestellten aller Branchen (Rechtsanwaltschaft, Versicherungs-, Berufsvereinigungen, Krankenkassenangehörigen u. a.) auf dem Wege freier Selbsthilfe verwirklicht. Der zu solchen Unterstützungsarbeiten seit 1. Oktober 1908 bestehenden Unterstützungs-kasse kann jeder Berufsangehörige, der Mitglied des Verbandes ist oder wird, vor Vollendung des 60. Lebensjahres beitreten. Jedes Mitglied kann ein bis fünf Unterstützungsanteile erwerben. Der monatliche Beitrag pro Anteil beträgt 1,10 M. und für Mitglieder über 40 Jahre 1,50 M. An Unterstützungen werden für jeden Anteil gezahlt: bei Invalidität nach 6 Beitragsjahren 150 M. jährlich, steigend bis 250 M., Altersunterstützung nach 20 Jahren in gleicher Höhe; die Unterstützungen für Witwen betragen

50 Proz., für eine Halbwaise 15 Proz. und für Vollwaise 25 Proz. der Invalidenunterstützung. Das System der Anteilversicherung besteht wegen seiner Beweglichkeit und wegen seiner Anpassungsfähigkeit an die finanziellen Verhältnisse und an das Versicherungsbedürfnis jedes Interessenten viele Vorteile auf. Diese Unterstützungsversicherung hat denn auch in allen Kreisen der Bureauangestellten freudigen Anklang gefunden, haben doch in der kurzen Zeit ihres Bestehens 1300 Berufsangehörige 4300 Unterstützungsanteile aufgenommen, so daß bereits jetzt die Kasse ein Vermögen von 180 000 M. besitzt.

Die sozialen Bestimmungen der Gewerbeordnung müssen den Arbeitgebern etwas fühlbar gemacht werden.

Nach § 139c der Gewerbeordnung muß den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Diese Bestimmung sollte der Bäcker Lichter übertritten haben, der verschiedene Filialen besitzt. Eine dieser Filialen wird von einem Fräulein verwaltet, mit der die Vereinbarung getroffen ist, daß sie einen gewissen Prozentsatz des Umsatzes als Entgelt für ihre Tätigkeit als Verkäuferin erhält. Eine Mittagspause gab es nicht für sie. Wenn Kunden kamen, mußte sie diese bedienen. Zwischen durch konnte sie ihr Essen zu sich nehmen. Das Landgericht verurteilte den Angeklagten Richter wegen Uebertretung des § 139c der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe von 300 M. Unter einer angemessenen Mittagspause sei eine richtige Pause zu verstehen, in der sich der oder die Angestellte, wenn sie im Geschäft bleiben, ihr Mittag herrichten und in Ruhe, ohne auf Kunden achten zu brauchen, vergehen können. Verfehlt sie auch, so führte das Landgericht weiter aus, der Einwand des Angeklagten, daß das Fräulein keine Gehilfin im Sinne des § 139c gewesen sei, sondern Filialleiterin, weil sie kein Gehalt, sondern Provision erhielt. Sie habe die Waren verkauft und sei als Gehilfin anzusehen. Ganz gleichgültig sei dabei, daß sie das Geld nicht direkt, sondern in Form von Provision erhielt.

Der Angeklagte legte Revision ein, rügte Verkennung des Begriffs „Gehilfe“ und beschwerte sich über die Höhe der Strafe, die er unglücklich hoch fand.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision mit folgender Begründung: Die Voraussetzungen der Strafe sind erfüllt, insbesondere sei der Begriff Gehilfe nicht verkannt. Wenn sich der Angeklagte in der Auffassung des Begriffs geirrt habe, dann sei das ein Irrtum auf dem Gebiete des Strafrechts, der ihn von Strafe nicht befreien könne. Was nun die Höhe der hohen Strafe angehe, die in der Revisionsinstanz abwegig sei, da sich die Strafe in den Grenzen des Zulässigen halte, so sei darauf zu verweisen, daß die Uebertretung des § 139c mit Geldstrafe bis zu 2000 M. bedroht sei. Dazu habe der Angeklagte die hohe Strafe vorgezogen? Etwa deshalb, damit der Richter auf den üblichen Satz von 5 oder 10 M. erkenne? Nein! Wenn die Strafkammer hier auf 200 M. erkannt habe, so könne man nur sagen: es sei ein Segen, wenn die sozialen Bestimmungen der Gewerbeordnung den Widerspenstigen etwas fühlbar gemacht werden.

Gerichts-Zeitung.

Zanzibarkeit an Festtagen.

Die bekannte Verstromungs-Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 4. Juli 1908 bestimmt im § 11 unter Ziffer 3: Langmusik, Välle und ähnliche Lustbarkeiten dürfen in Gastwirtschaften und sonstigen Vergnügungsklokalen, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, an Sonn- und Festtagen nicht vor 3 Uhr nachmittags stattfinden. Und durch eine andere Bestimmung sind sie an den ersten Feiertagen der drei großen Feste gänzlich verboten. Jene Vorschrift des § 11 Ziffer 3 sollte der Gastwirt Wirth in Wählenberg dadurch übertritten haben, daß er in seinem Lokal den Theaterverein „Humor“, der am ersten Pfingsttag sein Stiftungsfest bei ihm abhielt, nach 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh, also in den ersten Stunden des zweiten Feiertages tanzen ließ. Die Musik war auf der Straße zu hören. Das Landgericht III verurteilte W. und das Kammergericht, vor dem Rechtsanwält Dr. Karl Riebschnecht den Angeklagten verttrat, verwarf dieser Tage die Revision mit folgender Begründung: Die Verordnung sei rechtsgültig und richtig angewendet worden. Das Zanzibarwesen habe an einem Feiertage, dem zweiten Feiertage, in der Frühe, also vor 3 Uhr nachmittags begonnen. Aber selbst wenn man die ersten Morgenstunden noch zum ersten Feiertage rechnen wollte, wäre W. doch strafbar, da ja am ersten Feiertage erst recht nicht getanzt werden dürfe. Das subjektive Verschulden sei auch richtig festgestellt, da der Amtsvorsteher dem Wirt gesagt habe, es dürfe nicht getanzt werden. Ob im gegebenen Einzelfalle eine Störung der äußeren Heiligkeit des Feiertages wirklich eintrat, sei gegenüber der gültigen Vorschrift der Verordnung unerheblich.

Ein Lehrer wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt.

Der Gartenbaulehrer Heinrich Siemann in Rißrik (Neuh. J. L.) wurde von der Strafkammer in Gera zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er sich in den letzten 4 Jahren an Kindern unter 14 Jahren unzüchtig vergangen und weil er zwei Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren verführt hat.

Ein Justiz-Kuriosum.

Ueber das Lokal des Gastwirts Dänede in Augsburg im Mandfeldischen war vom Vergarbeiterverbande der Volkst. verhängt worden, da dieses Lokal der Arbeitergesellschaft wieder entzogen worden war. In der Volkst. verhängung erblickte die Staatsanwaltschaft zu Eisleben „groben Unfug“, ferner aber auch darin, daß die zum Volkst. aufzufordernden Flugblätter mit den Worten „Die Ortsverwaltung“ unterschrieben waren. Dadurch, so bezugerte der Staatsanwalt, habe sollen die Meinung bei den Augsburgern herbeigerufen werden, daß ihr Ortsvorsteher sie zum Volkst. auffordere; dadurch hätten die Ortsbewohner in einen Zustand der Erregung geraten können, der für den öffentlichen Frieden von Augsburg eine Gefahr bedeutete hätte! Das Amtsgericht Eisleben lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, wogegen die Strafkammer in Halle sie auf Bewerbe beschloß. Das Schöffengericht Eisleben erkannte am 1. Oktober auf Freisprechung. Hiergegen legte die Halle'sche Staatsanwaltschaft Verurteilung ein.

Zur Verurteilungserklärung erziehen jetzt der aus Königsberg bekannte Erste Staatsanwalt Geheimrat Schäke in eigener Person. Er mußte jedoch zugeben, daß angesichts des Wortlautes des Volkst. Flugblattes nicht die Möglichkeit der Annahme bestände, das Flugblatt könne vom Ortsvorsteher herrühren. Im Volkst. liege jedoch, meinte er, stets grober Unfug. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Landsberg-Magdeburg, führte aus, daß, wenn wirklich ängstliche Gemüter im Volkst. des Lokals eine Verurteilung ihrer eigenen werten Person erblickten, das nicht auf den Volkst. sondern auf einen ganz überflüssigen Denkspruch zurückzuführen sei. Also sei die „Verurteilung“ nur sehr mittelbar, während der Grobe-Unfug-Paragraf eine unmittelbare Verurteilung der öffentlichen Ordnung verlange. Die Strafkammer schloß sich dem an und verworf die Berufung. Den weitergehenden Antrag des Verteidigers, die Kosten der Verteidigung der Staatsanwaltschaft aufzuerlegen, lehnte die Kammer jedoch ab, da der Angeklagte genügend Erfahrung besitze, um erkennen zu können, daß er sich des groben Unfugs nicht schuldig gemacht habe und infolgedessen keinen Verteidiger brauche!

Diese Begründung ist höchst fatal für alle die hochweisen Juristen, die zur Eröffnung und Fortleitung dieses Strafverfahrens beigetragen haben. Dem armen Teufel von Bergmann wird darin mehr juristische Einsicht und Erfahrung zuerkannt, als den Ersten und anderen Staatsanwälten, den Halle'schen Richtern und dem Eislebener Staatsanwalt. Das ist sehr schmeichelt für den Angeklagten, aber auch sehr teuer.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 21. Dezember  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Das Rhein-  
gold.  
Königl. Schauspielhaus. Der  
Störenvater.  
Neues königl. Opernhaus.  
Schloffen.  
Deutsches. Herr und Diener.  
Kammerspiele. Aglavaine  
und Seltsamkeit. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.  
Berliner. Laifun.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Nachth.  
Seffing. Klein Hoff.  
Neues Schauspielhaus. Der Zer-  
rissene.  
Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle.  
Königl. Oper. Hofmanns Er-  
zählungen.

Wochen. Das Puppenmännchen.  
Nachmittags 4 Uhr: Kothäppchen.  
Kleines. Verflücht Frauenzimmer.  
1. Akt.  
Neues. Der G. m. b. H. Tenor.  
Trianon. Der heilige Hain.  
Wendens. Die Komödiantin.  
Zentral. Politische Wirtschaft.  
Nachmittags 4 Uhr: Händel und  
Gastel.

Schiller O. (Wagner-Theater).  
Die Fee. Caprice.  
Schiller Charlottenburg. Quaren-  
heber.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Folgunst.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.  
Lustspielhaus. Der Feldherrn-  
hügel.

Luisen-Theater.  
4 Uhr: Große Kinderdarstellung:  
Goldhähnchens Himmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Deborah.  
Donnerstag: Wilhelm Tell.  
Freitag: Goldhähnchens Himmelfahrt.  
Sonabend: Goldhähnchen.

Rose-Theater  
Große Hauptstr. 132.  
Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise:  
Goldhähnchens  
Himmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Der Müller und sein Kind.  
Donnerstag: Der Kallertkinder.

Das Tagesgespräch Berlins:  
Der Gedankenleser  
Bellini.  
Metropol-Theater.  
Surra!  
Wir leben noch!  
Große Gaststättungsbureau in 7 Bildern  
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr — Menschen gekatet.

Lessing-Theater.  
Mittwoch 8 Uhr: Hfen-Johas, erste  
Vorstellung: Klein Hoff.  
Donnerstag, Freitag 8 Uhr: Hantoi.  
Berliner Theater.  
Heute: Laifun. 8 Uhr.  
Morgen: Der scharfe Junter.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der G. m. b. H.-Tenor.  
Morgen und folgende Tage: Der  
G. m. b. H. Tenor.

Theater des Westens.  
Anfang 8 Uhr.  
Das Puppenmännchen.  
Mittw. u. Freitag 4 Uhr: Kothäppchen.  
Modernes Theater  
(früher Hebbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
Doppelmensch.

Residenz-Theater.  
Direction: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Der Unterpräfekt.  
Schwank in 3 Akten v. Leon Gaudillot.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Unterpräfekt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.  
Mittwoch, d. 21. Dez., abends 8 Uhr:  
Hofgunst.  
Donnerstag: Hofgunst.  
Freitag zum 1. Male: Cyrano von  
Bergerac.

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel.  
Berliner Volksoper  
Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Der Kampf um Schneewittchen.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Troubadour.

Bosporus  
am Moritzplatz.  
Das Variete-Konsum-System nur  
an Wochentagen gültig.  
Entree frei. Sie lösen nur ein  
Programm pro Person 20 Pf.,  
damit haben Sie 1 Glas Bier  
besahlt.  
8 Uhr: Das neue  
Weihnachts-Variete-Programm.

Passage-Panoptikum.  
Während der Weihnachtsferien  
v. 18. Dezember bis 1. Januar  
Volkstage  
Jedermann ein Kind frei!  
Jedes Kind erhält 1 Geschenk!  
Der bernaisische  
Riese!  
Dasore  
D. größte Menah, d. je gelebt,  
110 mm größer als Nachsw.  
Alles ohne Extra-Entree!

Schiller-Theater.  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Fee Caprice.  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Dummkopf.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male: Husarenlieber.  
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg  
u. Richard Stowronnet. Ende 10 1/2 u.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Husarenlieber.

Schiller-Theater.  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Fee Caprice.  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Dummkopf.

Urania.  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Direktor Franz Goerke:  
Märkische Landschafts-  
und Garten-Poesie.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. E. Börnsteln: Beleuchtung.

Kaiser-Panorama.  
Neu 1. H. Delah v. Florens.  
Zweite Woche: Reise am Rhein  
von Mainz bis Köln.  
Tausende Familien schenken zu Weih-  
nachten Abonnements. 8 Stellen 1 M.

Luisen-Theater.  
4 Uhr: Große Kinderdarstellung:  
Goldhähnchens Himmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Deborah.  
Donnerstag: Wilhelm Tell.  
Freitag: Goldhähnchens Himmelfahrt.  
Sonabend: Goldhähnchen.

ROSE-THEATER  
Große Hauptstr. 132.  
Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise:  
Goldhähnchens  
Himmelfahrt.  
Abends 8 Uhr:  
Der Müller und sein Kind.  
Donnerstag: Der Kallertkinder.

Das Tagesgespräch Berlins:  
Der Gedankenleser  
Bellini.  
Metropol-Theater.  
Surra!  
Wir leben noch!  
Große Gaststättungsbureau in 7 Bildern  
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr — Menschen gekatet.

Lessing-Theater.  
Mittwoch 8 Uhr: Hfen-Johas, erste  
Vorstellung: Klein Hoff.  
Donnerstag, Freitag 8 Uhr: Hantoi.  
Berliner Theater.  
Heute: Laifun. 8 Uhr.  
Morgen: Der scharfe Junter.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der G. m. b. H.-Tenor.  
Morgen und folgende Tage: Der  
G. m. b. H. Tenor.

Theater des Westens.  
Anfang 8 Uhr.  
Das Puppenmännchen.  
Mittw. u. Freitag 4 Uhr: Kothäppchen.  
Modernes Theater  
(früher Hebbeltheater).  
Abends 8 Uhr:  
Doppelmensch.

Residenz-Theater.  
Direction: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Der Unterpräfekt.  
Schwank in 3 Akten v. Leon Gaudillot.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Unterpräfekt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.  
Mittwoch, d. 21. Dez., abends 8 Uhr:  
Hofgunst.  
Donnerstag: Hofgunst.  
Freitag zum 1. Male: Cyrano von  
Bergerac.

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Der Feldherrnhügel.  
Berliner Volksoper  
Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Der Kampf um Schneewittchen.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Troubadour.

Bosporus  
am Moritzplatz.  
Das Variete-Konsum-System nur  
an Wochentagen gültig.  
Entree frei. Sie lösen nur ein  
Programm pro Person 20 Pf.,  
damit haben Sie 1 Glas Bier  
besahlt.  
8 Uhr: Das neue  
Weihnachts-Variete-Programm.

Passage-Panoptikum.  
Während der Weihnachtsferien  
v. 18. Dezember bis 1. Januar  
Volkstage  
Jedermann ein Kind frei!  
Jedes Kind erhält 1 Geschenk!  
Der bernaisische  
Riese!  
Dasore  
D. größte Menah, d. je gelebt,  
110 mm größer als Nachsw.  
Alles ohne Extra-Entree!

Schiller-Theater.  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Fee Caprice.  
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Dummkopf.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male: Husarenlieber.  
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg  
u. Richard Stowronnet. Ende 10 1/2 u.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Nacht der Finsternis.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Husarenlieber.

Stadt-Theater Moabit  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 22. Dezember.  
feine  
Vorstellung.

Silvester-Ball  
in den  
LICHTSPIELEN  
Mozart-Saal - Nollendorfplatz.  
Komische Vorträge. Oedipus  
und andere Zirkusscherze.  
Heute neuer Wochen-Spielplan.

Excelsior Lichtspielhaus  
Rixdorf, Bergstr. 151/152.  
Heute:  
Vollständig neues Programm.  
Anfang Wochentags 6 Uhr. X X Sonntags 6 Uhr.  
Jeden Sonnabend: Programmwechsel.

Sport-Palast  
Entree 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entree 1 M.  
Größter Eispalast der Welt  
Vom 25. Dezember bis 8. Januar:  
Ferie: „Weihnachten am Nordpol“.  
Ständig 2 Künstlerkapellen.  
— Außergewöhnliche Lichteffekte. — 200 Eislaufkünstler. —  
Unterricht im Eislauf. Täglich von 11—1 Uhr vormittags: KONZERT.  
Jeden Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Große Silvester-Feier  
unter Mitwirkung der  
Großen Rheinischen Karnevals-Gesellschaft.  
Plätze M. 4. — Reserviert M. 6. —  
Donnerstag, d. 5. u. Freitag, d. 6. Januar 1911, abends:  
Zum Besten des  
Vaterländischen Frauenvereins Berlin  
Zwei Konzerte der  
Bonner Liedertafel  
(2. Preis auf dem Wettstreit in Frankfurt a. M.)  
230 Sänger unter Leitung des Joseph Werth.  
Musikdirektors  
Reservierter Platz 5 M., alle anderen 2 M.  
Vorverkauf bei: Hofmusikalienhandlung Bose & Boek,  
Leipziger Str. 37; Musikalienhandlung Stahl, Potsdamer  
Straße 39; A. Wertheim, Leipziger Straße; im Bureau des  
Vaterländischen Frauenvereins, Dessauer Str. 14 und an  
der Kasse des Sport-Palastes, Potsdamer Str. 72-72a.

„CLOU“  
BERLINER KONZERTHAUS  
Mauerstr. 62. Zimmerstr. 60-61  
Eintritt 50 Pfennig.  
Heute!!!  
Großes Extra-Konzert.  
Wochentäglich 4-7 Uhr:  
Promenaden-Konzerte voller Orchester  
bei freiem Entree.  
Spezial-Ausschank: Münchener Rathäuserbräu 1/2 l 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain  
Am Königsfor. — Größter Konzertsaal Berlins.  
1., 2. und 3. Feiertag:  
Auf der Alm! Die frühesten Weihnachten. Juhu!  
Herzliche Wiederholung. — Der beliebteste Festwirt  
Schorsch Shrengruber aus München  
mit seiner Gruppe (100 Mitwirkende) mit den neuesten Aufführungen.  
Außerdem im Saal II: Revüisten-Best-Konzerte,  
ausgeführt von  
Johann Strauß aus Wien  
mit seiner vollständigen Kapelle.  
Entree 60 Pf. für beide Veranstaltungen (Himmlische Räume)  
ohne jede Nachzahlung.  
Anfang: Shrengruber 4 Uhr, Johann Strauß 7 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich: Wenn die gold'ne  
Weihnacht naht! Festspiel  
mit Gesang, sowie Extra-Spezialität  
mit Jan Rodolf, Diabolopfeiler.  
Les two Claires, Gymnastiker usw.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Feiertags 6 1/2 Uhr.

Burgtheater-  
Festsäle und Kinematograph  
vom. Gretejan, Inhab.: Rud. Wenz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 8, 9003.  
Lebende Photographien.  
Eintritt 20 u. 40 Pf. Kinder bis Hälfte.  
Am 7. u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,  
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Preis wechf. Programm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises  
Sonntag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer No. 15:  
Kunst-Abend  
Mitwirkende: Konzert von Mitgliedern des Berliner Sinfonie-  
Orchesters (Kapellmeister: Herr Maximilian Fischer), Violino: Herr Konzert-  
meister Br. Scholz, Cello: Herr Fritz Große, Gesang: Frau Herta Geipelt  
(Sopran), Hr. Gustav Franz (Bariton). Rezitation: Hr. Mathias von Erdberg.  
Nach dem Konzert Tanz. Herren, welche daran teilnehmen,  
zahlen 50 Pf. nach.  
Anfang 7 Uhr. Programm am Eingang gratis. Billott 50 Pf.  
Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt.  
Rogo Beteiligung erwartet 219/17\* Der Vorstand.

Zirkus A. Schumann.  
Mittwoch, den 21. Dezember,  
präzise abends 8 Uhr  
keine Zirkus-Vorstellung,  
sondern  
Aufführung des Deutschen  
Theaters:  
König Oedipus  
von Sophokles.  
Donnerstag, den 22. Dezember,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Vorstellung  
Auftreten  
sämtlicher Attraktionen.  
8 1/2 Uhr:  
Der große Coup  
des  
Schmuggler.

Zirkus Busch.  
Mittwoch, 21. Dez., abds. 7 1/2 Uhr:  
Großer Gala-Abend!  
Die Fredians!  
3 Mann auf galoppierend. Pferde  
übereinanderstehend. Gebrüder  
Namsol, kom. Raffabkunstler.  
Frl. Elisabeth v. Dymar, Schuir.  
Gastspiel des Herrn Direktor  
Pierre Althoff und Frau Direktor  
Adele Althoff mit neuen Frei-  
heitsdrosseln. 8 Gebr. Fra-  
tellini, italienische Clowns.  
Akass Ben Abdullah Araber-Tr.  
8 1/2 Uhr zum 108. Male:  
Venezia!

Folies Caprice.  
Der Feldweibelhügel  
von Hengler und Soda Soda.  
Neuer bunter Teil.  
Hotel zur Jungfrau.  
Lehrstunde von Sater.

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Sänger.  
Weihnachts-Programm!  
„Bel Vater“  
Weihnachtsbild v. Regfel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.  
Montag, 26./12. (2. Feiertag),  
mittags 3 Uhr:  
Große Weihnachts-  
Benefiz-Matinee.

Casino-Theater  
Gottlinger Straße 87. Täglich 8 Uhr:  
Mühsamer! — Berliner Volkslied!  
Julie Wippenen.  
In allen Feiertagen abends:  
Julie Wippenen.  
In beiden Feiertagen nachm. 6 1/2 Uhr:  
Rein! Gah und Liebe. Rein!

Walhalla-Theater.  
(Königsfor.) Weinbergstr. 20  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Dezember-Allerheiligstes!  
Bravo! — Da Capo!  
Eine Allerheiligstes-Revue in 5 Akten.  
In Szene gesetzt v. Dir. J. Klein  
verb. m. neuen Coupletts, Ein-  
lagen u. Einleitungen u. a.

Berlins  
größte Silvesterfeier  
mit Ball  
der 3 vereinigten  
Etablissements  
Passage-Theater  
Lindencabaret  
Biercabaret  
Berlin im Wackeltopp  
Einheitspreis 3 M.  
— Näheres siehe Plakate. —

Germania-Pracht-Säle  
Carl Richter.  
N., Chaussee-Straße 110.  
Heute  
Mittwoch:  
Paul Manibey's  
lustige Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem: Frei-Tanz.  
— Vorzugskarten gelten. —  
Morgen Donnerstag:  
Großes Militär-Konzert.

Theater des Weddings  
Müllerstr. 162/163 — Sellenstr. 35.  
Täglich vor ausverkauftem Hause:  
Abgründe  
Drama in zwei Akten von Urban Seb.  
Nebenbei das neue großartige  
Programm.  
Metropol-Palast  
Behrenstr. 58/54  
Heute Mittwoch, den 21. Dezember,  
abends 10 Uhr:  
Eröffnung des  
Pavillon Mascotte.  
Im  
Palais de danse  
Täglich großes Ballett.

Karl Haverland-  
Anfang Theater. Romanbühnen-  
str. 7 1/2, U. Theater. Straße 77/79.  
Nante Pohlmann  
mit ganz neuem Repertoire und  
der  
Schields, urkomische.

Theater Sanssouci  
Hochbahnstation Köpenicker Tor.  
8 Uhr:  
Gastspiel Fedi de Férard,  
Die schönste Frau  
von New York.  
Sonntag, den 25., Montag, 26. Dez.,  
nachmittags 3 Uhr:  
Gastspiel der Volksoper:  
Die Dollarprinzessin.

Volgt-Theater  
Gelandeburgen, Badstraße 58.  
Mittwoch, den 21. Dezember:  
Ihre Familie.  
Vollständig mit Gesang in 3 Akten von  
A. Ginde und G. Engels.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Theater „Groß-Berlin“.  
Mittwoch, 21. Dez.: Neue Welt,  
Gastspiel.  
6 1/2  
Uhr:  
Mutter gegen  
Uhr:  
aber: Die Perle von Saboten.  
Schenken: W. G. Schardt-Goffmann.  
Breite der Plätze: 30—100 Pf.  
Dieses Inserat gibt Preisermäßigung!

Rollschuhbahn  
Kurfürstendamm 151  
Bis 23. Dezember:  
Täglich geöffnet.  
Wochent. 11-1 4-6 8-11  
Eintritt und 50 Pf.  
Laufen  
Leihgebühr f. unsere Rollen 50 Pf.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Inferum Genossen 23418  
**Karl Dion**  
 Schöneberg, Sedanstr. 52  
 die herzlichste Gratulation zu  
 seinem 60. Geburtstag.  
 Mehrere Genossen des 8. Bezirks

Am Sonntag, den 18. Dezember,  
 verstarb nach langen schweren  
 Leiden mein lieber Mann, unser  
 guter Vater, der Maurer  
**Wilhelm Bremer**  
 im 49. Lebensjahre. 23122  
 Seine Hinterbliebenen:  
 So trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 22. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle der St. Gerberdt-  
 Gemeinde in Nordend aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 18. Dezember verstarb unser  
 Genosse, der Maurer  
**Wilhelm Bremer**  
 Greifenhäger Straße 58.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Donnerstag, den 22. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle der St. Gerberdt-  
 Gemeinde, Nordend, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Mit der traurigen Nachricht,  
 daß am 18. Dezember mein lieber  
 Mann, unser guter Sohn und  
 Bruder  
**Max Hirche**  
 verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 22. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr, von der  
 Leichenhalle des neuen Jakob-  
 Friedhofes (Hermannstraße) aus  
 statt.  
 Dies zeigen tiefbetrübt an  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
 Den Parteigenossen zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied, der Bild-  
 hauer  
**Max Hirche**  
 (Geburtsjahr 3. 2. Bez.)  
 am Sonntag, den 18. Dezember,  
 verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Donnerstag, nachmittags um  
 3 Uhr, von der Halle des neuen  
 Jakobfriedhofes, Hermannstraße,  
 aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Verein**  
**der Bildhauer Deutschlands.**  
 Verwaltung Berlin.  
 Unseren Kollegen zur Nachricht,  
 daß am 18. Dezember unser Mit-  
 glied, der Holzbildhauer  
**Max Hirche**  
 nach langer Krankheit im Alter  
 von 29 Jahren gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 22. Dezember,  
 nachmittags 3 Uhr, auf dem  
 neuen Johannis-Friedhofe in Ri-  
 xdorf, Hermannstraße, statt.  
 Um Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Bierfahrer  
**Hermann Immel**  
 am 16. d. Mts. im Alter von  
 23 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 21. d. Mts., nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Weibemann-Friedhofes,  
 Nordend, aus statt. 63/5  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster  
 Teilnahme während der Krankheit  
 und bei dem Begräbnis meines  
 lieben, unvergesslichen Mannes, unseres  
 herzlichsten Vaters  
**Fritz Bergmann**  
 sagen wir hiermit unseren innigsten  
 Dank, insbesondere auch dem Herrn  
 Waldeck Mannass und dem „Räucher-  
 tor Wedding“.  
**Wwe. Ernestine Bergmann**  
 Invalidenstr. 97.  
**Willi Bergmann** selbst Frau  
**Hedwig Bergmann.**

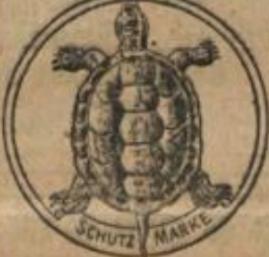
**Verleih-Institut:**  
 Friedrichstr. 115/117, a. Oranien-  
 str. 1, 1. u. 2. Etage, Gebod  
 1, 100, Hofe 1, 00, Weste 500/1

**Dankagung.**  
 Für die liebevolle Teilnahme und  
 reichen Kranzspenden bei der Beer-  
 digung meines unvergesslichen Mannes  
 sage ich allen Freunden und Bekannten  
 sowie den Genossen des 4. Wahl-  
 kreises, besonders Herrn Dr. Manasse  
 für die trostreichen Worte am Grabe  
 meines lieben Mannes meinen besten  
 Dank.  
**Helene Haidill,**  
 Traumburger Str. 4.

**Orts-Krankenkasse**  
**der Bildhauer, Stukkateure**  
**und verw. Gewerbe zu Berlin.**  
**Bekanntmachung.**  
 Am 28. Dezember 1910, nach-  
 mittags 5 1/2 Uhr, findet Engelufers  
 Nr. 15, Saal 3, eine  
**Außerordentliche**  
**General-Versammlung**  
 statt.  
**Tagesordnung:**  
 Abänderung der Beiträge unserer  
 Beamten. 297/20  
**Der Vorstand.**  
 V. S.: Fritz Waldsperger, Vorsitzender.

**Westmanns Trauermagazin**  
**Extra-Abteilung**  
 I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
 Straße 37a (2. Haus von der  
 Jerusalem Straße).  
 II. Gesch.: Berlin NO., Große  
 Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
 von der Andreasstraße).  
 Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
 Hüte, Handschuhe, Schleier  
 etc. v. einfachsten bis zum  
 hochsteigend. Genre u. äußerst  
 niedrigen Preisen.  
**Sonder-Abteilung:**  
**Maßanfertigung** in  
 10 bis 12 Stunden.

Haben Sie nicht?  
 Ich fertige Ihnen Anzüge od. Paletot  
 nach Maß, schnell, sauber. Enten  
 von 25 Mark an. Moritz Laband,  
 Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bber.)

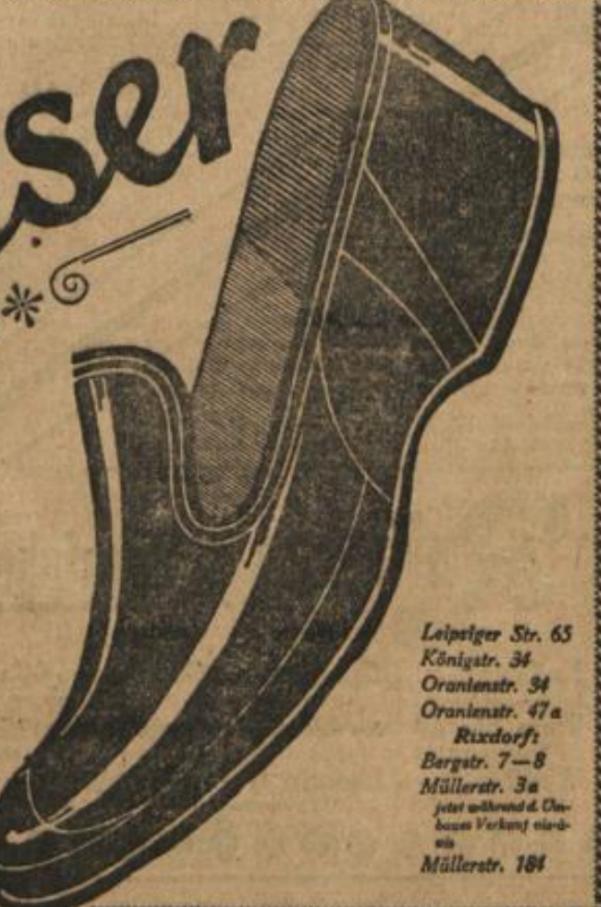
  
**Albert Marquard**  
 Berlin, Neanderstr. 26  
 Weingroßhandlung u. Likörfabrik  
 empfiehlt zum  
**Silvester**  
 Bordeaux-, Rhein-, Moselweine.  
 Rum, Arrak, Kognak.  
 Burgunder-, Rum- u. Arrak-  
**Punsch**

**Gummischuhe**  
 Echte Harburger  
 Ohne Lasche z. Qualität  
 Damen ..... 2.25  
 Herren ..... 3.50  
 Damen Gest. f. jed. Paar 2.95  
 Herren . . . . 4.75  
 Mit Lasche  
 Damen Gest. f. jed. Paar 3.50  
 Herren . . . . 5.—

**Grosser Inventur- u.**  
**Räumungs - Verkauf**  
 Nur ganz kurze Zeit!  
**Plüschmäntel** feinstes Art, darunter, echt  
 engl. Seals, Lister & Co. Ltd.  
 Bradford, sehr lang, früher  
 bis 250.- jetzt 160.- 140.-  
 120.- 95.- 65.- 50.-  
**Abendmäntel**  
**Frauenmäntel**  
**Engl. Paletots**  
**Kostüme**  
**Gesellschaftskleider**  
**Röcke, Blusen**  
**Peiz - Konfektion**  
**Peiz - Colliers, Peizmuffen**  
 & für ein Drittel der früher. Preise!  
 früher z. T. 18.- 25.- 40.- 60.- 100.-  
 jetzt z. T. 7.- 9.- 15.- 24.- 30.-  
 früher z. T. 140.- 180.- 210.- usw. 19/0.  
 jetzt z. T. 52.- 68.- 84.- b. 530.  
 Extra-Abteil.: Trauer-Magazin.  
**Westmann**  
 Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115



**OXO**  
**Bouillon**  
**Würfel**  
 der  
**Liebig** Gesellschaft  
 liefern  
 schnell und billig  
 eine Tasse  
 gute  
 Fleisch-  
 brühe.

**Leiser**  
  
 Leipziger Str. 65  
 Königstr. 34  
 Oranienstr. 34  
 Oranienstr. 47a  
 Rixdorf:  
 Bergstr. 7-8  
 Müllerstr. 3a  
 jetzt während d. Orie-  
 ntalen Verkauf über-  
 alle  
 Müllerstr. 184

**Deutscher Metallarbeiter - Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:  
 Col I. Amt 8, 1259. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1087.  
**Achtung! Vertrauensleute der Schlosser!**  
 Die Konferenz fällt im Monat Dezember aus!  
 Die Ortsverwaltung.  
**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter**  
 Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
**Sektion der Töpferträger!**  
 Donnerstag, den 22. Dezember er., abends 8 Uhr, im  
 Gewerkschaftshause, Engelufers 15, Saal 11:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Berichtserstattung der Verhandlungen vor dem Ausschusse der Berliner  
 Gewerkschaftskommission. Die Verhandlungskommission.

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
 Das **Verbandsbureau** ist am Sonnabend, den  
 24. Dezember (Heiligabend) und am Sonnabend, den  
 31. Dezember (Silvester) nur bis 1 Uhr mittags  
 geöffnet.  
 Das Bureau ist geschlossen am:  
 Sonnabend, den 24. Dezember, nachmittags.  
 Montag, den 26. Dezember, den ganzen Tag.  
 Dienstag, den 27. Dezember, den ganzen Tag.  
 Sonnabend, den 31. Dezember, nachmittags.  
 Arbeitslose Mitglieder, deren Unterstützung am  
 Sonnabend, den 24., Montag, den 26., und Dienstag,  
 den 27. Dezember, fällig ist, geben Freitag, den  
 27. Dezember, Bücher und Arbeitslosenkarten im Arbeits-  
 nachweis ab und bekommen die Unterstützung am Sonnabend-  
 vormittag ausgezahlt.  
 Die **Arbeitsnachweise** sind am Montag, den  
 26., und Dienstag, den 27. Dezember, geschlossen.  
 Die **Einkassierung der Beiträge** in  
 den Zahlstellen erfolgt am 24. und 25. Dezember  
 von 5 bis 7 Uhr abends.  
 Die Ortsverwaltung.

**Vorwärts-Leser**  
**5% Extra-Rabatt**  
 auf die bekannt billigen Preise  
 selbst bei Gelegenheitskäufen.

**Teppich-Thomas**

**Ältestes und vertrauenswürdigstes**  
**Spezialhaus**  
**Teppiche** | **Vorleger**  
**Gardinen** | **Portieren**  
**Steppdecken** | **Schlafdecken**  
**Reisedecken** | **Felle**  
**Tischdecken** | **Divandeen**  
 I. Geschäft: Oranienstraße 160 am Moritzplatz.  
 II. Geschäft: Rosenthaler Str. 54 Springbrunnenhaus.

**Das Modell**  
 einer Cigarette, wie sie sein soll,  
 ist Salem Aleikum, das beweisen  
 die vielen tausenden Nachahmungen.  
 Nur echt mit Firma auf jeder Cigarette:  
 Orient. Tabak- und Cigaretten-  
 Fabrik „Venidze“  
 Inh.: Hugo Zitz, Dresden.  
 No. 3/4 4 5 6 8 10  
 Preis 3/4 4 5 6 8 10 Pfg. d. St.





Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Villetts zur Urania-Vorstellung am Montag, den 26. Dezember (zweiter Weihnachtstagsfeier) sind noch zu haben im Wahlvereinsbureau, Neue Poststr. 23.

Die nichtverkauften Villetts zu den Unterhaltungsabenden am Sonntag, den 25. Dezember (erster Weihnachtstagsfeier), sind bis Freitag, den 23. Dezember zurück zu liefern. Von da ab sind Villetts nur zu haben für den Berliner Prater bei Mars, Lyghener Str. 123, Dobroslaw, Schliemannstr. 39, Hönisch, Blichertstr. 3; für Volkshändlers Etablissement bei Hoffmann, Ewinemilinder Str. 47, Vahr, Vahstr. 44, v. Knappe, Grünthalstr. 6; für die Pharusfälle bei Rich, Fehmarstraße 8, Glawe, Liebenwalder Str. 44, Melzer, Wiesenstr. 29, Dose, Müllerstr. 38; für Roabiter Gesellschaftshaus bei Richter, Bielestr. 23, und Fröhlich, Wittstocker Str. 23.

Friedenau. Am 1. Weihnachtstagsfeier, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im Lokale „Rheinisch“, Rheinstr. 60, eine Weihnachtstagsfeier bestehend aus Konzert, literarischen Vorträgen und Aufführungen der Freien Turnerschaft Friedenau. Um 7 Uhr: Besichtigung für Kinder. Billetts a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Franz-Vuchholz. Am Sonntag, den 25. Dezember (1. Feiertag), abends 7 Uhr, bei Käthe, Berliner Str. 39, humoristischer Lichtbildervortrag: „Die fromme Helene.“ Anschließend gemütliches Beisammensein. Programme a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsgeschenke.

Das Weihnachtsgeschenk ist aus der Gefühlswelt längst eine Robefache geworden, bei der der ursprüngliche Sinn, die Beziehung auf den uns von der allzeit schlaun Kirche aufgenötigten Christusglauben, fast völlig im Hintergrunde verschwindet. Wohl beschenkt man noch die Kinderwelt, um in Kinderherzen, die von unserer Zeitfrömmung noch nicht angekränkt sind, ehrliche Freude zu erzeugen, daneben vielleicht auch den eigenen lieben Egoismus ein wenig zu kühlen. Was sich gegenseitig die Großen schenken und wie sie es sich schenken, ist heute mehr denn je zur Gesühlsheute geworden, zum Austausch familiärer und geschäftlicher Verbindlichkeiten mit dem deutlichen Text: ich schenke, um wieder beschenkt zu werden.

So hat die weihnachtliche Geschenkliste in den letzten Jahrzehnten geradezu ungeheuerliche Dimensionen angenommen. Sie ist, was nach mehreren Richtungen hin sein Ursprüngliches hat, zum Wettbewerbs der Kräfte geworden und aus dem schlammigen Fahrwasser der Kirche in das freie industrielle Gebiet hinübergeleitet. Millionen leben jahraus jahrein von der Weihnachtindustrie oder werden doch von ihr im Erwerb nicht gering beeinflusst. Nicht der Kirche danken wir das, der von der biederfrommen Jesumär ein Stück nach dem anderen zerstückelt wird, sondern dem Schaffensdrang der von dem unerträglichen Kirchenjoch sich freimachenden Menschheit. Der Fortschritt, der in dieser Weiseitreibung der Kirche liegt, darf uns indes über die gesteigerten Geschenksummen nicht hinwegsehen lassen. Die Hand des armen, genügsamen Kindes ist ja immer noch leicht genug zu füllen. Ein Hampelmann, ein Bilderbuch, ein mechanisches Großenspielzeug weckt die meiste, natürlichste Freude, hält sie wochenlang wach. Da oben aber auf der moralisch verpumpten Höhe des Lebens, wo die Glückseligen fast schon in der Wiege gedrückt werden, die Armut als etwas Berücksichtiges zu betrachten, kann die echte, rechte Kindesfreude kaum mehr gedeihen. Der verzogene Bengel aus Berlin WW. zieht ein schiefes Maul, weil die ihm für einen Bläuling aufgebaute Flugmaschine eine schon wieder veraltete Konstruktion zeigt, und Fifi, der unausstehliche Typus des Kurfürstendammbachfisch, ist empört, daß man aus Sittlichkeitsgründen — lächerlich! — den brennend gewünschten neuesten Schmuckroman nicht unter dem Weihnachtsbaum gelegt hat. Was soll Fifi denn mit dem elektrisch erleuchteten Puppenhaus, das bare dreihundert Meter gelostet hat? Einfach Quatsch! Sie ist zwölf Jahre alt und doch kein Baby mehr, das mit Puppen spielt. Und mit fünfzehn Jahren wird sie moralisch abgeprügelt sein.

Kann denn das Kindesleben sich anders gestalten, wo es im Sumpfe gleichgearteter Erwachsener wuchert? Man redet immer den alten Blödsinn von der Begehrlichkeit der Armut und vergißt, daß nichts Begehrlicher ist als die Garbe des Reichtums. Wer um die jetzige Zeit die großartigen Weihnachtsauslagen der Weltstadtdelikatessen betrachtet, fragt sich oft verwundert, ob es denn Menschen gibt, die wirklich solchen Luxus kaufen. Janschl, er wird gekauft, wird massenhaft gekauft von denen, die das Geld auf Kosten der Darbenden spielend leicht verdienen und es deshalb nicht achten. Doch nicht ohne Berechnung wird der Luxus gekauft. Bei dem einen ist's Progentum, das sich im Danke des Beschenkten sonnen will, beim andern jene Leidenschaft, die für Geld und Gut rohes Menschenfleisch einhandelt, und der dritte opfert für ein Geschenk Tausende, um auf diesem Umwege ein Geschäft zu machen, das das Zehnfache wieder einbringt. Weihnachtshetzelei, wohin man da oben sieht und — spuckt. Selbst noch in den Kreisen, die mit den blauen und braunen Lippen nicht so um sich werfen können, ist das Beschenktwerden zu Weihnachten in eine schließliche zweifelhafte Geschenkrevanche mit immer höheren gegenseitigen Anforderungen ausgeartet. Was nützt es, daß man sich zuschmückt, nun endlich mit der Schenkerlei aufzuhören. Im nächsten Jahre steht man wieder unter dem strahlenden Lichterbaum, singt mit verschwommenen Augen sentimentale Weihnachtlieder und schenkt doch wieder von neuem.

Die Bücheranstellung im Ködliner Hof ist gestern abend geschlossen worden. Wer seine Weihnachtbücher noch nicht eingekauft hat, kann dieselben von der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 60, beziehen.

Uebergangsfahrweise.

Die Direktion der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen hat bei der Verkehrsdeputation angeregt, daß ebenso wie bisher schon für den Uebergang von der Hoch- und Untergrundbahn auf die städtische Straßenbahn Warschauer Brücke, Penzance-Büchhof und umgekehrt, auch für den Uebergang von der Schöneberger Untergrundbahn auf die Hoch- und Untergrundbahn und weiter die städtische Straßenbahn Uebergangsfahrweise ausgegeben werden. Die Verkehrsdeputation hat sich damit einverstanden erklärt.

Zurückstellung vom Militärdienst.

Die verstärkten Erlasskommissionen werden zur Entscheidung über Gesuche um zeitweise Zurückstellung bei notwendigen Verstärkungen oder Mobilmachungen beginnend bei Bildung von Ersatztruppenteilen Mitte April 1911 ihre nächste Sitzung halten.

Dieserigen in Berlin wohnenden Mannschaften der Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marineeratzreserve, welche auf Zurückstellung Anspruch machen, werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer Militärverhältnisse und der Nummern, unter denen sie in den Listen der königlichen Bezirkskommandos I-IV Berlin geführt werden, im Laufe des Monats Januar 1911 beim Militärbureau des hiesigen Magistrats einzubringen.

Ebenso werden die auf Zurückstellung Anspruch machenden und sich hier aufhaltenden ausgebildeten Landsturmpflichtigen des II. Aufgebots aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer bisherigen Militärverhältnisse in der angegebenen Zeit bei dem bezeichneten Bureau einzubringen.

Die bereits früher berücksichtigten Mannschaften haben ihre Anträge auf weitere Zurückstellung im Bedarfsfalle zu erneuern; die nach dem 31. Januar 1911 eingehenden Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Veteranenlos. Mit den Kriegsdenkmalen auf der Brust in den Tod gegangen ist der 69 Jahre alte Rentenempfänger Gohlke aus der Siemenstraße 16. Er wurde in der Jungfernhöhe, aus einer Schußwunde blutend, aufgefunden und nach dem Birkow-Krankenhaus gebracht, wo er am Tage nach der Einlieferung starb. Gohlke bezog eine kleine Unfallrente und hatte wieder einmal die Aufforderung bekommen, sich vom Arzt untersuchen zu lassen. Er befürchtete wohl, daß ihm die ohnehin kärgliche Rente noch mehr gekürzt würde und wurde schwermütig. In diesem Zustande griff der alte Mann, der die Feldzüge 1870/71 mitgemacht hatte, zum Revolver.

Aus dem Juge geflücht. Der in Berlin wohnende Inhaber der Gold- und Politurefabrik F. Waale aus dem Dom in Brandenburg, Herr Emil Waale, kehrte von einem Besuche seiner Fabrik nach Berlin zurück. In der Nähe der Station Wildpark stürzte er aus dem fahrenden Juge und wurde von einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Güterzuge überfahren, der ihm den Kopf vom Rumpfe trennte. Die Leiche wurde später am Bahndamm liegend aufgefunden. Es wird angenommen, daß der Verunglückte das Klosett aufsuchen wollte, dabei versehentlich die Waagentür öffnete und hinausstürzte. Die amtliche Untersuchung hat, dem Brandenb. Anz. zufolge, bisher folgendes ergeben: Herr Waale ist noch mit einem anderen Herrn, einem Eisenbahnassistenten, zusammen im Abteil gewesen. Untenwegs erwiderte dieser durch ein Klagegefühl und sah, daß die Tür geöffnet, Herr Waale aber nicht mehr im Abteil war. In Berlin machte der Assistent dann Meldung davon, und bei den sofort unternommenen Nachforschungen wurde Waale dann bei Wildpark als Leiche gefunden.

Ein falkischer Revisor trieb seit September dieses Jahres in mehreren Stadtvierteln sein Unwesen, bis er jetzt als ein fröhlicher Elektrotechniker und Monteur Walter Dürre entlarvt und festgenommen wurde. Dürre arbeitete früher bei verschiedenen hiesigen Firmen und hatte dabei Gelegenheit, in viele Häuser und Wohnungen zu kommen. Seit September benutzte er nun seine Kenntnisse, überall zu stehlen. Er legte sich ein Revisionsbuch an, ging dann mit einer Altkleide, die er als Arbeitewerkzeug einlegte, unter dem Arm zu den bezeichneten Wohnungsinhabern und stellte sich als „Revisor der A. E. G.“ vor, der beauftragt sei, die Hausleitung nachzusehen. Meistens hatte er etwas auszufragen und auszubessern. Sobald man ihn dann nicht beobachtete, benutzte er die Gelegenheit, alle Wertgegenstände, die ihm zur Hand lagen, einzuflicken und damit zu verschwinden. Die Diebstähle häuften sich bald, aber trotz eifriger Fahndungen wollte es nicht gelingen, den Täter zu fassen. Durch Umfragen gelang es endlich, eine genaue Personenbeschreibung zu bekommen, und dann auch zu ermitteln, wo der so beschriebene Mann gearbeitet hatte. Besonders erkannte man ihn daran, daß er eine Operationsnarbe an einem Ohr hatte und stets einen gelben Summantel trug. Gestern trafen Kriminalbeamte den falkischen Revisor in einer Gastwirtschaft, wo er gerade beim Frühstück saß, und nahmen ihn fest. Der Verhaftete bestritt erst, wurde aber durch sein eigenes Revisionsbuch überführt. In diesem hatte er sich nämlich überall bescheinigen lassen, daß er dagewesen sei. Diese Maßregel, durch die er die Leute sichergestellt hatte, verriet ihn jetzt. Als man ihm das Buch und die Eintragungen vorhielt, legte er ein Geständnis ab. Er gibt zu, besonders im Hofviertel bis nach Charlottenburg hin täglich Diebstähle ausgeführt zu haben, weß aber selbst nicht mehr, was alles und wieviel er gestohlen hat.

Die Erkrankungen infolge Gerauchens von Margarine sind nach einer von dieser Tage veröffentlichten Bekanntmachung des Polizeipräsidenten auf die Margarinemarken „Frischer Mohr und Luisa“ zurückzuführen. Die Firma Mohr u. Co. erklärt diese Mitteilung des Polizeipräsidenten nach der von ihr getroffenen Feststellung für unwahr.

Bergweisung über ein unheilbares Leiden hat den 64 Jahre alten Pflanzengärtner Daniel Schaller aus der Schmidtstraße 11 in den Tod getrieben. Der Mann litt seit zwei Jahren an Asthma, war seit dreiviertel Jahr arbeitsunfähig und hatte jetzt unter dem Einfluß der Witterung starke Schmerzen. Gestern morgen hörte ihn seine Frau, die im Nebenzimmer schlief, schwer rädeln und fand ihn in seinem Bule schwimmend. Der Unglückliche hatte sich mit einem Messer in den Hals durchgeschnitten. Einer Nachbarin schlug er das Tuch, das sie ihm um den Hals legen wollte, um das Blut zu stillen, aus der Hand. Bald darauf starb er unter den Händen eines Arztes.

Aus der Spree gelandet wurde gestern vormittag vor dem Hause Schiffbauerdamm 15 die Leiche eines Mannes, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Ertrunkene mochte etwa 30 bis 40 Jahre alt gewesen sein und trug Arbeiterkleidung und schwarze Lederschuhe. Spuren äußerer Verletzungen wurden an der Leiche nicht gefunden. Der Unbekannte ist wahrscheinlich jener Mann, der am vergangenen Mittwoch vor dem Rebengrundhügel Nr. 14 in das Wasser sprang und ertrank, obwohl einige Schiffer gleich beschudeten, ihn zu retten. Den Rettern blieb nur die dunkelgraue Lederpelzjacke des Ertrinkenden in den Händen.

Eine Tischlerei in Flammen. Gestern früh gegen 2 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Warschauer Straße 78 gerufen, wo eine Tischlerei in Flammen stand. Es brannten Holzbocksteine, Späne, die Tischschränke, der Fußboden des Erdgeschosses und der Fußboden im ersten Stock. Um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern, griff die Wehre sofort mit zwei Schlauchleitungen ein. Nach einstündiger Löschfähigkeit war jede Gefahr beseitigt. Ein zweiter größerer Brand beschäftigte die Wehre in der Wälschenstraße 72. Hier hatten Räuber in einem Schuppen Feuer gefangen. Bei Anbruch der Dämmerung brannte auch schon das Dach des Schuppens und die Schaldecke und die Balkenlage eines einschiffigen Gebäudes. Die Abkämpfung der Flammen nahm lange Zeit in Anspruch. In der Schicklerstraße 6 hatte sich Leptentia, Spiritus und Salpetersäure entzündet.

Vorort-Nachrichten.

Die Arbeitslosenversicherung in Schöneberg.

Die am Montag stattgefundene Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich nochmals mit der bereits vor 14 Tagen beratenen

Arbeitslosen-Versicherungsvorlage. Der zur nochmaligen Durchberatung der Vorlage eingesetzte Ausschuss erstattete zunächst Bericht und teilte mit, daß zum Teil wesentliche Veränderungen und Verbesserungen aufgenommen worden sind. Der Vorschlag über die Stanzengelt lautet nun: „Auf die einjährige Frist ist diejenige Zeit anzurechnen, die unmittelbar vorher in einer anderen Gemeinde Groß-Berlins ohne Unterbrechung zugebracht worden ist, falls diese Gemeinde in gleichartiger Weise Beihilfe zur Arbeitslosenversicherung gewährt und auch in gleicher Weise die Wohnzeit in anderen Gemeinden anrechnet.“ Im § 3 wird gestrichen: „Sobald sich ergibt, daß der festgesetzte Betrag nicht ausreichen wird, tritt eine verhältnismäßige Kürzung des Zuschusses ein.“ Der erste Absatz im § 4 wird geändert: „Der Zuschuß wird nur gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit unverschuldet entstanden ist. Er wird nicht gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit durch Ausstände, Aussperrungen oder deren Folgen verursacht ist usw.“ Ebenfalls heißt es im § 5 statt „passende Arbeit“ nunmehr: „Arbeit, die dieser für passend anerkennt.“ Absatz 2 und 3 werden gestrichen und durch den Wortlaut ersetzt: „Eine Verpflichtung zur Annahme nachgewiesener Arbeit besteht nicht, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist.“ Ebenso heißt es im § 6, der von der Durchführung der Gewerkschaften spricht: „Die Einsicht in ihre Durchführung soweit zu gestalten, als es notwendig ist, um zu ermitteln, ob die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten sind.“ Im § 8 wird verlangt, daß der Arbeitslose sich täglich auf dem städtischen Arbeitsnachweis mindestens einmal vorzustellen hat. Ferner wurde angenommen: „1. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage darüber, wie denjenigen Arbeitslosen, auf die die Ordnung der Stadtgemeinde Schöneberg über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht Anwendung findet, eine Unterstützung gewährt werden kann. 2. Der Magistrat wird ersucht, zu den Sitzungen der Deputation für Kostbararbeiten und Arbeitslosenversicherung je einen Vertreter der Arbeiter im Kuratorium der Berliner Arbeitsnachweises, der Berliner Gewerkschaftskommission und des Gewerksvereins als Sachverständige mit beratender Stimme hinzuzuziehen.“

Genosse Bernstein sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Liberalen sich ebenfalls auf den Standpunkt der Magistratsvorlage gestellt haben. Daß die Versicherung nicht allgemein befreit, sei verständlich, da nur ein Ort in Frage komme, aber es müsse dafür gesorgt werden, daß die Versicherung auch in den anderen Gemeinden eingeführt werde, sonst sei es nur Stückarbeit. Die Unterstützung an die Sparrer bringe große Bedenken mit sich. Die Vereinigung in Beruf sei eine Notwendigkeit für die Arbeiter geworden. Freige es sich doch, daß überall da, wo Gewerkschaften bestehen, Streiks in besserer Ordnung geführt werden und die sogenannten wilden Streiks völlig beseitigt sind. Die Unterstützung an die Sparrer müsse beseitigt werden, damit dieselben sich ebenfalls organisieren. Es wird daher beantragt, im § 10 zu setzen hinter „Können“: „sofern für ihren Beruf keine Berufsvereinigung besteht, die Arbeitslosenunterstützung zahlt.“

Die Mehrheit der Versammlung sowie die Magistratsvertreter konnten sich mit diesem Vorschlag nicht befreunden; sie empfahlen diesen Antrag sowie eine Petition an das Reich, in der um die Genehmigung zum Erlass eines Ortsstatuts zwecks Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung für das Baugewerbe in Schöneberg ersucht wird. Eine Anregung des Genossen Kollensburger, auch die weiblichen Arbeiterinnen in die Unterstützung einzubeziehen, wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Nunmehr wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Die Ordnung tritt sofort in Kraft. Somit ist Schöneberg die erste Gemeinde in Groß-Berlin, die in Anlehnung an das Center und Straßburger System eine Arbeitslosenversicherung eingeführt hat.

Infolge der Nichtbestätigung des Grafen von Ratuschka in die Stadtschuldeputation hatten die Liberalen folgenden Antrag eingebracht:

Der Magistrat wird ersucht, in einer Petition an beide Häuser des Landtags die gesetzliche Normierung des Selbstverwaltungsrechts zu fordern, mit der Maßgabe, daß die Bestätigung nur aus geschlechtlich bestimmten Gründen und unter Angabe der Gründe verweigert werden darf, und daß die Verlegung der Bestätigung im Verwaltungsstreitverfahren auf ihre Berechtigung nachgeprüft werden kann.

Stadtv. Starke (lib.) begründete eingehend den Antrag. Durch die Wiederwahl Ratuschkas müsse der Regierung gezeigt werden, wie die Vertreter über die Selbstverwaltung denken.

Die sozialdemokratische Fraktion unterbreitet der Versammlung folgenden Antrag:

Der Magistrat wird ersucht, in einer Petition an beide Häuser des Landtags die gesetzliche Sicherstellung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden in der Wahl ihrer Beamten und der Zusammensetzung ihrer Ausschüsse, Deputationen und Kommissionen zu fordern, mit der Maßgabe, daß den staatlichen Aufsichtsbehörden ein Einspruchsrecht nur in Bezug auf die Wahl von Personen zusteht, denen nach ihrer Meinung die allgemeinen bürgerlichen Bedingungen selbständiger Verfügung abgehen, und daß diese Einwände im Verwaltungsstreitverfahren geltend zu machen sind.

Genosse Bernstein hält es für erfreulich, daß Ratuschka nicht bestatigt ist, da die Liberalen sich sonst nicht soweit aufgegriffen hätten, einen derartigen Antrag einzubringen. Das Bestätigungsrecht sei weiter nichts als ein Ausnahmegesetz, gerichtet gegen einzelne Personen und Parteien. Dieses Gesetz sei nur zur Unterdrückung der Willens- und Bewegungsfreiheit vorhanden. Die Regierung habe nicht zu bestatigen, sondern höchstens Einspruch zu erheben mit Angabe der Gründe. Der sozialdemokratische Antrag sei weitgehender und konsequenter, weshalb denselben zugestimmt werden sollte. Die bürgerlichen Vertreter besähen jedoch nicht den Mut, für diesen Antrag zu stimmen; derselbe wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der liberale Antrag gelangte alsdann einstimmig zur Annahme.

Genosse Baumig empfahl hierauf eine Nachbewilligung von 41000 M., die die Armenverwaltung an das Krankenhaus für höhere Verpflegungssätze zu zahlen habe. Die Summe wurde bewilligt.

Aus Anlaß der Neuvermessungsarbeiten im Südgelände rügte Genosse Küter das langsame Arbeiten des Magistrats, der es zu verzögern scheine, damit das Gelände nicht rechtzeitig erschlossen werden könne. Den vorgebrachten Beschwerden soll abgeholfen werden. Aus den weiteren Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die Liberalen beantragt hatten, die Verfügung, die das Bohnen der Schöneberger städtischen Beamten und Lehrer, soweit es Friedenau betraf, wieder aufzuheben. Gottschalk (lib.) betonte, daß, seitdem Friedenau ein neues Oberhaupt habe, die Eingemeindungsfrage in weite Ferne gerückt sei. Bürgermeister Wanken-

kein meinte, es liege keine besondere Veranlassung vor, der Gemeinde Friedenau eine Ausnahmestellung zu gewähren. Auch würde jeder Antrag eines Beamten sorgfältig geprüft, bevor die Genehmigung erteilt wird. Jedenfalls sei der Magistrat nicht abgeneigt, eine Regelung mit den Gemeinden Groß-Becklin herbeizuführen.

Rundmehr folgte der Bericht über Anstellung von zwei Schulärzten im Hauptamt. Einstimmig wurde beschlossen: Zum 1. April 1911 werden an Stelle der jetzt nebenamtlich beschäftigten sieben Schulärzte zwei Schulärzte im Hauptamt als höhere Beamte, denen die Ausübung der Privatpraxis nicht gestattet ist, auf sechs Jahre mit einem Gehalt von 6000 M. angestellt. Den gegenwärtigen Schulärzten und Assistenten der Tuberkulose- und Säuglingsfürsorge ist zu kündigen. Die Stellen sind öffentlich auszuschreiben.

Da der Provinzialschulrat die Ortszulagen für Rektoren, Lehrer, wissenschaftliche und technische Lehrerinnen in der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Höhe genehmigt hat, kommt der Betrag, der sich auf 59 175 M. beläuft, schon jetzt zur Auszahlung. Ausgenommen sind die Rektoren und Zeichenlehrerinnen, über deren Amtszulage noch nichts bekannt ist. — Bei der Position „Steuerrückzahlungen“ wünschte Jachow (Lib. Vereinig.), daß die Beträge für die Hundesteuer erhöht werden mögen. Dieser Antrag wurde dem Staatsauschuss überwiesen. — Genehmigt wurden 600 M. für die innere Einrichtung eines Unterrichtsraumes für die Arbeiter der Straßenreinigung im neuen Pumpwerk. Die Vorlage: Errichtung von Lehrstellen an den höheren Lehranstalten, wurde einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Küter und Wolfenbuhr angehören. — Beschlossen wurde, daß von den drei Bürgerdeputierten für das höhere Schulwesen einer ein Direktor sein muß, für die anderen beiden Stellen besteht eine Einschränkung nicht. — Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Am ersten Feiertag veranstaltete der Schöneberger Männerchor (M. d. A. S. V.) in den Neuen Rathausgassen, Weiningerstr. 8, ein Konzert nebst Vortrag und Theater-Aufführungen. Dilletos zum Preise von 30 Pf. sind bei den Mitgliedern sowie an der Kasse zu haben. Anfang abends 8 Uhr.

Am zweiten Feiertag findet der zweite Volks-Unterhaltungabend in der Aula der Hohenzollern-Schule, Belgier- u. Ede Eisenacher Straße statt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Herr Kommerzienrat Fr. Epenhahn (Cello), Herr Rudolf Christians (Deklamation), Konzertfängerin Fr. Charlotte Wolter und Herr Kämpf (Horn). Anfang abends 8 Uhr. Eintrittskarten a 30 Pf. sind in der Expedition Martin-Luther-Str. 51 zu haben.

Am dritten Feiertag, abends 7 Uhr, in den Neuen Rathausgassen: Theateraufführung „Der Aberglaube“, dargestellt von Kindern. Eintritt 30 Pf. Dilletos sind in der Expedition und bei den Bezirksführern zu haben.

### Wilmersdorf-Galensee.

#### Terrorismus und Sozialistenjucht.

Der Klerger über die Wahl zweier Sozialdemokraten im Wilmersdorfer Stadtparlament hat die Reaktionen anscheinend verleitet, es einmal mit dem Sprechendregiment zu versuchen. In ihrer hauptsächlichsten Organisation, dem Bezirksverein Alter Ort, sind nämlich dem „Wilm. Tagesblatt“ zufolge diejenigen Geschäftsleute der Reihe nach mit Namen und Adresse verlesen worden, die bei den Stadtverordnetenwahlen sozialdemokratisch gestimmt haben. Zu welchem Zweck dies geschieht, leuchtet ein. Bis vor wenigen Jahren terrorisierten die bürgerlichen Vereine die Saalbesitzer am Ort, damit sie der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ihre Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stellen; nachdem dies nicht mehr geht, scheint man sich andere Objekte als Opfer erforen zu haben. Und das erklärt sich, über sozialdemokratischen Terror zu schelten!

Aber noch andere Maßnahmen hat die Wahl der beiden Sozialdemokraten im Gefolge gehabt. Alles, was treu zur Reaktion hält, hat sich nämlich jetzt zu einer besonderen Stadtverordnetenfraktion, der „Freien bürgerlichen Vereinigung“ zusammengesetzt. Von den 48 Mitgliedern, die die Stadtverordnetenversammlung zählt, haben sich etliche dreißig der Fraktion angeschlossen, so daß in ihr die kompakteste Mehrheit beizammen ist. Und daß die Herren nicht über Lust haben, so rücksichtslos wie möglich von dieser Mehrheit Gebrauch zu machen, zeigt eine recht unvorsichtige Zuschrift, die der stellvertretende Stadtverordnetensprecher Dr. Heinig, der Direktor des „Wilmersdorfer Zeitung“ gefandt hat. Es ist darin die Rede davon, daß man „unfruchtbarere Erörterungen nicht städtischer Angelegenheiten“ und überhaupt alle Politik aus den Erörterungen der Stadtverordnetenversammlung unbedingt ausschalten und daß man ferner alle die Anschauungen auf kommunalem Gebiete aufrecht erhalten wolle, deren bewährte Verfolgung im letzten Jahrzehnt den Aufschwung der Gemeinde herbeigeführt habe. In den „unpolitischen“ genannten Bezirksvereinen, deren einer soeben die Mode für sozialdemokratische Stimmabgabe proklamiert hat, erblickt die neue Fraktion noch Herrn Dr. Heinig aber gerade den Stützpunkt ihrer Bestrebungen.

Kun sind die Verdienste der Stadtverordnetenversammlung um den Aufschwung von Wilmersdorf nicht über Gebühr hoch anzuschlagen. Der starke Zuzug wohlhabender Personen ist Dank der Lage des Ortes eingetreten, und es hätte schon ganz beträchtliche Mühe gekostet, diesen Wüchszustand durch richtige Maßnahmen im Rathaus von sich abzuwenden.

Sieht man näher hin, so ergibt sich, daß der Zweck der Fraktionsbildung in der Fortsetzung der in Wilmersdorf bisher beliebten Feindschaft gegen sozialpolitische Maßnahmen und in der weiteren Niederhaltung der Arbeiterklasse, also in ganz außerordentlich politischen Maßnahmen besteht.

Der stellvertretende Stadtverordnetensprecher ist offenerzig genug, zu belennen, daß „gemäß der Geschäftsordnung“ Mittel zu der bisher genohnten Umwidlung der Gewächshäuser gefunden werden sollen und daß der Eintritt der Sozialdemokratie, der das sämestliche Zeugnis gegeben wird, zielbewußt und bestrebt ist zu sein, die Rückschrittler veranlaßt, es auf Gewalt ankommen zu lassen.

Die Sozialdemokratie wird vor diesem Kriegszustand nicht zurückweichen.

### Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst stand ein Antrag verschiedener Vereine zur Beratung, wonach die Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter von 18 auf die geschlecht zulässige Höchstzahl von 24 verlangt wird. Der Gemeindevorstand nahm den Antrag insofern auf, als er beantragte, die Erhöhung am 1. April 1912 eintreten zu lassen. Dagegen wandte sich ein Antrag unserer Genossen Richter, der die Erhöhung schon für April des nächsten Jahres vorschlug und außerdem die Anstellung eines besoldeten Schöffen verlangte. Begründend führte unser Genosse aus, daß der Gemeindevorstand nach dem Resultat der letzten Volkszählung unbedingt verpflichtet gewesen wäre, die sofortige Erhöhung zu beantragen. Im Jahre 1908 habe man die Zahl der Gemeindevertreter auf 18 festgesetzt; die Einwohnerzahl hat sich seitdem verdoppelt. Auch mache sich die Anstellung eines besoldeten Schöffen sofort notwendig, da die zurzeit stets wechselnden juristischen Hilfskräfte unmöglich so das Interesse der Gemeinde zu machen imstande sind, wie dies bei einem angestellten Schöffen der Fall sei. Bemerkenswert ist, daß von den bürgerlichen Herren, trotzdem verschiedene Mitglieder der unterzeichneten Vereine sind und sich in den Vereinsversammlungen auch für sofortige Erhöhung ausgesprochen haben, sich jetzt keiner zum Wort meldete. Küher unserem Genossen äußerte sich überhaupt niemand zu der Angelegenheit. Bei der Abstimmung gelangte denn auch der An-

trag des Gemeindevorstandes zur Annahme. Für den Antrag Richter stimmten außer unseren beiden Genossen die Bürgerlichen Schulz, Schögel und Uhlendorf. Die Desinfektion der Wohnungen soll vom 1. April 1911 an allgemein bei anstehenden Krankheiten usw. auf Kosten der Gemeinde ausgeführt werden. Zur Anlage von Rasenstreifen um die Kirche am Friedrich-Wilhelm-Platz wurden 980 M. verlangt mit der Begründung, daß die Kirche gegen Verunreinigung von außen geschützt werden müsse. Genosse Richter erklärte sich gegen die Bewilligung, da die Kirche, wie jeder Privatmann, die Kosten für Maßregeln zum Schutze seines Grundstücks selbst bezahlen könne. Den Unterhalt könne die Gemeinde, da es sich um einen Teil des Parkes handle, übernehmen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Der Magistrat der Stadt Schöneberg hat den Beamten und Lehrern der Stadt das Wohnen außerhalb Schönebergs untersagt und er hat auch dahingehend auf den Gemeindevorstand von Friedenau einzuwirken gesucht. Es wurde beschlossen, von einer bezartig rückständigen Maßnahme abzusehen. Die Arbeitszeit der Gemeindegärtner und Hilfsarbeiter beträgt 9 Stunden bei einem Stundenlohn von 40—50 Pf.; einige Gärtner werden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Kun hat der Gärtnereiausich insolge der kurzen Tage die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden täglich herabgesetzt und natürlich auch den Lohn entsprechend gesenkt, so daß die Arbeiter mit 18 bis 20 M. pro Woche nach Hause gehen müßten. Da bei der jetzigen Zusammensetzung der Gemeindevertretung an eine Herabsetzung der Arbeitszeit bei Fortzahlung des alten Lohnes als Wochenlohn doch nicht gedacht werden kann, befürworteten unsere Genossen den Antrag des Gemeindevorstandes, welcher verlangt, daß die Arbeiter auch im Winter voll beschäftigt werden. Eine längere Diskussion entspann sich über die Anlage und Inbetriebnahme des neuen Gemeindefriedhofes in Gütergäß. Die Angelegenheit wurde schließlich noch auf ein Jahr vertagt. Ein Antrag der Freien Turnerschaft Friedenau auf Ueberlassung einer Turnhalle an zwei Abenden der Woche, wurde vom Schulkuratorium abgelehnt.

### Stralaun.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich abermals mit der Festsetzung des Fremdenschulgelbes. Da in der Hauptsache Kinder in Frage kommen, deren Eltern (Tischehen) in der Zuteilung beschäftigt sind, hatte der Gemeindevorstand, einer Anregung der Vertretersitzung folgend, Verhandlungen mit der Leitung oben genannter Firma gepflogen, dahingehend, daß diese zu den Kosten beitrage. Die Firma hat sich dazu bereit erklärt. An Schulgeld sollen erhoben werden: für nichteinheimische Kinder 5,00 M., für Schifferkinder 4,00 M. pro Monat. Für letztere ist, sofern die Kinder nur einige Wochen die Schule besuchen, wöchentlich 1,00 M. zu zahlen. Unser Vertreter betonte, daß der Satz von 5,00 M. zu hoch sei; es kamme darauf an, wie ein derartiger Beschluß in der Praxis wirke; Arbeiter mit 18 bis 20 M. Wochenverdienst seien eben nicht in der Lage, das Schulgeld zu zahlen. Die Folge würde die Verdrängung der fremden Arbeiter aus dem Orte sein. Weiter forderte der Redner, das Schulgeld nur bis zu dem Zeitpunkt zu erheben, wo die in Frage kommenden Eltern rechtmäßig zur Steuer veranlagt und herangezogen werden. Beschlossen wurde mit 9 gegen 1 Stimme, die vom Gemeindevorstand vorgeschlagenen Sätze fortlaufend zu erheben. Allem Anschein nach rechnen Gemeindevorstand und bürgerliche Vertreter so, daß infolge dieses Beschlusses die Arbeiter den Ort verlassen und dadurch die Errichtung der geplanten Sonderklasse für fremdsprachige Kinder überflüssig werde; machte doch der Vorschlag die überzähligen Mütter, der jetzige Zustand (gemeinschaftlicher Unterricht) solle einwirken bestehen bleiben. Hiergegen wandte sich unser Vertreter ganz entschieden. Er forderte die Errichtung der Sonderklasse. Damit soll jedoch so lange gewartet werden, bis der Schulvorstand einen solchen Antrag stellt. Ferner wurde, einem früheren Antrage unseres Vertreters gemäß, beschlossen, auf dem Wiesengrundstück an der Rohfeldstraße einen öffentlichen Spielplatz zu errichten.

### Alt-Glienike.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde nach einem eingehenden Referate der Herren Rektoren Scherz und Wolke über die zu hohe Frequenz in den einzelnen Klassen, die Anstellung einer neuen Lehrkraft vom 1. April 1911 beschlossen. Ferner beschloß die Vertretung, die Umfahrsteuer belusthalten sowie die Einführung einer Wertwachsteuer nach dem Vorschlag von Treptow. Der Einspruch des Landwirtschaftlichen Vereins wegen Nichtbenutzung der Sand- und Lehmgärten wurde abgelehnt. Der Vergabe einer Weigenachtsunterkunft für Ortsarme in Höhe von 20 M. wurde zugestimmt. Unter Verschiedenem gab der Vorschlag bekannt, daß die Wochentarten der elektrischen Bahn jetzt jeden Wochentag entnommen werden können. Zum Schluß beleuchtete Genosse Rige noch die Zustände in der hiesigen freiwilligen Feuerwehr.

### Weihensee.

Zu härmlichen Auseinandersetzungen kam es am Montag in der Gemeindevertretung bei Besprechung über die Anschaffung einer Feldbahn für das Rieselgut Viehholz. Nachdem die Vertretung hierfür ca. 8000 M. bewilligt und zugleich beschlossen hatte, mehrere Firmen zur Abgabe von Offerten aufzufordern, glaubte man, daß die Sache erledigt sei. In der kleinen Pause vor Eintritt in die geheime Sitzung wurde jedoch bekannt, daß die soeben bewilligte Feldbahn bereits seit geraumer Zeit schon in Viehholz in Tätigkeit ist. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich, als sich die erst ausgesprochene Vermutung bestätigte. Herr Schöff Severin hatte also wiederum über die Köpfe der Rieselgut-Kommission als auch der Gemeindevertretung Gelder verwendet, die erst bewilligt werden mußten. Den gleichen Vorwurf mußte er sich in der vergangenen Sitzung gefallen lassen, bei der Bewilligung von Mitteln zum Bau eines Gewächshauses auf dem Friedhofe. Zu seiner Verteidigung führte er an, daß er das Interesse der Gemeinde wahrzunehmen glaube, wenn er die unbedingt notwendige Feldbahn angeschafft habe, da die Besponnung in Viehholz nicht ausreichte, um die erzeugten Produkte frostfrei unterzubringen. Damit gab sich aber die Gemeindevertretung nicht zufrieden; es wurde ein Antrag eingebracht, Herrn Severin sein Dezernat abzunehmen. In Abwesenheit des Schöffen wurde dann der Antrag mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen.

### Oranienburg.

Einen qualvollen Tod hat das dreijährige Töchterchen des Kaufmanns Signer aus der Waldstraße erlitten. Während der Abwesenheit der Mutter machte sich die Kleine über ein Gefäß mit kochendem Wasser her. Der Kessel entfällt dabei ihren Händen und die siedende Flüssigkeit ergoß sich über das Kind, so daß es schwere Brandwunden erlitt. Trotz sofortiger Anwendung von Gegenmitteln starb das Mädchen.

### Nowawes.

Die Schulgesundheitspflege ist in unserem Orte, wie aus dem Bericht der Schulärzte für das Verwaltungsjahr 1909/10 hervorgeht, noch recht mangelhaft. Die Tätigkeit der Schulärzte geht und Groß beschränkt sich auf die Befichtigung der neu aufgenommenen Kinder, Untersuchung der eingeschulten Kinder, Begutachtung und Beobachtung der Hilfspächler, Befichtigung der Schulräume, Begutachtung der Kinder, die ihnen von den Schulleitern zugesandt werden, und Besuch von Schulkindern, die verabschiedet sind, ohne Grund aus der Schule zu fehlen. Der Bericht des Herrn Dr. Hecht, dem die Gemeindegremien 1 und 2 unterstellt sind, befindet, daß bei der Schulmeldung von 116 Mädchen 6, von 103 Knaben 7 zurückgestellt werden mußten und ein Knabe der Hilfschule überwiesen wurde. Die Untersuchung der Kinder der 7. Klasse auf Seh- und Hörvermögen ergab bei verschiedenen Schülern und Schülerinnen wesentliche Herabsetzung derselben. (Stern 1910

mußte eine dritte Hilfspächlerklasse eingerichtet werden. Die Ursache der schwachen Begabung der in diese aufgenommenen Kinder waren in 4 Fällen schwere Augen- oder Ohrenleiden oder beides, in 2 Fällen Stottern, in 1 Fall schwere englische Krankheit, in 2 Fällen Geisteskrankheit bzw. Epilepsie der Mutter, in 1 Fall Trunksucht des Vaters, in 4 Fällen schwache Begabung. (Zweimal befanden sich bereits Geschwister in der Hilfschule.) — Herr Dr. Cohn, dem die Gemeindegremien 3 und 4 unterstellt sind, teilt mit, daß vom ihm bei 20 zur Schule angemeldeten Kindern 29 zurückgestellt wurden. Bei den neu aufgenommenen Kindern hat die Seh- und Hörprüfung günstige Resultate ergeben. Für die Hilfschule wurden 15 Kinder unterstellt, die sich sämtlich als bildungsunfähig erwiesen. Der Berichterstatter erklärt, daß die Ursachen der Kinderbegabung der Hilfspächler in vielen Fällen in erblicher Belastung durch psychopathische Eltern liegen; auch der Alkoholismus der Eltern bilde ein wichtiges Moment. Eine weitere Feststellung habe ergeben, daß von unseren Hilfspächlern der überwiegende Teil in der ersten Lebensperiode anstatt Muttermilch künstliche und ungewöhnliche Nahrung erhalten habe. Dies führe zur Rachitis, die mit der Entwidlung des Schwachsinnes vielfach im Zusammenhang stehe. Daß letzteres der Fall, gehe aus den häufigen rachitischen Skeletts- und Schädelveränderungen unserer Hilfspächler hervor; die letzte Ursache der geistigen Minderwertigkeit sei in dem Ritus zu finden, in dem der größte Teil der Kinder aufwächst. Herr Dr. Cohn betont, daß mit der Feststellung der Ursache des Schwachsinns und der Krankheiten dem Kinde nicht geholfen sei; es müsse auch ärztlich behandelt werden. Die Gleichgültigkeit der Eltern, die über Körperpflege und Krankheit nicht die geringsten Vorkenntnisse besäßen und teilweise trotz aller Mahnungen nicht die einfachsten Vorschriften über Sauberkeit befolgen, sei eine bedauerliche Notwendigkeit ferner Mahnungen zur Kräftigung der Körperbeschaffenheit, die Einrichtung von Schulsäubern für die Hilfspächler und die Entsendung der Lehrerinnen in Seebäder und ins Gebirge, zu welchem Zwecke die private und öffentliche Wohltätigkeit ihre Unterstützung leisten mögen. — Wenn wir auch in den Appell an die private Wohltätigkeit nicht einstimmig können, da diese neben anderen unersetzlichen Nebenerscheinungen eine unwürdige Abhängigkeit der Eltern und Kinder von den Wohlthätern im Gefolge hat, wollen wir doch anerkennen, daß der Bericht wertvolle Fingerzeige gibt, wo der Hebel anzusetzen ist, um die Schulgesundheitspflege weiter auszubauen und in vernunftgemäße Bahnen zu lenken. Die nächste Stadtratssitzung bietet eine geeignete Gelegenheit, diese Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen und Beschlüsse zu fassen, die den Forderungen der ärztlichen Wissenschaft gerecht werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Gemeindevertretung in weitgehendster Weise ihre Bereitwilligkeit hierzu zu erkennen gibt.

### Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Das öffentliche Anschlagswesen, das meistbietend ausgeschrieben werden soll, macht den Stadtvätern Kopfschmerzen. Der bisherige Inhaber des Anschlagswesens hat ein Vitzgesuch an den Magistrat und die Stadtverordneten eingereicht, ihm das Anschlagswesen weiter zu belassen. Es sei ihm nicht möglich, sich an der Ausschreibung zu beteiligen, da er sicher überboten würde; das Geschäft werfe jedoch eine hohe Pachtsumme nicht ab. Vom Magistrat wurde darauf hingewiesen, daß recht ansehnliche Angebote von außerhalb gemacht seien und die Stadt eine solche Einnahmequelle ohne Rücksicht auf irgendeine Person ausnutzen müsse. Schließlich wurde dieser Punkt in die geheime Sitzung verlegt. — Der Frauenverein hatte an den Magistrat eine Eingabe bei. Einführung eines Krankenhausbombenments zweiter Klasse für alleinlebende Damen gerichtet. Die Eingabe soll nach der Befehdung der Reichsversicherungsordnung eventuell berücksichtigt werden. — 1000 M. wurden zur Bewilligung der Allen und Neuen Luifenstraße mit Bäumen bewilligt. Ebenfalls zur Bewilligung mit Ebereschen werden 600 M. für die Eisbahnstraße bewilligt. Dieselbe Vorlage war im Vorjahre abgelehnt worden. — Eine Straße von der Allen Luifenstraße bis zur Hovel wollen die Herren Peters und Würl anlegen. Der Stadt erwachsen hierdurch auch bei der Uebernahme keinerlei Kosten. Die Vorlage fand Annahme. — Wie alljährlich soll auch im kommenden Jahre der Geburtstag des Kaisers in standesgemäßer Weise gefeiert werden, wofür die Steuerzahler 100 M. aufbringen müssen.

Bei einer Benzinexplosion im kaiserlichen Marfall hinter dem Neuen Palais wurden gestern nachmittag der russische Herrmann Woll und der Vorreiter Franz Witschoff erheblich verletzt. Woll und Witschoff waren in der Flugkammer des Marfallgebäudes mit dem Reinigen von Kleidungs- und Uniformstücken beschäftigt, als sich die ausströmenden Gase des zum Waschen benützten Benzins an dem Ofen, der nicht ganz dicht geschlossen gewesen sein soll, entzündeten. Die Explosion war von einem starken Knall begleitet. S. und D. erlitten Brandwunden im Gesicht, an den Händen und den Armen und wurden im Wagen nach dem St. Josephs-Krankenhaus transportiert.

Arbeiter-Wanderverein „Verlu“. Heute Mittwoch bei Böhlisch, Stallger Str. 22: Versammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

„Dokumente der Schande, Beweise für den Verrat der deutschen Arbeiterpartei. Zusammengefaßt von Dr. Julius Deutsch.“ Preis 12 Heller. Verlag: Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VII, Gumpendorfer Str. 18.

### Witterungsüberblick vom 20. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C		
Stottranda	768	SO	3	Regen	3	Caparanda	759	R	2	bedeckt	-1
Hamburg	763	W	7	bedeckt	6	Petersburg	755	SW	3	bedeckt	2
Berlin	758	W	5	bedeckt	6	Seitz	767	SW	5	bedeckt	10
Frankfurt	753	W	5	wolfig	8	Aberdeen	763	SW	3	bedeckt	6
München	769	SW	6	bedeckt	3	Oslo	772	SW	2	bedeckt	8
Wien	767	SW	4	Regen	2						

Wetterprognose für Mittwoch, den 21. Dezember 1910. Zunächst anhaltend, etwas kühler bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und leichte Regenfälle. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19.12.		am 18.12.		
	om	am <sup>1)</sup>	om	am <sup>1)</sup>	
Remel, Mühl	409 <sup>2)</sup>	-81	Saale, Broditz	156	+18
Trugel, Ansbach	130	-3	Saale, Spanbau <sup>3)</sup>	98	+9
Reichel, Thorn	180	-4	Saale, Rathenow <sup>4)</sup>	124	0
Ober, Rastorf	198	+8	Spree, Spremberg <sup>5)</sup>	118	0
Proffen	308	-5	Seezon	176	+3
Frankfurt	222	-3	Weser, Runden	15	-9
Wartze, Schimm	81	-1	Weser, Minden	64	+6
Landberg	59	+1	Rhein, Reginnlandan	514	+79
Rege, Bernau	30	0	Rub	270	+10
Elbe, Leimeritz	132	+7	Rub	375	+32
Dresden	23	+2	Redar, Heilsbrunn	187	-8
Darß	313	-5	Rain, Berchtesg	250	+15
Magdeburg	202	-4	Reich, Trier	323	+12

<sup>1)</sup> + bedeutet Ruß, - Fall. — <sup>2)</sup> Unterpegel. — <sup>3)</sup> Schloßtreppen.





Zur Lage der Kleinbauern und Landarbeiter.

II. Betriebsunfälle, Heilverfahren, Kinderausbeutung.

Eine Zunahme der Betriebsunfälle melden uns die Berichte „Bippen-Deimold“, „Brandenburg“, „Meiningen“, „Schaumburg-Lippe“, „Königreich Sachsen“; eine Abnahme: „Neuß j. L.“, „Hessen-Rassau“, „Hamburg“, „Schwaben-Neuburg“, „Boden“, „Königreich Sachsen“, „Weißtal“, „Niederbayern“, „Unter-Elfa“, „Mecklenburg-Schwerin“, „Mecklenburg-Strelitz“, „Schlesien“, „Sachsen“, „Pommern“, „Vorpommern“, „Gotha“, „Vojen“, „Gr. Hefen“, „Breslau“.

Die Übernahme des intensiven Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen liegt gleichmäßig im Interesse der Berufsgenossenschaft und der Versicherten und ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auch gegen etwaige Widerstände durchzuführen.

Trotzdem hat diese Berufsgenossenschaft nur in 93 Fällen das Heilverfahren übernommen und 6908 M. hierfür verausgabt. „Unterfranken“ berichtet: „Vor Ablauf der Wartezeit wurde gemäß § 76c des Krankenversicherungsgesetzes in keinem Falle (Vorjahr in 2 Fällen) das Heilverfahren übernommen.“

„Neuß jüngere Linie“ hat den Mut zu schreiben: „Von dem Rechte, das Heilverfahren während der Wartezeit nach § 76c des Krankenversicherungsgesetzes zu übernehmen, konnte nicht Gebrauch gemacht werden, da den Versicherten hinreichende Fürsorge zuteil wurde.“

„Boden“ habe bei 7021 gemeldeten Unfällen ganze 28 M. für diese Zwecke übrig; „Hamburg“ die stolze Summe von 40 M.; „Oberbayern“ habe auch nur in 5 Fällen das Heilverfahren übernommen und erklärt: „Der Erfolg war im allgemeinen ein guter!“

„In einem Falle wurde das Heilverfahren schon während der Wartezeit übernommen und ein günstiger Heilerfolg erzielt. Die hierauf erwachsenen Kosten betragen 42 M.“

„Unter großem Vorbehalt erwähnt der Bericht für „Niederbayern“, daß ganze 5 Fälle übernommen wurden und hierfür 602 Mark verausgabt worden seien.“

„Mecklenburg-Schwerin“ entschuldigt sich sogar noch bei seinen Ritzern, daß in 7 Fällen die Kosten des Heilverfahrens getragen wurden wie folgt:

„Aufwendungen auch für solche Fälle lassen sich nicht vermeiden, wenn man nicht, um der vorherigen Feststellung der Entschädigungspflichtigkeit des Unfalles willen, die bei der oft großen Schmerzhaftigkeit des Untersuchungsverfahrens sich meist in die Länge ziehen wird, den richtigen Zeitpunkt zum Eingreifen mit einem den Umständen besonders angemessenen Heilverfahren versäumen will.“

„Oldenburg“ war auch sehr sparsam und verausgabte hierfür 60,80 M., dagegen hatte wieder „Schaumburg-Lippe“ keinen Pfennig dafür übrig! „Sachsen“ geht etwas weiter und führt hierzu aus:

„Die Berufsgenossenschaft tritt innerhalb der ersten 13 Wochen nur ergänzend ein, indem sie die Kosten der Heilbehandlung für mittellose Betriebsunternehmer und Betriebsbeamte übernimmt und für landwirtschaftliche Arbeiter dann sorgt, wenn dieselben in auswärtige Krankenhäuser überführt werden müssen. In dieser Weise sind im Berichtsjahre Kosten der Heilbehandlung in 276 Fällen übernommen.“

Die Berufsgenossenschaft „Königreich Sachsen“ hatte bei 7180 Unfällen ganze 6 Fälle in Vorbehandlung übernommen und 668 M. hierfür verausgabt. Von den 4 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Württembergs haben 2 Berufsgenossenschaften, und zwar der „Jagstkreis“ und „Donaukreis“ keinen Pfennig für das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls verausgabt. Nur der „Redarkeis“ verausgabte hierfür die Summe von 1499 Mark, der „Schwarzwaldbreis“ 177 M.

Der Bericht für „Boden“ sagt: „In dieser Hinsicht ist zunächst aber nur wenig erreicht worden, da die Unfallanzeigen häufig zu spät eintreffen, d. h. erst 1, 2, 3 Wochen nach dem Unfall. Bei Augenverletzungen, die schon länger als 8 Tage alt sind, kann auch die beste spezialistische Behandlung einen sicheren Erfolg nicht mehr gewährleisten.“

„Knochenbrüche, die älter als 2-3 Wochen sind, können durch Krankenhausbehandlung in ihrer Heilung nicht mehr wesentlich beeinflusst werden. Hier ist dann nur noch durch eine energische mediko-mechanische Nachbehandlung fördernd einzuwirken. Aber

auch diese Behandlung darf nicht zu spät einsetzen, wenn sie erfolgreich und nicht zu langwierig sein soll.“

„Schwaben-Neuburg“ hatte ganze 5 Fälle in der Wartezeit übernommen. Im Bericht „Oberfranken“ finden wir noch folgende treffende Bemerkung:

„Sehr häufig bestand wieder Veranlassung, auf Grund der eingekommenen Unfallanzeigen dahin zu wirken, daß wegen Unfallverletzungen ein Arzt beigezogen werde. Durch Vernachlässigung des Heilverfahrens innerhalb der Wartezeit wird nicht nur die Berufsgenossenschaft geschädigt, welche gewöhnlich eine höhere Rente zu zahlen hat, sondern auch der Verletzte selbst. Die Unfallrente ist kein voller Ersatz für entgangene Arbeitsfähigkeit — beträgt doch die Vollrente nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Außerdem wird es dem durch Unfall geschädigten landwirtschaftlichen Arbeiter oft nicht leicht, die noch vorhandene Arbeitskraft zweckentsprechend auszunutzen. Es ist darum tief zu beklagen, wenn aus Gleichgültigkeit oder unangebrachter Sparsamkeit kein Arzt beigezogen sondern zugewartet wird, bis die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft beginnt und nicht mehr viel zu retten ist.“

„Wegen die Gewährung von Renten an Kinder spricht sich der Bericht für „Mecklenburg-Schwerin“ wie folgt aus:

„Es ist erwünscht, im Gesetz (bei § 1002 Ziffer 1 Reichsversicherungsordnung) auszusprechen, daß Kinder unter 7 Jahren überhaupt nicht als Arbeiter im Sinne der Unfallversicherung anzusehen sind. Erleidet Kinder, die das 7. Lebensjahr vollendet haben, einen Betriebsunfall, so ist dieser Entschädigungsanspruch nur dem Grunde nach festzustellen. Die Rentenzahlung muß jedoch bis zum vollendeten 14. Lebensjahr ausgesetzt bleiben. Erst alsdann ist nach dem Maße der von dem Unfall herrührenden Erwerbsfähigkeitsbeschränkung die Rente festzusetzen oder endgültig zu verweigern.“

„Es ist nicht zu erreichen, so ist wenigstens eine verschiedene Abstufung des Jahresarbeitsverdienstes und damit der Unfallrente für jugendliche Verletzte bis zum vollendeten 14. und bis zum vollendeten 16. Lebensjahre in das Gesetz aufzunehmen.“

„Doch damit nicht genug! Auch wünschen die braven Mecklenburger, daß ein Unfall, welcher durch bewußt verbotswidriges Handeln herbeigeführt worden sei, nicht entschädigt werden sollte! Dem bewußt verbotswidrigen Handeln soll es gleich stehen, wenn der Verletzte das Bestehen des Verbotens hätte kennen müssen.“

„Austlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft sehr ruhig, Preise unverändert. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fast unverändert. Butter: Zufuhr genügend, Geschäft etwas belebter, Preise anziehend. Käse: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas belebter, Preise wenig verändert. Eier: Zufuhr und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise fast unverändert.“

Weihnachts-Tage Billige Angebote für Fest-Geschenke!

- No. 1 Herren-Anzüge Cheviot m. farbigen Effekten, in grau, braun, oliv. . . . 27.-
No. 2 Herren-Anzüge Kammer und Cheviot, Ersatz für Maß . . . 50.-
No. 3 Herren-Ulster Massiv Cheviot m. angewebtem Futter, leucht. grau, l- u. l-reihig. Mk. 30.-
No. 4 Herren-Ulster Echt englisch, Diagonal Import. l- u. l-reihig. Lederknöpfe. Mk. 50.-
No. 5 Herren-Hosen Dunkel gebr. Kammerarten. Sehr haltbar. Mk. 6.-
No. 6 Herren-Hosen Bekannte Marke „Korn und Kraft“. Auslich gepreßt. . . . Mk. 8.-
No. 7 Herren-Joppen Dunkel Loden Durchweg warm gefüttert. . . . Mk. 12.-
No. 8 Herren-Joppen Unverwundlicher Kern-Loden. Durchweg warm gefüttert. Mk. 18.-
No. 9 Schlafrocke weicher Velourstoff mit verschiedenen Besätzen . . . Mk. 12.50
No. 10 Schlafrocke kernig Velourstoff mit angewebtem Futter . . . . . Mk. 21.-
No. 11 Morgenjoppen glatter Velourstoff mit Tuchbesatz . . . . . Mk. 12.-
No. 12 Morgenjoppen prima Velourstoffe mit Verzahnungen. . . . . Mk. 18.-
No. 13 Samt-Jackette dunkelbraun Velour, mit Borte eingefast . . . . . Mk. 30.-
No. 14 Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, dicker Strichloden . Mk. 15.-, 12.-
No. 15 Loden-Pelerinen für Knaben u. Mädchen, Mk. 11.-, 10.-, 9.-, 8.-, 7.-, 6.-
No. 16 Pikee-Westen besonders schönes Muster . . . . . Mk. 2,90 und
No. 17 Geh-Pelze Folsen Baum, Seal-Elektro-Kragen, Astrachanfutter . Mk. 115
No. 18 Pelz-Joppen Derby Loden mit Kragenfutter . . . . . Mk. 27.-
No. 19 Knaben-Anzüge Kammer, Manchester in Blau- u. Norfolk-Farb. f. 3-6 Jahre Mk. 6.60
No. 20 Knaben-Pyjacks Blau Aermel mit Abzeichen Durchw. warm gefüttert. Für 3-6 Jahre Mk. 4.25
No. 21 Norfolk-Anzüge Neueste Muster u. Farben. Centrest. u. kariert. Gr. 7, Mk. 9.50
No. 22 Jünglings-Ulster Kleidende Formen. l- u. l-reihig. Nouveautés von Mk. 12.- an
No. 23 Wäsche-Kragen Prima, 6-fach, 12 Formen. Anzahnmesser, 6 Stück Mk. 1.75
No. 24 Englische Haar-Hüte Neueste Formen. Partieware . . . . . Mk. 2.65

Krawatten, Oberhemden, Servietten, Manschetten, Hosenträger, Kragenschoner, Handschuhe, Pelzartikel etc.

Wäsche, Hüte, werden in unserem Geschäftshaus Große Frankfurter Straße 20 noch nicht geführt.

BaerSohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 41 und der Spezial-Pelz-Katalog Nr. 40 kostenlos und portofrei

Josefetti

VERA

FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

